Nr. 41. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 18. Februar 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Die Kanalfrage.

Im Jahre 1889 noch äußerte Herr v. Miquel im preußischen Herrenhause: je mehr Kapital wir in die Verbesserung der Wasserwege steckten, desto mehr Freude würden wir daran haben.

Die Freude ist ganz ausgeblieben oder doch mehr und mehr zu Wasser geworden. Im Gegentheil, jedes Jahr entspinnen sich um die Kanalförderung die heftigsten Interessenkämpfe, die für die „Politik der Sammlung" höchst unerfreulich und zuweilen geradezu gefährlich sind. Die einst sehr unternehmungslustige Regierung ist dabei vollständig in die Defensive zurückgedrängt worden.

Der Dortmund-Emskanal, mit dessen Bau man 1892 begann und der das Ruhrbecken unabhängiger machen sollte von der Rheinschifffahrt und den niederländischen Häfen, wird zwar im laufenden Jahre im wesentlichen fertiggestellt werden, aber er ist eine Sackgasse geblieben, der die Seitenausgänge nach dem Westen und dem Osten fehlen. 1894 schlug die Regierung deshalb die Kanalisirung zwischen Dortmund und dem Rhein vor — der Leser wolle die Kartenskizze in der Beilage vergleichen. Auch der Kaiser hatte sich lebhaft für die umfassendste Ausbildung des preußischen Kanalnetzes ausgesprochen; die Agrarier betrachteten ihn jedoch damals nach ihren eigenen Worten als „politischen Gegner". Die Vorlage fiel. Noch hoffnungsloser sind infolge dessen zur Zeit die Aussichten des ganzen Mittelland-Kanals, der unter Fortsetzung der Linie Dortmund-Rhein die Brücken zwischen dem Rhein-, Weser- und Elbverkehr schlagen sollte. Die Stellungnahme des preußischen Landesökonomie-Kollegiums, trotz der Abhängigkeit von dessen Mitgliedern, trotz der Anwesenheit des Kaisers und der Reden des Landwirthschafts- wie des Eisenbahn-Ministers, hat nunmehr allen Illusionen über die innerste Gesinnung der Landwirthe den Todesstoß versetzt.

Selbst der nahezu vollendete Dortmund-Ems-Kanal ist noch immer der Gegenstand der gehässigsten Kritiken, obwohl man sich sonst mit unabänderlichen Thatsachen gewöhnlich rasch abfindet. Alle stolzen Redewendungen von der nationalen Bedeutung dieses Bauwerkes sind vergessen, als ob sie überhaupt nie erklungen wären. Irren wir nicht, so war es Fürst Bismarck, der den Kanal einst einen neuen, bis zur Mündung ganz deutschen Rhein nannte. Durch ihn sah man schon die alten Häfen Emden, Leer und Papenburg die Bedeutung wiedergewinnen, die sie im Mittelalter besessen, später jedoch an Amsterdam, Antwerpen und Rotterdam verloren hätten. Die Ruhrkohle sollte an der ganzen Nordküste Deutschlands die englische Kohle verdrängen; die für die rheinisch-westfälischen Hütten nothwendigen ausländischen, besonders schwedischen Erze sollten billiger in das Inland gebracht werden. Die Agrarier sehen indeß nur das möglicherweise einströmende fremde Getreide und Holz und fühlen sich dadurch unmittelbar im Absatz ihrer Produkte geschädigt. Ihren mittelbaren Schaden schätzen sie noch höher: die Entwickelung der Industrie des Westens entvölkere die ländlichen Distrikte nicht nur der Umgebung, sondern bis weit hinein in den äußersten Osten; sie steigern die Lohnansprüche auch der zurückbleibenden Landarbeiter, sie schmälern also abermals den agrarischen Profit und die Grundrente. Im Vorjahre ging infolge dessen Herr v. Manteuffel im Herrenhause so weit, daß er es als den besten Ausweg empfahl, den Kanal verfallen zu lassen und nur das feudale Gewerbe der Entenjagd darauf zu betreiben.

Im Abgeordnetenhause führte diesmal wieder Graf Kanitz den Reigen. Er verlangt höhere Tarife, um den Verkehr nicht künstlich zu beleben. Wir haben von jeher bis zu einem gewissen Grade die staatliche Subvention an das große Handels- und Industriekapital zugegeben, die bei dem Dortmund-Ems-Kanal vorliegt. Der Kanal wird sich in absehbarer Zeit nicht verzinsen, geschweige denn amortisiren. Die Ruhrzechen werden hier genau ebenso unterstützt wie die großen Schifffahrtsgesellschaften durch Dampfersubventionen, oder wie das Plantagenkapital und sonstige Kolonialinteressenten durch wenig erträgliche Eisenbahnen und andere überseeische Anlagen. Andererseits ist der Staat hier gar nicht in der Lage, die Tarife wesentlich zu steigern, weil dann sofort die konkurrirende Rheinstraße wieder in volle Wirksamkeit treten würde. In der dem Etat beigefügten Denkschrift heißt es darüber klar und deutlich:

„Wie bekannt, ist der Dortmund-Ems-Kanal bestimmt, einem wichtigen Theile des westfälischen Industriegebiets einen Wasserweg zum Meere für seine Ein- und Ausfuhr, und zwar nach den preußischen Emshäfen, insbesondere dem staatlichen Hafenplatz Emden zu eröffnen und damit zugleich diesen Häfen die Möglichkeit zu gewähren, einen Theil des für die Bedürfnisse des deutschen Binnenlandes erforderlichen Verkehrs von Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen an sich zu ziehen. Es liegt auf der Hand, daß es im Anfange erhebliche Schwierigkeiten bieten wird, den Seeverkehr in den Emshäfen von neuem zu beleben, deren Handel außerordentlich zurückgegangen ist, da ihnen bisher eine brauchbare Wasserstraße ins Binnenland und damit die Konkurrenzfähigkeit gegen die genannten ausländischen Häfen fehlte. Dem Welthafen Rotterdam steht für den Handel ins Deutsche Binnenland bis hinauf nach Straßburg die tiefe und breite, durch keinerlei Schleusen behinderte, vollkommen abgabenfreie Wasserstraße des Rheins zur Verfügung, welche Schiffsgefäße in der dreifachen Größe trägt, wie solche der Dortmund-Ems-Kanal aufnehmen kann. Für den Verkehr Rotterdams nach der See hat der holländische Staat mit einem Aufwande von 40 Mill. Gulden (68 Millionen Mark) eine neue Mündung der Maas, der Fortsetzung des Rheins, geschaffen, welche eine Fahrwassertiefe von 10 Meter bei Hochwasser und 8½ Meter bei Niedrigwasser besitzt, so daß dort auch bei letzterem die größten Seeschiffe verkehren können. Der Umladeverkehr zwischen Kanal- und Seeschiff vollzieht sich leicht und schnell auf dem freien Strom, ohne daß die Schiffe durch Schleusen aufgehalten oder behindert würden. Der Hafenplatz ist im übrigen mit Docks, Lagerhäusern, Hebevorrichtungen, Eisenbahnanschlüssen u. s. w. unter Aufwendung vieler Millionen auf das vollständigste und bequemste für alle Anforderungen des Verkehrs eingerichtet. Aehnlich liegen die Verhältnisse in Antwerpen und Amsterdam. Auch an der unteren Ems selbst wird der kurz unterhalb Emden am linken Ufer belegene, zur Zeit im höheren Maße als Emden für Seeschiffe zugängliche holländische Hafen Delfzyl, welcher als einziger an der Ems dem Handel die Vortheile eines Freihafens bietet, zweifellos mit den preußischen Emshäfen erheblich in Wettbewerb treten.

Da der Dortmund-Ems-Kanal eine gegen den abgabenfreien, äußerst leistungsfähigen Rheinstrom konkurrirende Wasserstraße bildet, so ist das Maß für die Möglichkeit einer Abgabenerhebung selbstverständlich ein beschränktes; eine zu hoch bemessene Gebühr würde den Verkehr von dem Kanal auf den Rhein und damit in die ausländischen Seestädte treiben."

Für den Grafen Kanitz sind das freilich sehr gleichgiltige Erwägungen. Niemand ist tauber — kennzeichnete ihn ein Abgeordneter mit Recht — als wer nicht hören will. Der Landesökonomierath Winkelmann, äußerte Graf Kanitz am vorigen Freitag, habe ausgerechnet, daß die westfälische Landwirthschaft durch die Verbilligung des Getreides mittels des neuen Wasserweges einen Verlust von 991 000 M. jährlich erleiden werde. Das ist für den Agrarier ein so unerhörtes Attentat auf die Grundrente, daß er in der Erregung ganz vergißt, auch die unleugbaren Vortheile einer konsumkräftigeren Industrienachbarschaft für die Landwirthschaft in Gegenrechnung zu stellen. Dem Industrieprofit gönnt Herr Graf Kanitz allerdings recht gründliche Abstriche durch vermehrte ausländische Konkurrenz: er werde es nicht beklagen, wenn die englische Kohle in das Dortmunder Revier eindringe und so zur Preisermäßigung der westfälischen Kohle beitragen könne; „unzählige Verbraucher" würden davon Vortheil haben. So weiß der tollste Schutzzöllner mit einem Male das Konsumenteninteresse zu betonen, wenn er selber weiter nichts wie Konsument ist. Indeß ausschlaggebend ist für den ostelbischen Grafen nicht die Gestaltung der Kohlenpreise, sondern die Angst um die Abwanderung der Landarbeitersklaven vom verfallenden Osten nach dem aufblühenden Westen. Aehnlich wie im Vorjahre klagte Graf Kanitz auch diesmal wieder:

„Ich freue mich, wie immer, aufrichtig über jede Entwickelung unserer vaterländischen Industrie. Ich wünsche ihr wirklich die schönste Blüthe; ich wünsche ihr alles Gute. Aber ich meine dann doch, daß wir hier schon fast zu einem Zustande gelangt sind, den man als Hypertrophie bezeichnen kann. Wir dürfen auch auf die Schattenseiten hinweisen, die hier nicht zu übersehen sind.

Die Belegschaft im westfälischen Revier, welche im Jahre 1888 zur Zeit des großen Streiks ungefähr 120 000 Mann betrug, ist im letzten Quartal des vergangenen Jahres auf 185 000 Mann gestiegen, hat sich also um 50 pCt. vermehrt. Ich frage nun: wo kommen alle diese Arbeiter her? Bereits im Jahre 1890 bei der Volkszählung wurde ermittelt, daß die Provinz Westfalen 331 000 Angehörige anderer Provinzen an sich gezogen hatte. Wir geben einen großen Theil unserer Arbeitskräfte an diesen blühenden Industriebezirk ab, und, meine Herren, wir haben es — lassen Sie mich das offen aussprechen — jetzt bei der Behandlung wirthschaftlicher Fragen nicht mehr allein zu thun mit der Konkurrenz des Auslandes, sondern es gewinnt auch der Konkurrenzkampf um die Arbeitskraft im eigenen Lande immer mehr eine hervorragende Bedeutung. (Sehr richtig! rechts.)

Die östlichen Provinzen werden immer mehr entvölkert zu gunsten der Industriebezirke, der großen Städte. Das ist ein Entwickelungsgang, der die schlimmsten sozialen Folgen zeitigen muß, ganz abgesehen von den materiellen Schäden, welche damit verbunden sind."

Bei dieser Feindschaft der Agrarier gegen alle Kanäle von mehr wie lokaler Bedeutung, bei dem starken Uebergewicht agrarischer Interessen für unsere innere Politik ist so eine vollständige Stockung in der Entwicklung unseres Kanalnetzes eingetreten, und um Industrie und Landwirthschaft vor den Wahlen nicht allzu sehr gegeneinander aufzubringen, ist die Regierung sogar einer eingehenden Debatte über die Kanalfrage ausgewichen, soviel in ihren Kräften stand. Minister Thielen vertröstete auf den nächsten Herbst, „wo wir hoffentlich in der Lage sein werden, mit einer umfassenderen Kanalvorlage (oh! rechts) an den Landtag heranzutreten. (Bravo! links.)"

Wir fürchten, daß sie an dem Widerstande der Agrarier scheitern oder neue agrarische Liebesgaben voraussetzen wird, die den Vortheil neuer Wasserwege für die Industrie-Arbeiter und die Konsumenten wesentlich verringern, wenn nicht gar aufheben müssen.

Zur Vorgeschichte der Februar-Revolution.

Fünfzig Jahre sind dahingegangen, seit die letzte große geschichtliche Sturmfluth über Europa einherrollte, fünfzig Jahre, in deren Verlauf wiederum im Volksleben Fluth und Ebbe, Ebbe und Fluth im ewigen Wechsel einander folgten. Perioden der Anspannung aller Kräfte der vorwärtsdrängenden Volksentwickelung werden abgelöst durch Perioden der Erschlaffung, die den Mächten des Tages Zeit zum Aufathmen und zur Sammlung gewähren, bis eine neue Fluthwelle sie aufscheucht aus der trügerischen Ruhe. Stück für Stück, bald hier bald dort werden kulturschädliche Einrichtungen hinweggeschwemmt, bis eine neue Sturmfluth erderschütternd in weiteren Strecken freie Bahn macht für die Neugestaltungen, die die Menschheit in ihrem Drange nach Freiheit und Glück erstrebt.

Die Sturmfluthen der Menschheitsentwickelung folgen sich, sie bedingen sich, sie ähneln sich, aber sie gleichen sich nicht. Thöricht, wer da hofft oder fürchtet, die neuen größeren Ziele, die wir als Vorhut der Menschheit uns gesteckt haben, könnten und müßten mit den nämlichen Mitteln verwirklicht werden, mit denen unsere Väter und Vorväter versucht haben, zu den ihrigen zu gelangen, als die schaumgekrönte Woge des Schicksals sie in die Höhe hob. Wir huldigen ihrem Opfermuth; wir prüfen sorgfältig die Zeit, die sie erzeugt, und die Thaten, die ihnen gelangen; wir suchen zu lernen von ihren Erfolgen wie von ihren Fehlern; aber wir ahmen ihnen nicht nach. Neue Ziele und neue Mittel heischt die neue Zeit.

So geben uns die Gedenktage der 48er Revolution nicht Anlaß zu leerem Schaugepränge. Indem wir dankbar der Freiheitskämpfer einer früheren Zeit, ihrer Leiden und ihrer Thaten gedenken, prüfen wir uns und unser Werk. Im Spiegel werthender und vergleichender Geschichtsbetrachtung lassen wir die Bilder jener großen Tage an uns vorüberziehen.

Doch die Menschen und ihr Thun können wir nicht verstehen, wenn wir den geschichtlichen Boden nicht beachten, aus dem sie erwachsen sind, wenn wir nicht der wirthschaftlichen Entwickelung unser Augenmerk schenken, wie den gesellschaftlichen und politischen Zuständen, deren Fesseln sie zu sprengen strebten. Wie die Kämpfer im heutigen Emanzipationskampfe des Proletariats auf den Schultern der 48er Bewegung stehen, so ist jene Zeit die Blüthe der vorhergegangenen geschichtlichen Entwickelung: sie setzte in ihrem Ausgangspunkte in Frankreich das Werk von 1789 fort und übertrug es, zündend und Beispiel gebend, auf die für solche Fortschritte unterdeß durch eine rapide wirthschaftliche Entwickelung besser vorbereiteten Länder des mittleren Europa's.

Die große französische Revolution von 1789 hatte überall dort, wo sie ihre Wirkung voll ausüben konnte, also nicht nur in ihrem Heimathlande, sondern auch in Belgien und den deutschen Rheinlanden die feudale Wirthschaftsordnung hinweggefegt, aber selbst in den übrigen Ländern des westlichen und mittleren Europa's sie bis in ihre Grundfesten erschüttert. In Frankreich richtete die kapitalistische Gesellschaft nach ihrer Art sich ein auf dem freigemachten Boden. Sobald sie das Erbe der gestürzten Feudalmacht sich angeeignet hatte, entledigte sie sich der lästigen Bundesgenossenschaft des Proletariats. Sie lieferte der Säbelherrschaft die Geschicke Frankreichs aus, da die Säbelherrschaft ihr Sicherheit vor einer feudalen Reaktion wie vor einer proletarischen Revolution, Sicherheit für die kapitalistische Ausbeutung der wirthschaftlichen Kräfte des Landes und der besitzlosen Volksmassen zu gewähren versprach. Daß die Männer der Revolution in totaler Verkennung der wirklichen Erfordernisse einer auf Freiheit und Gleichheit zu begründenden Staatsordnung die vom Königthum ererbten Einrichtungen einer zentralisirenden Bureaukratie verstärkt und damit jede wirkliche Selbstverwaltung illusorisch gemacht hatten, erleichterte dem neuen Cäsar seine Gewaltherrschaft. Er ergriff das Verwaltungswerkzeug, das nach dem Zusammenbruch der Schreckensherrschaft den revolutionären Machthabern entfallen war und vervollkommnete es auf seine Art durch den Ausbau eines raffinirten Polizeisystems, wie es die Welt bis dahin noch nicht gekannt hatte. Der Bourgeoisie gewährte seine eiserne Faust Sicherheit vor dem proletarischen „Umsturz" und Sicherheit gleichzeitig vor der Wiederkehr der expatriirten und expropriirten Landjunker, an deren Fernhaltung Napoleon ebenso gut interessirt war wie die Bourgeoisie und wie — die Bauern. Keine Klasse hing fester an dem Kaiserthum, als diese jetzt erst wieder durch die Revolution zum bürgerlichen Rechtsgenuß und zum rechtlich ungeschmälerten Grundbesitz gelangte Klasse. Sie erfocht dem Schutzherrn des Code Napoléon die Siege, in deren Glanze sich die ganze Nation sonnte. Indeß der Ruhmesrausch des Volkes verging mit dem Waffenglück des Welteroberers.

Als das Kaiserreich vor der Koalition der übrigen europäischen Mächte zusammengebrochen war, ließ sich das französische Volk apathisch die Bourbonenherrschaft aufdrängen. Durch die zwanzigjährige Epoche unablässiger Kriege war Frankreich bis zum Weißbluten angelangt. Es bedurfte längere Jahre der Ruhe, um seine Kräfte zu sammeln. Mit dem königlichen Hause kehrte der Schwarm des Hofgesindes und der Junkerschaft aus der Fremde zurück. Diese ausgehungerten Edelsten der Nation glaubten die Abspannung des Volkes zu einer Liebesgaben-Abzapfung im großen Maßstabe ausnutzen zu können. Der Verwaltungsapparat war ihnen dabei ebenso zu Diensten wie den vergangenen Machthabern, doch erreichten sie nur zum theil, was sie begehrten. Die konstitutionelle Maschine arbeitete nur vorübergehend so glatt zu gunsten der diskreditirten Bourbonen wie vorher zu gunsten des siegreichen Cäsars. Die Heißsporne der Junkerschaft verlangten, die Emigranten sollten einfach in die konfiszirten Güter wieder eingesetzt werden. Sie erlangten nach neunjährigem Ringen zwar nicht die Güter, aber doch eine Geldentschädigung von einer Milliarde Franken, die durch eine Konversion der Nationalschuld auf eine dreiprozentige Rente erübrigt wurde. Im Kampfe gegen diesen gewaltigen Liebesgabenfischzug der Junker und die damit verknüpften politischen Reaktionsbestrebungen feierte die französische Bourgeoisie ihren Nachsommer als Vertreterin der Volksrechte. Das Ansehen, das sich in diesen Kämpfen ihre Vorkämpfer, General Foy, Royer-Collard u. a. verschafft hatten, kam der ganzen Bourgeoisie zu gute. Der Versuch, das durch die Revolution umgeschaffene Frankreich zu gunsten einer entwurzelten Junkerschaft zu regieren, mußte mißlingen.

Es half dem sinkenden Ansehen des Königthums nicht auf die Beine, daß schwerste Strafen die Majestätsbeleidiger heimsuchten. Neun Monate Gefängniß brachten Frankreichs volksthümlichstem Dichter Béranger seine spottenden Verse ein, und ein anderer mußte es gar mit fünf Jahren Gefängniß und 10 000 Franks Geldstrafe büßen, daß er den König mouton enragé, einen „wüthenden Hammel", genannt hatte. Das Schicksal nahm deshalb doch seinen Lauf.

Politische Uebersicht.

Berlin, 17. Februar.

Aus dem Reichstage. Die Fortsetzung der Berathung der Dampfersubventions-Vorlage begann heute mit einer Rede des Abg. Weiß (frs. Vp.), der den Standpunkt seiner Partei dahin präzisirte, daß dieselbe grundsätzlich gegen Subventionen von wirthschaftlichen und Handelsunternehmungen sei und daß sie auch gegen die vorgeschlagene Erneuerung resp. Verlängerung der Lloyd-Subventionirung stimmen werde, wenn in der Kommission nicht zwingendere Gründe für dieselbe vorgeführt werden können, wie sie in den der Vorlage beigefügten Motiven enthalten sind.

Der Staatssekretär des Reichsamtes des Innern suchte dann in einer langen Rede die Bedenken gegen die Subventionirung zu zerstreuen, wobei er besonders den Agrariern die Versicherung gab, daß den Subventionsdampfern die Einfuhr von überseeischen Agrarprodukten untersagt werden soll, und daß die Einfuhr der Wolle, welche zugelassen werde, eventuell durch einen Wollzoll paralysirt werden könnte.

Letztere Aussicht veranlaßte den nachfolgenden Zentrumsredner Müller (Fulda) zu der Erklärung, daß nach seiner Ansicht gar nichts Verkehrteres geschehen könnte, als einen Zoll auf Wolle einzuführen. Dadurch würde die Industrie mehr geschädigt, als durch alle Subventionen genützt werden könnte. Sonst anerkannte Herr Müller der jetzigen Vorlage eine Reihe Vorzüge gegen ihre Vorgängerinnen zu und versprach er die Stimmen seiner Partrigenossen, wenn es in der Kommission gelingt, allen berechtigten deutschen Interessen zum Siege zu verhelfen.

Graf Limburg-Stirum meldete auch bei der Gelegenheit den Tauschhandel an. Er versprach, aus den Taschen der Steuerzahler natürlich, die Subvention an den Handel und die Industrie gerne zu zahlen, wenn dieser zu agrarischen Gegendiensten sich bereit erklären. In dasselbe Horn stieß als letzter Redner der Direktor des Bundes der Landwirthe, Dr. Hahn.

Vorher legte Molkenbuhr noch den Standpunkt unserer Fraktion dar, wobei er besonders den Mangel an sachlichen Motiven für die Vorlage vermißte, der durch nationale und patriotische Redensarten schlecht verdeckt werde. Der Redner wies besonders auf den Widerspruch hin, daß man mit den Geldern der Steuerzahler den Handel zu subventioniren suche und dann, wenn dieser billige Konsumtionsmittel in das Land bringe, dies im Interesse der Agrarier durch Zölle oder Einfuhrverbote zu hindern suche. Man gebe den Handel frei und er bedarf dann keiner Subventirung.

Die Debatte wurde abgebrochen und die Sitzung vertagt. Morgen Beginn der Berathung des Militär-Etats. —

Das preußische Abgeordnetenhaus begann heute die zweite Berathung des Etats des Ministeriums des Innern, wobei es gelegentlich des Einnahmetitels „Polizeiverwaltungen" zu einer vorläufigen Abrechnung mit dem Minister des Innern kam. Die polizeilichen Mißgriffe der letzten Zeit haben selbst der herrschenden Klasse vor Augen geführt, daß eine Reform der Polizei unumgänglich nothwendig ist und daß es im allgemeinen Interesse liegt, diese Fälle vor dem Lande zu erörtern. Wäre die Regierung klug gewesen, so hätte sie zugegeben, daß in einzelnen Fällen Uebergriffe vorgekommen sind; statt dessen versuchten sowohl der Minister als auch seine Kommissare, die Beamten als unschuldige Engel hinzustellen, die keinem Menschen etwas zu Leide thun und lediglich ihrer Instruktion gemäß handeln. Daß dabei der Geheimrath Liedig sich — milde ausgedrückt — nicht ganz taktvoll benahm und sich nicht scheute, unter Verletzung der Diskretion, eine Dame öffentlich zu kompromittiren, nur damit an seinen Beamten kein Makel hängen bleibt, das mag dieser Herr mit sich selbst abmachen; unserem Geschmack und selbst dem Geschmack der Mehrheit der Abgeordneten entspricht ein derartiges Verhalten nicht. — Frhr. v. d. Recke hatte in der Erwartung, daß die polizeilichen Maßnahmen zur Sprache kommen würden, eine längere Rede ausgearbeitet, die sich unter dem Durchschnitt seiner sonstigen Reden hielt und vom Hause vielfach durch anhaltendes Gelächter unterbrochen wurde. Die Weisheit des Herrn v. d. Recke behauptet nämlich, daß die ganze Schuld garnicht an den Polizeiorganen liege, sondern an der bösen Presse, die solche Vorfälle nicht verschweigt, sondern an die Oeffentlichkeit bringt, und er benutzte die Gelegenheit, die Presse zur Besserung zu ermahnen. Es ist ja ein alter Kniff, statt sich zu vertheidigen, den Spieß umzukehren und zum Angriff zu schreiten. Die anständige Presse wird sich natürlich um die guten Rathschläge des Herrn Ministers nicht kümmern, sondern nach wie vor ihre Pflicht thun und Mißstände zur Sprache bringen. Auf wie tiefem Niveau die Rede des Ministers sich bewegte, beweist u. a. der Ausspruch, daß in keinem Staate der Welt die persönliche Freiheit so geschützt sei wie bei uns. Geradezu klassisch war im weiteren Verlaufe der Debatte eine gelegentliche Bemerkung des Herrn v. d. Recke, daß man der Polizei keinen Vorwurf daraus machen dürfe, wenn in letzter Zeit einige Kapitalverbrechen nicht entdeckt seien; in anderen Ländern sei das auch der Fall, im übrigen aber beruhe die Entdeckung solcher Verbrechen meist auf Zufall. Von diesem Minister wird man allerdings keine Reformen erwarten können.

Die Konservativen v. Heydebrandt, Frhr. v. Zedlitz und Graf zu Limburg-Stirum sekundirten dem Minister, wobei namentlich die beiden letztgenannten es sich nicht versagen konnten, ihn gegen die Sozialdemokratie scharf zu machen, die keinen Anspruch auf dieselbe Behandlung habe, die anderen Parteien zu theil wird.

Heftig mitgenommen wurde der Minister von den Abgeordneten Dr. Porsch (Z.), Brömel (frs. Vg.) und Träger (frs. Vp.). Abg. Brömel tadelte besonders die milden Bestrafungen von Polizeibeamten, die sich Mißhandlungen zu schulden kommen lassen, und übte Kritik daran, daß, wenn schon einmal ein Beamter verurtheilt werde, die Begnadigung gewöhnlich bald nachfolge, was ihm natürlich von den Konservativen, die hierin einen Angriff auf das Recht der Krone erblickten, sehr verübelt wurde. Abg. Träger widmete einen größeren Theil seiner Ausführungen einer Kritik der Magdeburger Polizei in dem Vorgehen gegen unser dortiges Partei-Organ; er brachte auch den bekannten Vorfall im Kreise Bolkenhayn zur Sprache, wo eine Mühlenbesitzerin aufgefordert wurde, ihren Werkführer zu entlassen, weil derselbe Sozialdemokrat sei. Der Geh. Rath v. Philippsborn mußte zugeben, daß in diesem Falle der betheiligte Gendarm seine Befugnisse überschritten habe, während er in dem Magdeburger Falle ein ungesetzliches Vorgehen der Polizei in Abrede zu stellen suchte.

Bei der hierauf begonnenen Berathung des Ausgabetitels „Minister" kam die Angelegenheit der drei Landräthe in Hannover und das Verhalten der Behörden gegen polnische Staatsbürger zur Sprache. Nach den üblichen Beschönigungsversuchen des Ministers wurde die Berathung auf morgen vertagt.

Im Herrenhause hat heute bei Berathung der Denkschrift über den Stand der Betriebssicherheit der Eisenbahnen Minister Thielen als Grund für die Häufung von Unfällen des letzten halben Jahres die große Steigerung des Verkehrs angeführt. Im übrigen sang der Minister ein langes Loblied über die preußischen Eisenbahnen, das von den hohen Herren mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Die nächste Sitzung findet erst statt, wenn dem Hause der Etat aus dem Abgeordnetenhause zugegangen ist. —

Auflösungs-Gerüchte spuken in den Blättern. Die „Freis. Ztg." will wissen, der Kaiser wünsche, daß die Session des preußischen Landtags schon am 15. März beendet werde, damit die Wahl schon im Frühjahr, vor der Reichstagswahl, stattfinden könne. Dazu wäre eine Auflösung des Landtags nöthig. Die „Nat.-Ztg." versichert jedoch, den „von den parlamentarischen Dispositionen am besten unterrichteten Mitgliedern der verschiedenen Parteien" sei nichts bekannt davon; der Präsident des Abgeordnetenhauses beschleunige die Berathungen nur, um den Etat rechtzeitig vor dem 1. April fertigzustellen.

Ebenso wird es mit der jetzt vielbesprochenen Auflösung des Reichstags wegen des Flottengesetzes kaum etwas werden. Wir haben schon mehrfach ausgeführt, daß wir nicht annehmen können, die Regierung werde unter der Parole: Nieder mit dem Budgetrecht des Reichstags, nieder mit den elementarsten Rechten des deutschen Volkes! sich in den Wahlkampf begeben. Auch die „Deutsche Tageszeitung" warnt die Regierung vor einem Wahlkampf unter der Parole der Flottenvorlage, „weil ein für die Regierung und ihre berechtigten Forderungen nachtheiliges Ergebniß zu erwarten ist."

Sollte die Regierung dennoch so thöricht sein, nun gut. Wir sind gewappnet. Jede Stunde kann unserthwegen der Tanz beginnen! —

Zum Fall Bosse. Unsere Veröffentlichungen vom 12. Februar haben in weitesten Kreisen berechtigtes Aufsehen gemacht. Um so eifriger ist man auf der anderen Seite bemüht, die für Herrn Bosse peinlichen Schlußfolgerungen aus denselben abzuschwächen. Die „Nordd. Allgem. Ztg." leugnet in einer Mittheilung an der Spitze des Blattes schlechtweg, daß man von einem widersprechenden Verfahren des Ministers sprechen könne; in ähnlicher Weise verfahren die übrigen gouvernementalen Blätter. Der Kern der Sache, die feierliche Betheuerung des Ministers im Landtag, die „ganzen Vorgänge" „rückhaltlos" dargelegt zu haben, wagt auch nicht eines zu berühren. Anders die Zentrumspresse, die zwar den Minister noch nicht für überführt hält, aber doch nur, weil ihr noch ein Glied in der Schlußkette zu fehlen scheint. Es sei aus den Schriftstücken nur zu ersehen, daß der Minister Dr. Arons vernehmen lassen wollte und daß der Universitätsrichter erklärte, es handle sich um eine Disziplinarsache. Deshalb genüge das bisher veröffentlichte noch nicht zu dem Nachweise, daß der Kultusminister im Abgeordnetenhause, wie es die „Germania" schonend ausdrückt, unrichtige Behauptungen aufgestellt habe. Wir sind in der Lage, die empfundene Lücke auszufüllen.

Als in dem Termin vom 26. März 1895 Arons erklärt hatte, daß er die Kompetenz des Kultusministers nicht anerkenne, eröffnete ihm der Universitätsrichter zunächst, diese Weigerung sei nicht angängig. Etwa bestehende Zweifel seien dadurch beseitigt, daß die Angelegenheit in einer Staatsministerialsitzung behandelt und vom Staatsministerium dem Kultusminister die Befugniß Privatdozenten aus eigener Machtvollkommenheit zu disziplinieren, ausdrücklich zugesprochen sei. Hierauf erklärte Arons, dieser Beschluß des Staatsministeriums sei seines Wissens nicht veröffentlicht; auf alle Fälle aber halte er sich zu einer Aussage nicht befugt, ohne vorher der Fakultät die Sache unterbreitet zu haben. Als der Universitätsrichter entgegenhielt, daß der Fakultät Anzeige erstattet sei, machte Arons geltend, daß zur Zeit Ferien seien (29. März), die Fakultät nicht beisammen und daher zur Stellungnahme nicht in der Lage sei. Er dürfe der Fakultät nicht vorgreifen und damit möglicherweise ein wichtiges Recht derselben gefährden. Erst jetzt nahm der Universitätsrichter die ablehnende Erklärung zu Protokoll.

Nach dieser Darstellung wird auch der Wohlwollendste nicht mehr bestreiten können, daß es sich bei dem vom Minister versuchten Verfahren um einen planvoll angelegten Disziplinirungsversuch aus eigener Machtvollkommenheit handelte.

Wir haben uns in der ganzen Angelegenheit der größten Zurückhaltung befleißigt. Wenn wir trotzdem in der letzten Zeit gezwungen waren, aus unserer Reserve herauszutreten, so liegt die Schuld in erster Linie an Herrn Bosse, welcher in offener Kammersitzung einen unvollständigen und irreführenden Bericht erstattete.

Zur Lage in Ostasien. Rußland verstärkt seine Streitkräfte in Ostasien in ganz außerordentlicher Weise. Vom 16. d. M. wird aus Konstantinopel gemeldet, daß das Schiff „Tambow" der russischen Freiwilligenflotte mit 2000 Soldaten und 16 Kanonen den Bosporus passirt habe und sich auf der Fahrt nach Wladiwostok befinde.

Trotzdem ist man in diplomatischen Kreisen der Meinung, daß die Situation in China nach wie vor keinen Anlaß zu Besorgnissen gebe. In der italienischen Deputirtenkammer kamen die Ereignisse in Ostasien am Mittwoch zur Besprechung infolge einer Anfrage des Abgeordneten Santini. Der Unterstaatssekretär des Aeußeren Bonin gab die folgenden Erklärungen ab:

„Die ostasiatischen Vorgänge, welche vor einigen Wochen die öffentliche Meinung Europa's in Spannung hielten, entwickelten sich in der Folge, ohne die befürchteten territorialen Rivalitäten zu tangiren, und scheinen immer mehr auf dem Boden des kommerziellen Wettbewerbs stehen zu bleiben unter Fernhaltung der Gefahr internationaler Verwickelungen. Die italienische Regierung hat den Schutz ihrer Landsleute durch Entsendung des Kriegsschiffes „Marcopolo" nach China sichergestellt, sie wird auch dafür Sorge tragen, durch möglichste Ermunterung der Privatinitiative die Entwickelung der wirthschaftlichen Beziehungen Italiens zu China zu fördern, damit der italienische Gewerbefleiß von den Vortheilen nicht ausgeschlossen werde, welche die allmälige Eröffnung jenes großen Marktes im Gefolge hat. Kurz, die Regierung ist von der Wichtigkeit der Frage durchdrungen und widmet ihr alle gewünschte Aufmerksamkeit."

Wie die „Times" aus Kobe von gestern melden, wird berichtet, daß der Minister des Auswärtigen, Baron Nishi, und die japanischen Gesandten in London und Peking der japanischen Regierung anrathen, daß China für die Zahlung der Kriegsentschädigung ein Aufschub bewilligt werde, um eine Aussöhnung zwischen Japan und China herbeizuführen. Es wird jedoch bezweifelt, ob der Stand der japanischen Finanzen dies gestatten werde.

* * *

Deutsches Reich.

— Eine Verschärfung der Salzsteuer scheint von Herrn v. Miquel geplant zu werden. Die „Neue Berl. Corr." berichtet nämlich:

„§ 20, 3 des Salzsteuer-Gesetzes bestimmt, daß Salz, das zum Einpökeln von Heringen und „ähnlichen Fischen" dient, steuerfrei ist. Unter „ähnlichen Fischen" versteht man in Preußen die Fische, die den breiten Volksschichten als Nahrungsmittel dienen. Es sind dies Sprotten, Breitlinge, nordische Sardellen, Schellfisch, Kabliaus, Störe, Schollen, gewöhnliche Butten, Steinbutte und Maifische. Nun ist in den beiden Mecklenburg eine Bestimmung veröffentlicht worden, daß außer diesen eben erwähnten Fischen auch Hornfische, Dorsche, Flundern, Schnepel, Lachse und Makrelen den Heringen gleichzuachten seien. Diese Anordnung hat den preußischen Finanzminister veranlaßt, die Provinzial-Steuerbehörden zur Aeußerung darüber aufzufordern, inwieweit auch diese Fische als Nahrungsmittel im obigen Sinne anzusehen seien."

Daß man die unpopulärste indirekte Steuer noch weiter ausbauen will, kann nur die Stimmung gegen die Regierung verschärfen. —

— Das materielle Recht im preußischen Privatdozenten-Entwurf unterzieht Dr. J. Jastrow in der „Deutschen Juristen-Zeitung" einer Prüfung, in der er darauf hinweist, daß der Entwurf keineswegs blos Aenderungen im Verfahren bringt, sondern die Privatdozenten einem neuen materiellen Recht in Disziplinarsachen unterstellt. Er zeigt im einzelnen, zu welchen Widersprüchen die hier verlangte „sinngemäße" Anwendung eines Beamtenrechts auf Nichtbeamte führt, und kommt daraus zu folgenden Schlüssen:

„Wo bisher eine Disziplinargewalt über Nichtbeamte geübt wurde, hat man immer anerkannt, daß es Dinge giebt, um derentwillen ein Beamter disziplinirt werden muß, ohne daß sie dem Nichtbeamten zur Unzier gereichen. Wiederholt ist der Fall vorgekommen, daß ein Notar einer drohenden Disziplinirung nur mit freiwilligem Abschied aus dem Wege gehen konnte, während man nach Lage des Falles nichts dagegen hatte, daß er als Rechtsanwalt weiter fungirte. Aber die Disziplinargewalt über Rechtsanwälte

---

Alle Volksklassen einten sich zum Widerstande. Die Regierung wußte nicht aus noch ein. Da schwellte das gelungene Kolonialabenteuer der Eroberung Algiers dem König das Herz, so daß er sich durch die ihn leitende Klique zu einem Staatsstreich bewegen ließ. Vermittelst der sogenannten Ordonnanzen ließ er eine neue Verfassung oktroyiren und würzte den Gewaltakt durch eine besonders bösartige Knebelung der Presse. Das brachte die Volkserbitterung zum Siedepunkt. In der Juli-Revolution des Jahres 1830 brach das Bourbonenregiment zusammen wie ein Kartenhaus. Karl X. floh mit seinem Lilienbanner über die Grenze und die Trikolore flatterte wieder über Paris und Frankreich.

Eine einheitliche Volkserhebung hatte den Bourbonenthron gestürzt, ihre Früchte wurden wiederum von einer kleinen Sippe geerntet. Die spekulirende Großbourgeoisie bemächtigte sich der Zügel und ihr Vertrauensmann Louis Philipp, das Haupt der Orleans, der jüngeren Linie der Bourbons, bestieg den Thron. Die Vorhersage Laffitte's, daß nunmehr die Bankiers herrschen würden, bewahrheitete sich aufs Wort. Enrichissez-vous, messieurs! — „Bereichern Sie sich, meine Herren!" — sei es nun, daß Louis Philipp selbst oder einer seiner Minister den Ausspruch gethan, wurde das Losungswort der Zeit. Nach dem Junkerregiment der Bourbonen das Börsenregiment der Orleans. Die alles verwaltende, alles bespitzelnde Bureaukratie mit ihren Präfekten, Unterpräfekten, Polizisten und Mouchards ward die gefügige Handlangerin der neuen Machthaber wie aller ihrer Vorgänger. Da die zentralistische Staatsmaschinerie den Franzosen jedwede wirkliche Selbstverwaltung vorenthielt, war der bis zum Feldhüter hierarchisch organisirte Verwaltungsapparat stets ein treffliches Werkzeug zur Beeinflussung aller Wahlen zu gunsten der jeweiligen Regierung. Gegen das Aufkommen einer wirklichen antikapitalistischen Opposition im Parlament gewährte, überdem das Wahlsystem die ausgiebigste Bürgschaft, die bei dem hohen Zensus ganz Frankreich 240 000 Wähler aufwies, während das allgemeine gleiche Wahlrecht, selbst wenn die Frauen ausgeschlossen blieben, eine etwa dreißigmal so hohe Wählerzahl ergeben hätte. Bei diesem idealen Verfassungszustande beschränkten sich die Kammerkämpfe auf Katzbalgereien zwischen den Interessengruppen der Bourgeoisie. Der Großgrundbesitz und die Großindustrie machten Opposition gegen die Finanz-Aristokratie, die das Heft in Händen hatte. „Eine Aktiengesellschaft zur Ausbeutung des Nationalreichthums" nennt Marx die Juli-Monarchie. Die Spekulanten-Korruption hat in jener Zeit sich in der französischen Gesellschaft eingebürgert. Sie hat alle Regierungswechsel überdauert. Die schamlosesten Orgien feierte sie unter dem zweiten Kaiserreich, doch hat sie ihren Charakter auch unter der Republik nicht geändert, wie der Panama-Skandal gezeigt hat.

Doch im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft erwuchs der Spekulantenkorruption der furchtbarste Feind in dem Industrieproletariat, das zuerst unter der Juli-Monarchie zu politischer Selbstständigkeit heranreifte, indem es begann, sich seines Klassengegensatzes gegen die Bourgeoisie bewußt zu werden.

In der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts nahm auch in Frankreich wie früher schon in England die Industrie jenen gewaltigen Aufschwung, den die Erfindungen der dampfgetriebenen Werkzeugmaschinen die Wege geebnet hatten. Auch den Verkehr revolutionirte der Dampf. 1828 wurde in Frankreich die erste Eisenbahn eröffnet. Die Revolutionirung der Produktion führte zur Revolutionirung der Geister. Noch nicht einmal war die industrielle Produktion auf ihrer Höhe angelangt und schon pochten die Vorboten des Sozialismus an die Thore der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Zwar hatte schon die gewaltige Erregung der großen Revolution eine verfrühte kommunistische Bewegung in Babeuf's Verschwörung der Gleichen erzeugt, doch hatte ihre Niederwerfung keine nachwirkende Reaktion der unterdrückten Volksmassen hervorgerufen. Zwar hatten die beiden großen französischen Utopisten früher bereits ihre Hauptwerke veröffentlicht, Fourier 1808, St. Simon 1821, aber das waren nur ideologische Sturmvögel, nicht der Sturm selbst. Erst im Jahre 1831 wurde die französische Bourgeoisie durch eine echte reinproletarische Bewegung aus ihrer selbstgefälligen Ruhe aufgeschreckt. 1831 erhoben sich die Seidenarbeiter in Lyon gegen Staat und Gesellschaft, indem sie auf ihr Banner den Wahrspruch schrieben: Vivre en travaillant ou mourir en combattant! (Arbeitend leben oder kämpfend sterben!) Die bewaffnete Macht wurde bald des Aufstandes Herr, und dieses Stück Gesellschaftsretterei befestigte das Ansehen der Juli-Monarchie in den Augen der bevorrechteten Klassen. Aber die Ideen des Sozialismus oder Kommunismus verbreiteten sich unter dem Proletariat nur um so schneller. Die beginnenden gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen suchte die Regierung Louis Philipp's nach der überall beliebten Staatsretternmethode zunächst durch ein brutales Koalitionsverbot (1834) im Keime zu ersticken. Sie erreichte dadurch nur, daß die sozialistischen Proletarier, noch ganz unter dem Banne des Glaubens an Verschwörungen und Putsche, wie er seit der 89er Revolutionsperiode auch unter den französischen Kleinbürgern im Schwange war, sich in geheimen Gesellschaften zusammenballten. So rief 1839 die Gesellschaft der Jahreszeiten einen Putsch hervor, und einige Jahre später gerieth bei einer anderen Verschwörung Blanqui, der bedeutendste Kopf des an der alten Methode hängenden sozialistischen Proletariats, in die Hände der Regierung, die sich beeilte, ihn auf Jahre einsperren zu lassen.

Wie von den Methoden des revolutionären Kleinbürgerthums, haftete auch noch viel von dessen Ideen an dem französischen Proletariat. Proudhon, der hervorragendste Theoretiker der damaligen sozialistischen Bewegung in Frankreich, dem das paradoxe Schlagwort „Eigenthum ist Diebstahl" seinen Ursprung verdankt, zielt trotz der Befürwortung genossenschaftlicher Einrichtungen doch in der Hauptsache auf eine individualisirte Produktionsweise hin, die er nur von den Schlacken des Kapitalismus zu reinigen gedachte. Im Jahre 1841 erschien denn auch Louis Blanc's „Organisation der Arbeit", ein Versuch der theoretischen Begründung sozialistischer Organisationen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, aus dem bekanntlich später Lassalle die Anregung zu ähnlichen Vorschlägen entnahm. Doch auch im wirthschaftlichen Leben suchten die Arbeiter ihre Lage zu bessern. In den verschiedensten Branchen brachen Streiks aus.

Während die Unzufriedenheit im Volke infolge der Unterdrückungsmaßregeln wuchs, verhärteten sich Louis Philipp und seine Minister immer mehr in ihrer Politik der Begünstigung einer kleinen Klique. Doch lauter und immer lauter wurden die Anklagen gegen die herrschende Korruption und in den Vordergrund der Erörterung trat die Forderung einer Erweiterung des Wahlrechts, zu deren Mundstück sich in geschickter Weise die parlamentarische Opposition machte. Die Regierung wußte dem allgemeinen Unwillen nichts anderes entgegenzusetzen, als die Versicherung, daß sie wissen werde, der durch feindliche Hetzereien erzeugten Aufregung mit den Mitteln der Staatsgewalt Herr zu werden.

Vielleicht hätte die orleanistische Klique auch noch einige Jährchen länger in der gewohnten Weise fortwursteln können, wenn nicht eine Reihe von Mißernten 1846 und 47 und eine sich daran schließende Handelskrise einen schweren Nothstand hervorgerufen und damit jene elektrische Spannung im Volke erzeugt hätten, zu deren revolutionärer Entladung es nur des Anstoßes bedurfte.

hat man nicht in der Art geregelt, daß man sie einem Beamtengesetz unterstellte und „sinngemäße Anwendung" vorschrieb, sondern man hat das, was über sie zu sagen war, expressis verbis gesagt. Ein Beamtengesetz auf Nichtbeamte anwenden zu wollen, ist sinnwidrig; es „sinngemäß" anzuwenden, ist ein unlösbares Problem."

Die „Frankf. Ztg." bemerkt dazu:

Man wird das unbedingt anerkennen müssen, sofern man ohne Voreingenommenheit die Sachlage prüft, und ebenso unzweifelhaft hat Dr. Jastrow darin Recht, daß nach diesen Feststellungen der Entwurf selbst von denen nicht zum Gesetz erhoben werden dürfte, welche seine Tendenz billigen.

— **Ueber den fürchterlichen Unglücksfall** im Hafen von Havana liegen folgende Nachrichten vor:

Einer Meldung der Offiziere der „Maine" zufolge fand die Explosion im Hauptmagazine statt. Das Schiff wurde aus dem Wasser gehoben und brach thatsächlich in Stücke. Die Mehrzahl der Mannschaft und der Offiziere war zur Zeit der Explosion unter Deck. Die offizielle Todtenliste verzeichnet 258 Mann und zwei Offiziere.

Nach der Aeußerung eines Matrosen des untergegangenen amerikanischen Kreuzers „Maine" soll die Explosion in dem zur Aufbewahrung von Schießbaumwolle für Torpedos benutzten Magazin stattgefunden haben.

Das Unglück auf der „Maine" wird nach einer anderen Meldung einer Unvorsichtigkeit zugeschrieben, die beim Reinigen eines Torpedos begangen worden ist.

Aus Washington wird telegraphirt: Die Nachricht von dem Untergange der „Maine" hat in dem Marinedepartement ungeheure Aufregung hervorgerufen. Der Chef des Navigationsbureaus Dickens ist der Ansicht, daß die Explosion im Magazine stattfand. Die Thatsache, daß das Schiff nicht sofort sank, spreche deutlich dafür, daß die Explosion nicht einem Torpedo zuzuschreiben ist.

Der spanische Geschäftsträger du Bosc begab sich gestern nach dem Staatsdepartement, um persönlich und offiziell seine Theilnahme auszudrücken und gleichzeitig ein von dem Generalgouverneur Blanco eingegangenes Beileidstelegramm zu übermitteln.

Auch der deutsche Kaiser hat dem Präsidenten Mac Kinley sein Beilaud ausdrücken lassen.

Das „New-Yorker Journal" veröffentlicht eine Erklärung, durch di. es eine Belohnung von 50 000 Dollar aussetzt für die Entdeckung und Ueberführung der Person oder der Personen oder der Regierung, auf welche die verbrecherische Verantwortung fällt für die Explosionen, durch welche das Vereinigte Staaten-Kriegsschiff „Maine" in Havana zerstört und 258 amerikanische Seeleute getödtet worden sind. —

— **Ein offenes Wort an die schnapsbrennenden Großgrundbesitzer** finden wir in der Flugschrift „An die Politiker", die Dr. Wilhelm Bode in Hildesheim eben im Selbstverlage herausgegeben hat; die Stelle ist gerade zeitgemäß, wo es sich jetzt wieder um eine Aenderung der Branntweinsteuer handelt. Er wendet sich gegen die Behauptung, daß die Brennerei eine nothwendige Stütze unserer Landwirthschaft sei. „Wir denken nicht so niedrig von dem völkerernährenden Ackerbau. Wir sehen ja auch, daß es nur ein sehr kleiner Theil unserer Landwirthe ist, der diesen Nebenerwerb nöthig zu haben meint. Merkwürdigerweise handelt es sich gerade um die, die man für zu reich, zu vornehm, zu stolz für ein solches Gewerbe halten möchte. Sollten wirklich Fürsten, Grafen, Millionäre, Quadratmeilenbesitzer auf den Profit aus dem deutschen Volksgift angewiesen sein? Dann wäre es besser, sie machten den kleinen Besitzern Raum, die z. B. in der Rheinprovinz mehr Kartoffeln bauen, als die Großgrundbesitzer in den östlichen Provinzen, und die für diese Kartoffeln bessere Verwendung wissen, als die Schnaps- und Schlempeerzeuger.

Das Brennen von Schnaps läßt sich vom Schnapstrinken nicht trennen, und darum hat auch die Gesammtheit der Landwirthschaft nicht Vortheile, sondern großen Schaden vom Schnaps, da ja auf einen aus der Brennerei Profitirenden immer viele durch den Konsum sich schädigende Angehörige der Landwirthschaft kommen. Die durch unsere Gesetze erst ermöglichte Erhaltung der Brennerei ist eine Begünstigung der ostelbischen Großgrundbesitzer zum schweren Schaden des Volkes. Man sorge für andere Verwendung des Landes, für andere Verwendung der Kartoffeln, für andere Verwendung des Spiritus; dafür mögen Reich und Staaten Opfer bringen; jede Politik aber, die nicht planmäßig auf eine Verminderung des Schnapskonsums hinstrebt, wo sie möglich ist, ist eine volksfeindliche. Jetzt, wo der Spiritus zu technischen Zwecken mehr und mehr gebraucht wird, wo er als Licht- und Kraftquelle in Frage kommt, jetzt ist auch die rechte Zeit, die Verwendung zu Trinkzwecken einzuschränken. König Friedrich Wilhelm IV. hat nicht ohne Grund einmal erklärt, er werde den Tag seiner Regierung als den glücklichsten preisen, wo die Branntweinsteuer auf Null herabsänke, d. h. alle Brennereien aufhörten. Und als ihm sein Hausminister einmal vorhielt, eine gewisse Domäne könne nur durch Anlage einer Brennerei wieder in die Höhe gebracht werden, erklärte er fast zornig: Um diesen Preis nicht."

— **Die Steuer- und Wirthschafts-Reformer** haben die von uns schon gestern mitgetheilte Erklärung der Herren v. Mendel-Steinfels und Groß-Klanin einstimmig angenommen. Den letzten Gegenstand der Berathung bildete die wirthschaftliche Lage der Landkreise und der Provinzen in Preußen nach der Durchführung der Steuerreform. Der Referent, Graf v. Mirbach-Sorquitten, stellte folgenden Antrag:

„Es hat die Steuerreform in Preußen den östlichen Landestheilen die gehoffte Erleichterung im Gebiete der direkten Besteuerung nicht gebracht. Die vielfach über Gebühr scharfe Heranziehung zu der Einkommen- und Ergänzungssteuer in Verbindung mit den konstant und schnell wachsenden Abgaben an die Kreise und die Provinzen ergiebt vielmehr eine Belastung, welche die Prästationsfähigkeit der wenig steuerkräftigen Bevölkerung dieser Landestheile ernstlich gefährdet. Die ungenügende Berücksichtigung der östlichen Provinzen in dem Dotationsgesetz bedarf nachträglich der Ausgleichung zu vorher bestimmten Zwecken. Es ist einer weiteren Verschuldung der Kreise vorzubeugen, sowie eine Tilgung ihrer Schulden zu organisiren."

Der Antrag des Referenten wurde angenommen. Dann schloß die Generalversammlung. —

— **Beleidigungsfreiheit für Landräthe.** Der Redakteur des „Deutschen Reichsblatt" hatte gegen Herrn v. Puttkamer, Landrath des Kreises Stolp, wegen Beleidigung geklagt, weil derselbe in einem Erlaß an die Lehrer des Kreises das genannte Blatt als „gemeingefährlich" bezeichnet hatte. Das Schöffengericht sprach den Landrath frei, wie seinerzeit mitgetheilt wurde, indem es demselben Wahrung berechtigter Interessen zuschrieb. Das Landgericht in Stolp hat jetzt nochmals über die Klage zu befinden gehabt und das Urtheil erster Instanz bestätigt. Das Landgericht erachtet zwar den Erlaß des Landraths für objektiv beleidigend und läßt auch den Einwand des Angeklagten nicht gelten, daß ihm das Bewußtsein der Beleidigung gefehlt habe. Aber es billigt ihm wiederum den Schutz des § 193 zu, weil ihm das Recht der Schulaufsicht zustehe und er in seiner Eigenschaft als Beamter gehandelt habe.

Nach diesem Urtheil darf also der Landrath, der Beamte, ungestraft einem Privatmanne Beleidigungen zuwerfen, die an jedem anderen Menschenkinde gestraft werden würden, denn er ist eben Beamter. Anstatt, daß der Beamte in erster Linie berufen wäre, das Gesetz zu wahren, darf er es straflos übertreten, denn er hat „berechtigte Interessen" gewahrt!

Aus den Reichslanden, 15. Februar. (Eig. Ber.) Die elsaß-lothringische Schulpolitik ist seit Jahren der Gegenstand heftiger Angriffe seitens der klerikalen Opposition. Gegenwärtig wendet sich der „Elsässer", das Organ des unterelsässischen Klerikalismus, wieder in einer längeren Artikelserie gegen die Begünstigung der aus Preußen stammenden Akademiker beim Eintritt in den reichsländischen Staatsdienst zum Nachtheil der Elsässer. Ebenso seien die Anforderungen beim Abiturientenexamen und dem Zwischenexamen der Untersekunda im Reichsland strenger als in Preußen. Das Blatt fordert die Regierung zur Beseitigung dieser erbitternden Ungleichheit auf und erwartet vom Unterrichtsminister im Landesausschuß befriedigende Zusage in diesem Sinne. —

Oesterreich.

Wien, 17. Februar. Im niederösterreichischen Landtag brachten Mayer und Genossen eine Interpellation an den Statthalter ein wegen des eventuellen Erlasses eines Einfuhrverbotes für amerikanisches Obst mit Rücksicht auf dessen Behaftung mit der San José-Schildlaus. —

Wien, 17. Februar. Wie die „Neue Freie Presse" aus Krakau meldet, beschloß der Gerichtshof, das von dem Vertheidiger des Abgeordneten Daszynski vorgelegte ärztliche Zeugniß nicht zu berücksichtigen, jedoch mit der Ausschreibung der Verhandlung bis zur Rückkehr Daszynski's einzuhalten, da gemäß des Vertrages mit der Schweiz dem in Zürich weilenden Daszynski eine Vorladung zur Verhandlung wegen Aufwiegelung, somit wegen eines politischen Delikes, nicht zugestellt werden kann. —

Brünn, 16. Februar. Der Landtag nahm einstimmig den Antrag Proskowetz an, die Regierung aufzufordern, sofort nach dem Zusammentritt des Reichsrathes einen Gesetzentwurf wegen Sicherstellung des Donau-Oder-Kanals vorzulegen.

Derselbe hätte auch für Deutschland die größte Bedeutung. Nach Ausbau des deutschen Kanalnetzes gäbe es dann direkte Wasserstraßen zwischen dem Schwarzen Meere mit der Ostsee und der Nordsee. —

Ungarn.

Budapest, 17. Februar. Abgeordnetenhaus. Rohonczy erklärte, sein Gewissen befehle ihm, gegen die Regierung Stellung zu nehmen, obwohl er sich dem Ministerpräsidenten gegenüber verpflichtet fühle. Die sozialistische Agitation sei eine ernste; die Regierung müsse die energischesten Maßregeln ergreifen. Daß die Regierung für Wahlzwecke drei Millionen verausgabt habe, könne er nicht beeiden. Hierauf wurde die Debatte über das Kultusbudget fortgesetzt. Bessenyey hob die erfreuliche Thatsache hervor, daß der Unterrichtsetat und die Volksschulen stetig anwachsen: er wolle Vertrauen zur Regierung haben und stimme für das Budget. —

Budapest, 17. Februar. Die Nachrichten aus dem Aufruhrgebiet lauten jetzt beruhigender. Die Polizei fährt mit den Haussuchungen bei den Sozialistenführern und mit der Konfiskation sozialistischer Blätter fort. Der „Wiener Arbeiter Zeitung" und einem in New-York erscheinenden sozialistischen Blatte ist der Postdebit in Ungarn entzogen worden. —

Budapest, 15. Februar. (Eig. Ber.) Heute Nacht wurde im Lokale des Parteisekretariats Hausdurchsuchung gehalten. Alle Schriften, Bücher, Notirungen und die vorgefundenen wenigen Gelder wurden konfiszirt. Den Anwesenden wurde alles aus den Taschen genommen. Zu gleicher Zeit fanden bei acht Genossen ebenfalls Haussuchungen statt. Alles Vorgefundene wurde mitgenommen, die Gelder wurden den Genossen aus der Tasche gezogen und weggeschleppt. Bei dem Budapester Anarchisten, Varkonzi, der Besitzer mehrerer Häuser ist, wurde alles Miethgeld in Beschlag gelegt. Die „Volksstimme" wurde dreimal nach einander beschlagnahmt, die „Nepszava" zweimal. In Uelö bei Budapest sollte gestern eine Versammlung stattfinden. Obwohl dieselbe polizeilich genehmigt war, wurden sämmtliche Arrangeure vor Beginn der Versammlung verhaftet. Genosse Max Großman wurde gestern wegen eines geringfügigen Preßdelikes zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. 28 Preßprozesse sind im Zuge. In fünf Preßprozessen, die innerhalb sechs Wochen stattfanden, wurden fünf Genossen zu 15 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Partei ist materiell schwer geschädigt.

Von anderer Seite wird geschrieben:

Die ungarische Regierung schreitet auf dem Wege, den sie mit Schaffung des Erntearbeitergesetzes eingeschlagen hat, rüstig vorwärts. In einem Monat beginnt die Aussaat, und da heißt es, durch Gewalt und Drohungen die Arbeiter einzuschüchtern und in ihren Ansprüchen mürbe zu machen. Natürlich hindern die bösen „Hetzer" diese löbliche Aktion, so daß es nothwendig wird, die Ordnung herzustellen. So wurde jüngst im Dorfe Karaszi die Ordnung hergestellt, wobei eine Arbeiterfrau vom Bajonnet eines Gendarmen durchbohrt und 15 Verhaftungen vorgenommen wurden. Im Dorfe Kantor-Janosi ging zufällig das Gewehr eines der Ordnung wachenden Gendarmen los und tödtete einen Bauer Namens Lucsai, in Nagy-Czeb wurde der „Sozialistenführer" Sarkaoly durch Bajonnetstiche getödtet, und so meldet der Telegraph immer neue Schauernachrichten. Es wird eben alles gethan, um die Bevölkerung aufzureizen und blutige Zusammenstöße herbeizuführen. Und das ist erst der Anfang.

Der Ackerbauminister Daranyi erklärte unter allgemeiner Begeisterung des Reichstages, über das Szabolczer und Szatmarer Komitat das Standrecht zu verhängen, was mit einer Autorisation zum offiziellen Mord gleichbedeutend ist. Dagegen glaubte er einer Anregung der Radikalen, — wer lacht da — das Preßgesetz und Versammlungsrecht noch mehr einzuschränken, nicht nachkommen zu müssen, da die Staatsanwälte bereits auf grund der bestehenden Gesetze der sozialistischen Presse Herr werden könnten. Das genügt wohl zur Charakteristik der magyarischen Kultur. Zu beklagen sind nur die Opfer dieser zivilisatorischen Thätigkeit, die nicht nur ihre wirthschaftliche Existenz, sondern auch ihr Leben im Kampfe mit den Machthabern einbüßen müssen. —

Frankreich.

Paris, 17. Februar. Im heutigen Ministerrathe theilte der Justizminister Milliard mit, daß Thévenet und Trarieux im Senate über Unregelmäßigkeiten zu interpelliren beabsichtigen, die 1894 im Prozesse Dreyfus begangen worden seien. Millard wird im Senate beantragen, die Interpellation bis nach Beendigung des Prozesses Zola zu vertagen.

Die für den Generalstab eintretenden Blätter heben als das Hauptereigniß des gestrigen Verhandlungstages im Zolaprozeß die Rede des Generals Pellieux hervor, welche im ganzen Lande mächtigen Wiederhall finden werde. Die Zola freundlichen Journale verurtheilten sehr scharf das allzudurchsichtige Manöver Pellieux', auf die Geschworenen Eindruck machen zu wollen, indem er die Kampagne zu gunsten der Revision des Prozesses Dreyfus als Vorbereitung zu künftigen Niederlagen darstellte. —

England.

London, 16. Februar. („Voss. Ztg.) Bei der gestrigen Wahl für das Unterhaus in Pembrokeshire wurde an stelle des Liberalen Davies, der einen Kolonialposten erhielt, der Liberale Philipps mit 5070 Stimmen gewählt; sein Mitbewerber, der Unionist Campbell, erhielt 3406 Stimmen. Die liberale Majorität ist bei dieser Wahl bedeutend höher als bei der vorigen. —

Schweden.

Stockholm, 16. Februar. Die zweite Kammer genehmigte mit 189 gegen 68 Stimmen die Erhöhung der Apanage des Kronprinzen um 50 000 Kronen. Der Finanzminister hatte die Erhöhung unter Hinweis auf den Widerstand des norwegischen Storthing empfohlen. —

Norwegen.

— **Ein rein radikales Kabinet** soll gebildet sein. Nun haben die Radikalen zu zeigen, ob es ihnen mit der Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts ganz ernst ist. —

Türkei.

Konstantinopel, 16. Febr. Der bulgarische diplomatische Agent Markow erhielt gestern die Mittheilung, daß der Sultan, um Bulgarien und dessen Fürsten seine Freundschaft zu beweisen, eine Kommission, bestehend aus dem Kommandanten v. Volo, Enver, dem Adjutanten Saad-Eddin und drei Obersten nach Uesküb entsende. Alle verhafteten Bulgaren werden unter der Bedingung, den Eid der Treue zu schwören, begnadigt, ausgenommen 15 Hauptangeklagte. Alle Kaimakams, welche ihre Amtsgewalt mißbraucht haben, werden ihres Amtes entsetzt. —

Asien.

Bombay, 17. Februar. Die Pestiodesfälle in verflossener Woche bezifferten sich auf 1257, die Gesammtsterblichkeit betrug 2195 oder 187,44 pro Tausend.

Amerika.

New-York, 17. Februar. Nach einer Meldung aus Kingstone (Jamaica) ist ein nach Kuba bestimmter Freibeuterzug behördlich angehalten worden. Eine Menge von Waffen und Munition, welche von Kingstone in Fässern verschifft wurden, die angeblich Zement enthalten sollten, ist beschlagnahmt worden. —

Partei-Nachrichten.

Zum Zweck der Vertheilung von Flugschriften im Wahlkreise Ost- und West-Sternberg in der Mark ersucht der Kandidat des Kreises, Genosse Paul Jahn in Berlin S., Prinzenstraße 98, 2 Treppen links, die Parteigenossen, die in jenem Wahlkreise, besonders aber in Ost-Sternberg, Bekannte haben, ihm Adressen geeigneter Personen zusenden zu wollen.

Bei der Stadtverordneten-Wahl in Hanau haben, nach dem amtlichen Resultat, von 3180 insgesammt abgegebenen Stimmen die Kandidaten unserer Partei 1507—1563 Stimmen erhalten. Sie kommen sämmtlich in die Stichwahl. Von den Gegnern hat nur einer, mit 1604 Stimmen, die absolute Mehrheit errungen; die übrigen gegnerischen Kandidaten, die in die Stichwahl kommen, erhielten 1011—1548 Stimmen.

In Essen an der Ruhr wurde am Sonntag das von unseren Parteigenossen — wie sie hervorgehoben wünschen — aus eigenen Mitteln errichtete Arbeiterheim eingeweiht. Am Vormittag tagte eine namentlich von den Nachbarorten Essens stark besuchte Kreis-Versammlung, wo Reichstags-Abgeordneter Harm aus Elberfeld über die Thätigkeit des Reichstages berichtete. Für den Abend hatte der Sozialdemokratische Verein einen Kommers arrangirt. Am gleichen Tage erschien die erste Nummer des neuen Parteiorgans „Der Weckruf". Möge — schreibt uns ein Theilnehmer der Kreiskonferenz — der „Weckruf" und das „Arbeiterheim" der Partei zum Segen gereichen und mögen sie dazu beitragen, daß unser jetzt noch im Zuchthaus schmachtender Reichstags-Kandidat Ludwig Schröder so viele Stimmen erhält, daß er als gewählt zu betrachten ist."

Das Agitationskomitee für Reuß j. L. hat beschlossen, die Rede, die Reichstags-Abgeordneter Wurm im Reichstage über die deutschen Fabrikinspektoren gehalten hat, drucken zu lassen und in allen Industrie-Orten des Fürstenthums zu verbreiten.

Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Hierher gelangten Nachrichten zufolge ist die Leiche unseres Parteigenossen cand. med. Glikan von Straßburg, der im Wörthersee in Kärnthen vor einigen Wochen ertrank, von einem Taucher der österreichischen Marine gefunden und geborgen worden. Dieselbe ist vollkommen gut erhalten.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Unserem Parteigenossen Redakteur Gewehr in Elberfeld, der im Gefängniß daselbst seit 31. Januar eine dreimonatige Strafe verbüßt und bisher mit schriftlichen Arbeiten für die Gefängniß-Verwaltung beschäftigt wurde, ist jetzt Selbstbeschäftigung in der Weise zugebilligt, daß er für die Grimpe'sche Buchdruckerei nach Belieben literarisch thätig sein darf. Dafür hat die Grimpe'sche Buchdruckerei täglich 1 Mk. an die Gefängniß-Verwaltung zu entrichten. Es ist dies das erste Mal, daß einem Redakteur der Elberfelder „Freien Presse" im Gefängniß Selbstbeschäftigung gestattet wird. Unser Bruderorgan bemerkt zu dieser Verbesserung des Strafvollzugs: „Daß die Behandlung politischer Gefangener durch die sozialdemokratischen Vertreter im Reichstage des öfteren energisch zur Sprache gebracht wurde, hat doch etwas geholfen."

Prozeß Zola.

Paris, 17. Februar.

Aus der Sitzung am Mittwoch ist noch einiges Nähere über die Aussage des Generals de Pellieux nachzutragen. de Pelieux hat zum ersten Male ausführlichere Mittheilungen gemacht über die militärischen Geheimnisse, welche Dreyfus verrathen haben soll. de Pellieux sagte:

„Kommen wir zum Begleitschreiben zurück; man spricht immer nur von der Handschrift; dagegen schweigt man von den fünf Schriftstücken, mit denen es mitgesendet wurde, und fragt sich nicht, ob Esterhazy sie sich hat verschaffen können. Ich will beweisen, daß der Offizier, der die Schriftstücke geliefert hat, ein zum Dienste beim Generalstab probeweise befohlener Artillerie-Offizier sein mußte. Das erste Schriftstück ist eine Arbeit über die hydraulische Bremse des 120 Millimeter-Geschützes und die Art, wie dieses die Feuerprobe bestanden hat. Der angewendete Ausdruck ist da „cent-vingt" (hundertzwanzig), so spricht nur ein Artillerist. Ein Infanterist hätte geschrieben „de la pièce de cent-vingt" (des Geschützes von hundertzwanzig). Die Artillerie hütet ihre Geheimnisse eifersüchtig, und ich, ein General, kenne diese hydraulische Bremse noch nicht. Man behauptet, Esterhazy habe sie bei den Feldübungen kennen lernen können; das ist nicht der Fall. Nur ein Offizier des Großen Generalstabes konnte über diese Bremse Auskunft geben. Nie hat ein Infanterie-Offizier einer Schießübung mit dem 120 Millimeter-Geschütz beigewohnt. Das zweite Schriftstück ist ein Bericht über die Grenzdeckungs-Truppen, da der neue Mobilmachungsplan einige Aenderungen veranlassen werde. Wie konnte ein in Rouen stehender Offizier etwas über die Deckungstruppen wissen? Er hat das Mobilmachungs-Tagebuch seines Regiments, aber von der Zusammenziehung, vom Aufmarsch des Heeres an der Grenze weiß er nichts. Er weiß nur, wo er sich mit seinem Regiment im Kriegsfall einzuschiffen hat. Dann kennt er aber nur eine belanglose Haltestelle, wohin das Regiment sich zunächst begiebt und wo ihm erst der endgiltige Bestimmungsort bekannt gemacht wird. „Der neue Mobilmachungsplan wird einige Aenderungen bewirken," so heißt es in dem Begleitschreiben. Wie sollte Esterhazy wissen, daß ein neuer Plan vorbereitet wurde? Dazu hätte er einen Spießgesellen im Generalstab haben müssen. Das dritte Schriftstück ist ein Bericht über eine Aenderung in den Artillerieformationen. Wie sollte Esterhazy davon Kenntniß haben? In Rouen steht gar keine Artillerie. Das vierte Schriftstück ist ein Bericht über Madagaskar. Einzig ein Offizier des Generalstabes konnte wissen, daß das Landheer am Madagaskarzuge theilnehmen werde. Das Begleitschreiben ist vom Mai, und erst im August wurden die ersten Ausführungsmaßregeln zu diesem Beschlusse getroffen. Das fünfte Schriftstück ist der Entwurf einer neuen Feldartillerie-Schießvorschrift vom 14. März 1894. Diese Vorschrift war keinem Infanterie-Offizier zugänglich; sie wurde nur den Artilleristen geschickt. Selbst im Generalstab waren es nur einige Offiziere der dritten Abtheilung, die sie hatten. Der verurtheilte Offizier war in der Lage, Einsicht in die Schießvorschrift zu nehmen. Seitdem ist bewiesen worden, daß die Schießvorschrift, die Bernheim, zufällig ein jüdischer Offizier, Esterhazy geliehen hat, werthlos war. Sie war im Buchhandel erhältlich und Esterhazy borgte sie sich, um einen Vortrag in seinem Regiment zu halten. Picquart hat den Unteroffizier Hulot verhört; er zeigte ihm die neue Schießvorschrift und fragte: Haben Sie dieses abgeschrieben? Hulot erwiderte: Nein, das Buch war viel dicker. Picquart antwortete: Ueberlegen Sie sich's, wenn Sie für einen Reservisten etwas wünschen, wenden Sie sich an mich. Was bleibt also von den aufgebauten Anklagen? . . .

Es folgten dann die pathetischen Ausführungen des Generals de Pellieux an die Geschworenen, der Hinweis auf die Tage der Gefahr, die vielleicht näher seien als man denke u. s. w., wie der gestrige Bericht schon mittheilte. de Pellieux schloß mit den Worten: Die Wiederaufnahme ist uns gleichgiltig. Wir hätten uns glücklich geschätzt, wenn das Kriegsgericht 1894 hätte freisprechen können; es wäre dann bewiesen gewesen, daß es im französischen Heer keinen Verräther giebt. Das Kriegsgericht von

1898 hat nicht gewollt, daß man einen Unschuldigen an die Stelle des Verurtheilten setze, er sei schuldig oder nicht. (Stürmisches Händeklatschen.)

Verhandlung am Donnerstag.

Der Saal ist wieder überfüllt. Advokat Clemenceau beantragt, der Gerichtshof möge anordnen, daß das im Kriegsministerium befindliche Original des Bordereaus beschlagnahmt werde. Der Präsident erwidert, das sei unmöglich. Clemenceau bringt entsprechende Anträge ein.

Hierauf wird Paul Moriaud nochmals vernommen. Zeuge versichert in Beantwortung der ihm von der Vertheidigung gestellten Fragen neuerdings, daß die Schrift des Bordereaus die des Majors Esterhazy sei. Dieselbe Versicherung giebt Zeuge bezüglich des Briefes ab, in welchem das Wort „Ulan" vorkommt. „Ich behaupte nicht nur, sagt Zeuge, daß Esterhazy den Brief geschrieben, sondern ich behaupte auch, daß er ihn nicht noch einmal in derselben graphischen Form schreiben könnte, weil der Brief von Esterhazy in einem ganz besonderen Augenblick seines Lebens geschrieben worden ist, in einem Augenblicke lebhafter Ueberreizung, in einem Augenblick, da Esterhazy zweifellos gleichsam wahnsinnig war. Jeder Federzug ist von der Hand Esterhazy's, und ich wette darauf, daß kein Experte mir das Gegentheil beweisen kann. Dann wird wieder der Schreibsachverständige Conrad vernommen; derselbe sagt: Es handelt sich um zwei, von einander verschiedene Affären, die erste derselben war anderen Sachverständigen, als mir, anvertraut, ich bin also nicht im stande zu antworten.

Der nun vernommene Sachverständige Varinard erklärt, um ein Gutachten abzugeben, bedürfe er des Originalbriefes, denn das vorliegende Schriftstück, das sicherlich falsch sei, sei in dem vom „Figaro" veröffentlichten Facsimile schlecht reproduzirt. Labori: Wenn, wie wir behaupten, dieser Brief authentisch ist, so müssen Esterhazy und der Generalstab selbst das größte Interesse daran haben, den Beweis zu liefern, daß er von keinem französischen Offizier geschrieben worden ist. Man möge uns das Original dieses Briefes, der in keiner Weise die Landesvertheidigung berührt, zeigen. Clémenceau schließt sich den Forderungen seines Kollegen an, der Präsident erwidert aber, er habe darüber bereits entschieden. General Pellieux wird wieder aufgerufen und von Clémenceau gefragt, ob es nach seiner Meinung nicht im Interesse der Armee liege, Aufklärung darüber zu schaffen, ob — ja oder nein — Esterhazy den Ulanenbrief geschrieben habe. Pellieux: Ich bin durchaus der Ansicht der Vertheidiger. Es giebt nicht einen Offizier, der darüber anders denken könne, als ich. Pellieux erzählt darauf, unter welchen Umständen das fragliche Schriftstück in seine Hände gefallen ist. Labori: Ich hoffe, daß wir dieses Schriftstück bekommen werden. Präsident: Der Kriegsminister wird um seine Genehmigung ersucht werden; morgen werden Sie die Antwort des Kriegsministers erhalten.

Es folgt die Vernehmung des Professors an der Ecole des Chartes und Mitgliedes des Institut de France, Giry. Derselbe sagt aus, die Aehnlichkeit der Handschrift Esterhazy's mit dem Bordereau sei aller Welt aufgefallen. Giry giebt eine wissenschaftliche Beschreibung und formulirt sein Gutachten bestimmt dahin, daß die Schrift im Bordereau eine fließende, natürliche, keine verstellte ist, daß darin keine Abweichungen vorkommen, daß es also nicht, wie man behauptet hat, eine Fälschung ist. Zola einfallend: Und vierzig sehr hervorragende Persönlichkeiten theilten diese Ueberzeugung. Wenn wir sie für den Augenblick nicht hierher zitirt haben, so geschah es, um den Gerichtshof und den Geschworenen nicht zuviel zuzumuthen. Giry fährt fort: ich will nicht behaupten, daß Esterhazy das Bordereau geschrieben hat, aber ich habe die moralische Ueberzeugung, ohne jedoch zu absoluter Sicherheit gelangt zu sein. Dr. Héricourt, Direktor der „Revue scientifique", welcher die Schriften prüfte, kommt auf grund physiologischer Schlußfolgerungen dazu, daß die Schrift im Bordereau die Schrift Esterhazy's ist. Die Identität sei eine vollständige.

Nachdem Zeuge Héricourt seine Aussage beendet hat, sagt der Präsident: Man lasse den Oberst Picquart kommen. (Anhaltende Bewegung.) Oberst Picquart tritt vor. Labori fragt den Zeugen: Haben Sie die gestrigen Verhandlungen in extenso gelesen? Zeuge: Jawohl. Labori: Wollen Sie uns danach sagen, was Sie über die Wichtigkeit der in dem Bordereau bezeichneten Schriftstücke ꝛc. denken? Picquart: Ich würde hierüber nicht sprechen, wenn nicht schon vor mir General Pellieux darüber gesprochen hätte; ich werde aber, da wir vor der Justiz stehen, im Interesse derselben reden. Picquart geht hierauf den Inhalt des Bordereaus durch und sagt: Es fragt sich, ob Esterhazy diese Auskünfte haben konnte. Präsident: Das ist die Frage, um die es sich handelt. Picquart: Jawohl! Esterhazy hat sich zweimal nach den Feuerwerksschulen und ein drittes Mal auf seine Kosten nach dem Lager von Chalons begeben. Ich habe Erkundigungen über Esterhazy eingezogen; dabei sagte mir ein Offizier: „Esterhazy fragte mich eines Tages, ob mir etwas über die Mobilisation der Artillerie bekannt sei; was wollte er? Nachrichten einziehen?" Picquart setzt hinzu, er sei bereit, bezüglich der Grenzdeckungstruppen Erklärungen abzugeben, er müsse aber hierzu vom Gerichtshofe für einige Minuten den Ausschluß der Oeffentlichkeit erbitten. Präsident: Wir wollen gleich sehen; fahren Sie zunächst fort. Picquart: Jemand sagte mir, daß Esterhazy immer bei sich zu Hause Dokumente abschreiben ließ; dazu war er Major und hatte einen Sekretär zur Seite. Indessen, fährt Picquart fort, habe ich bis zum letzten Augenblick die Hoffnung gehegt, in dem Bordereau etwas zu finden, was mir bewiese, daß Esterhazy der Urheber des Bordereau sei. Diese Hoffnung hatte ich, als ich die Bemerkung darin sah: „Ich reise jetzt zu den Manövern ab." Ich frug mich, wie war es möglich, daß ein Major im Frühjahr zu den Manövern abreisen konnte. Gewöhnlich sind es zu dieser Zeit nur die Bataillonschefs und nicht die Majore, die sich zum Manöver begeben. Ich verschaffte mir nun den Rapport des 74. Regiments vom Jahre 1894 und da war bei dem betreffenden Zeitraum eingetragen, daß Esterhazy an den Manövern theilnehmen werde. (Bewegung.) Picquart schließt mit der Behauptung, daß Esterhazy infolge der Schritte, die er in diesem Sinne unternommen hatte, im stande war, die in dem Bordereau angeführten Thatsachen zu kennen.

Hierauf erhält der General Pellieux das Wort zur Erwiderung und erklärt, er habe über das, was er mit bezug auf das Bordereau bereits gesagt habe, keine weiteren Bemerkungen zu machen. Die Geschworenen, sagt er, werden zwischen meiner Aussage und derjenigen des Obersten Picquard die Entscheidung zu treffen wissen. Ueberdies würde ein Generalstabs-Offizier, z. B. General Gonse, besser als ich, sich über die Tragweite der in dem Bordereau erwähnten Nachrichten und Auskünfte aussprechen können. General Gonse unterstützt die Ausführungen des General Pellieux und fügt hinzu, daß er das 120 Millimeter-Geschütz nicht kenne und es niemals gesehen habe. (Bewegung.) Zeuge fährt fort: Was die Offiziere und Unteroffiziere betrifft, welche Oberst Picquart in Versailles ausgefragt hat, so weiß ich, daß die von ihm erlangten Auskünfte negative waren; der Oberst hat es mir gesagt. Oberst Picquart bemerkt hierauf: Ich habe nicht die Offiziere gefragt, sondern nur einen Offizier und nicht mehrere. — Nunmehr entspinnt sich eine Debatte über den Zeitpunkt, an welchem das Bordereau geschrieben sein soll. Während Picquart behauptet, daß man in der 2. Abtheilung des Generalstabs stets der Ansicht war, daß es vom April stamme, erklärt General Gonse, daß es vom August stammen müsse. Advokat Labori weist hier darauf hin, daß in der Anklageschrift gegen Dreyfus der Zeitpunkt April als Beweisgrund gegen den Verurtheilten von der Teufelsinsel vorkomme. (Bewegung.) Picquart sagt weiter aus: Die Erklärungen, die Ihnen soeben General Gonse gegeben hat, enthielten gerade dasjenige, dessen wegen ich den Ausschluß der Oeffentlichkeit verlangt hatte. Ich habe also nichts mehr hinzuzufügen. Hierauf wird die Sitzung unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung sagt General Pellieux: „Ich bitte uns Wort!" (Sensation.) Der General tritt entschlossen an die Schranke vor und sagt: Bis jetzt haben wir uns innerhalb der Gesetzmäßigkeit gehalten; da aber die Vertheidigung von den Stellen in dem Berichte des Majors D'Orneschéville gesprochen hat, so werde ich die typischen Worte des Obersten Henry wiederholen: „Man will Licht; nun zu denn!" (Bewegung.) An dem Zeitpunkte der Interpellation Castelli hatte man in dem Kriegsministerium den absoluten Beweis von der Schuld des Hauptmanns Dreyfus. Diesen Beweis habe ich gesehen. Danach ging uns ein Papier zu, welches folgendes besagte: „Sprechen Sie niemals von den Beziehungen, welche wir mit diesem Juden hatten." Diese Note war nicht unterzeichnet; sie war von einer Visitenkarte begleitet, auf der sich ein vereinbartes Wort befand und zwar dasselbe, wie auf dem Papier. Labori: Das ist kein Schriftstück, das einen Werth hätte. Ein erstes geheimes Aktenstück hat die Verurtheilung Dreyfus' herbeigeführt, ohne daß darüber verhandelt worden ist und ohne daß es von dem Angeklagten und seinem Vertheidiger gekannt war.

Der Präsident sagt nunmehr: Man lasse den Major Esterhazy kommen! (Bewegung.) Hier fällt Vertheidiger Labori ein: Oh nein! Nicht, ehe General Boisdeffre vernommen ist. Der Zwischenfall ist zu wichtig, als daß die Verhandlung fortgesetzt werden könnte, ohne daß derselbe erledigt ist. Ich werde einen Antrag auf Aufschub einbringen." Nun zieht sich Esterhazy, der sich bereits äußerst bleichen Antlitzes zur Schranke vorbewegt hatte, wieder zurück. Die Sitzung wird unter sehr lebhafter Erregung im Saale unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird mitgetheilt, daß General Boisdeffre nicht angetroffen wurde. Der Präsident vertagt daher die Verhandlung auf morgen.

Wahlbewegung.

In Prenzlau wurde von der deutsch-sozialen Reformpartei der Redakteur Böckler-Berlin als Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen aufgestellt.

Im Wahlkreise Anhalt II (Bernburg-Köthen) haben die Nationalliberalen den bisherigen Abgeordneten Professor Friedberg wieder aufgestellt. Von sozialdemokratischer Seite steht ihm Gen. Albrecht gegenüber.

Gegen den welfischen Kandidaten im 19. hannoverschen Reichstags-Wahlkreise, Lehrer Alpers in Hamburg, ist aus Anlaß wiederholter Beschwerden des dortigen preußischen Gesandten das Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Dr. Hitze (Z.) hat erklärt, in seinem bisherigen Wahlkreise Gelsenkirchen nicht mehr kandidiren zu wollen; er wird wahrscheinlich in München-Gladbach aufgestellt werden.

Eine Vertrauensmänner-Versammlung der Zentrumspartei in Regensburg normirte einstimmig den bisherigen Reichstags-Abgeordneten v. Lama als Kandidaten für den Reichstag.

Von seiten des bayerischen Bauernbundes kandidiren Wieland in Straubing, Eisenberger in Rosenheim, Dr. Kleitner in Traunstein.

Dem Abg. Weiß (frs. Vp.) in Fürth haben die deutschen Volksparteiler in der Person des Abg. Conrad einen Gegenkandidaten gegenübergestellt. — Der Mühlenbesitzer Bauriedel aus Nürnberg, der im selben Kreise für die Nationalliberalen kandidirt, hat sich protokollarisch als Gegner der Handelsverträge und für ein Brechen mit Amerika erklärt. Darauf beschlossen Bauernbündler und Konservative seine Unterstützung.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Zuschrift der Fabrikanten an die Agitationskommission der Schuhmacher hat mit Hinweglassung einer unwesentlichen Stelle folgenden Wortlaut: „Auf Ihre Zuschrift vom 6. d. M. erwidern wir, daß die darin zum ersten Male verlangte Mitverwaltung des Arbeitsnachweises für den Verband nie eine streitige Frage sein kann. Der Verband hat den Arbeitsnachweis gegründet, um seinen Mitgliedern das unbedingte Annahme- und Entlassungsrecht des Arbeitgebers zu wahren, das ihnen seit Jahren von der Arbeiterkoalition durch Streiks und Maßregelungen aller Art bestritten wurde. Dies Recht kann auch nicht Gegenstand einer gewerbegerichtlichen Verhandlung sein. Der Verband ist dagegen bereit, Beschwerden gegen den Arbeitsnachweis zu untersuchen und dessen Maßnahmen zu rechtfertigen. Eine solche Fühlung wäre ihm sogar erwünscht, um auch seinerseits die Beschwerden vorzubereiten. Insbesondere kann der Verband es nicht mehr länger mit ansehen, daß seine Mitglieder öffentlich in den Versammlungen in der unflätigsten Weise beschimpft werden. Er hat deshalb den Vorstand beauftragt, gegen den Schuhmacher Hildebrand, der in der letzten Versammlung öffentlich die Mitglieder der Gewerbegerichts-Kommission Schlizweg, Fürstenheim und Silberberg des Wortbruchs und Meineids bezichtigte, wegen öffentlicher Beleidigung und Ehrenkränkung Strafantrag zu stellen." — Die Agitationskommission hat hierzu noch keinerlei Stellung genommen.

Von seiten der Arbeiter ist das Gewerbegericht von neuem als Einigungsamt angerufen worden.

Die Marmor- und Granitarbeiter beschlossen in ihrer letzten Versammlung, daß mit dem nächsten Monat wieder mit dem Kleben der 50 Pf.-Streikfondsmarken begonnen werde; außerdem wurde mitgetheilt, daß sich die Alabasterarbeiter entschlossen hätten, sich den Marmorarbeitern anzuschließen.

Deutsches Reich.

In Cottbus streiken seit 15. Februar sämmtliche Tischler der Firma Otto Rost wegen Maßregelung eines Kollegen. Sie fordern dessen Wiedereinstellung, ferner 61stündige Arbeitszeit (bisher 66 Stunden), 33 Pf. Stundenlohn (bisher 30 Pf.), 10 Pf. Aufschlag für Ueberstunden, 2 Pf. Aufschlag pro Stunde für Arbeiten außerhalb der Werkstatt, aber innerhalb des Stadtkreises. Zum theil sind diese Arbeitsbedingungen in den übrigen Cottbuser Tischlereien schon seit zwei Jahren eingeführt.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Grünberg in Schlesien siegte in der Klasse der Arbeiterbeisitzer die sozialdemokratische Liste mit 546 Stimmen über die Liste der Gegner, die 70 Stimmen erhielt.

In Dommitzsch an der Elbe ist am 6. Februar ein Arbeiter-Fortbildungsverein gegründet worden. Sämmtlichen Vorstandsmitgliedern des neuen Vereins, der bereits 60 Mann stark ist, wurde am 12. Februar in der Thonwaarenfabrik, wo sie beschäftigt sind, die Arbeit gekündigt. Darauf erklärten sich 25 Mann mit den Gekündigten solidarisch und kündigten gleichfalls. Das übrige Personal will folgen, wenn die Kündigung der Vorstandsmitglieder nicht zurückgenommen wird.

In Werdau i. S. haben 70 Textilarbeiter der mechanischen Weberei von C. G. Päßler die Arbeit eingestellt, weil zwei Mitglieder des Verbandes gemaßregelt worden sind. Die Arbeiter versuchten vorher, die Differenz gütlich beizulegen, wurden aber schroff abgewiesen.

Die Auschläger Stuttgarts haben am 14. Februar den Streik begonnen. In acht Geschäften wurde bewilligt. Die Werkstattschreiner erklärten sich mit den Auschlägern solidarisch insofern, als sie versprachen, die Arbeit derselben unter keinen Umständen übernehmen zu wollen. Die Geschäftskonjunktur wird als günstig bezeichnet, da die meisten Neubauten bis zum 1. April fertiggestellt werden müßten. Im Streik stehen zirka 80 Mann.

Bei der Aussperrung von 20 Steinarbeitern am Neubau der Post in Karlsruhe handelt es sich, wie die Mannheimer „Volksstimme" mittheilt, um folgenden Hergang. Zwei organisirte Steinarbeiter waren ohne Angabe des Grundes entlassen worden. Der Steinarbeiterverein beauftragte eine Kommission, mit dem Unternehmer Breitenberger zu verhandeln. Als dieser die Kommission nicht anhörte, forderten 27 an dem Neubau der Post beschäftigte Steinarbeiter den Zehnstundentag und die Vereinbarung einer Arbeitsordnung. Darauf entließ der Unternehmer 20 Mann von den Unterzeichnern des Gesuchs.

Der Formerstreik in den Eisenwerken des Kommerzienraths v. Gienanth in Hochstein in der Rheinpfalz ist bereits wieder beendet. Sämmtliche 70 betheiligte Former haben die Arbeit bedingungslos aufgenommen. Einer gewerkschaftlichen Organisation gehörten sie nicht an.

Ausland.

Der Ausstand in der Grazer Waggonfabrik dauert fort. Während die Direktion behauptet, die Entlassenen seien zum theil wegen Arbeitsmangels, zum theil wegen Vergehen der Betreffenden gegen die Fabrikordnung erfolgt, halten die Arbeiter die Behauptung aufrecht, daß es sich um Maßregelung handele. Die Arbeiter fordern die Wiederaufnahme der anläßlich der jüngsten Vorkommnisse entlassenen Vertrauensmänner und neuerliche Anerkennung der zwischen der Direktion und den Vertrauensmännern im Juni 1897 getroffenen Vereinbarungen.

Ein neues großes Grubenunglück.

Wie aus Bochum telegraphirt wird, sind am Donnerstag Morgen in der 7. Stunde in dem benachbarten Hamme auf der Zeche Vereinigte Karolinenglück und zwar auf dem Flötz „Präsident" in der fünften Tiefbausohle schlagende Wetter explodirt, wodurch eine große Anzahl Bergleute ihr Leben verloren. Bis ½12 Uhr vormittags waren **33** Todte und etwa **30** Schwerverletzte zu tage gefördert. **30 40** Bergleute, die sich zu diesem Zeitpunkt noch in der Grube befanden, gelten als verloren. Durch die Nachschwaden werden die Rettungsarbeiten sehr erschwert; die Rettungsmannschaften kehren betäubt aus der Grube zurück.

Eine spätere telegraphische Meldung besagt: Die Zahl der Todten betrug um 2 Uhr 10 Minuten **45**, der Verwundeten gegen **40**. In der dritten nördlichen Abtheilung der fünften Sohle liegen noch 80 Personen, in den anderen Abtheilungen gleichfalls eine größere Anzahl Vermißter. Außerdem können mehrere Schwerverletzte örtlicher Hindernisse wegen vorerst noch nicht geborgen werden. Die Gesammtzahl der Verunglückten läßt sich zur Zeit noch nicht bestimmen.

Menschenopfer in immer steigender Zahl fordert der moderne Betrieb der Kohlenbergwerke. Wann wird endlich die Reichs-Gesetzgebung dem Bergmann den Grad von Schutz verschaffen, den der heutige hohe Stand der Technik möglich macht und der insbesondere die Massenkatastrophen verhüten läßt? Es wäre eine Schande für ein Kulturland, wenn nicht einmal in einer der gewinnbringendsten Industrien ausreichend für Leben und Gesundheit des Arbeiters gesorgt würde.

Soziales.

Die Auswanderung im Jahre 1897. Nach dem dem Reichstage zugegangenen Bericht über die Thätigkeit der Reichskommissare für das Auswanderungswesen sind im Jahre 1897 über deutsche Häfen insgesammt 83 220 Personen ausgewandert, davon waren aus dem Deutschen Reiche 18 801, aus Oesterreich-Ungarn 25 688, aus Rußland 18 107, aus den Vereinigten Staaten von Amerika 17 886. Einschließlich dieser wohl aus Vergnügungs- und Geschäftsreisenden sich zusammensetzenden Zahl von Amerikanern gingen nach den Vereinigten Staaten 55 698 Auswanderer, 4868 nach Britisch Nordamerika, 1607 nach Argentinien, 878 nach Brasilien, 785 nach Afrika, 292 nach Australien und Polynesien, 102 nach Asien. Ueber Bremen wurden befördert 46 798, über Hamburg 35 049, über Stettin 1878 Auswanderer. Die Auswanderung über erstere beide Häfen hat im Jahre 1897 den bisher niedrigsten Stand erreicht. 1893 wanderten über Bremen 109 400 Personen aus, und über Hamburg 188 220.

Unter den ausgewanderten Deutschen befanden sich 11 898 Preußen, 1518 Bayern, 1424 Hamburger, 888 Sachsen, 799 Württemberger, 501 Bremer. Von den übrigen Bundesstaaten steht Baden mit 395 Auswanderern an der Spitze, während Schaumburg-Lippe nur 2 Auswanderer aufweist.

In Preußen sind die einzelnen Provinzen wie folgt betheiligt: Hannover 2257, Brandenburg mit Berlin 1945, Posen 1349, Schleswig-Holstein 1153, Pommern 951, Westpreußen 857, Hessen-Nassau 731, Sachsen 702, Schlesien 682, Rheinland 518, Ostpreußen 426, Westfalen 322, Hohenzollern 5.

Von den 18 801 Deutschen gingen nach den Vereinigten Staaten von Amerika 7755 männliche und 7172 weibliche Auswanderer, nach Afrika 798 männl. und 276 weibl., nach Australien ꝛc. 209 männl. und 100 weibl., nach Asien 96 männl. und 48 weibl. Auswanderer. Die übrigen reisten nach anderen hier nicht genannten Theilen Amerika's (die meisten nach Brasilien, Argentinien und Britisch Nordamerika). 1968 der deutschen Auswanderer gehörten ihrem Berufe nach der Landwirthschaft an.

In das Komitee für die Betheiligung an der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 sind von der österreichischen Regierung auch zwei Sozialdemokraten berufen, und zwar in das Spezialkomitee für die Ausstellung der Presse der Herausgeber der Wiener „Arbeiter-Zeitung", Dr. Viktor Adler, und in das Spezialkomitee für Sozialökonomie, Hygiene und öffentliches Hilfswesen der Reichsraths-Abgeordnete Dr. Leo Verkauf.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Berlin, 17. Februar. Die „Berliner Korrespondenz" schreibt: Nach dem vom Bundesrath in seiner heutigen Sitzung genehmigten Gesetzentwurf, betreffend Aenderungen von Bestimmungen über das Postwesen, soll das Porto für den frankirten gewöhnlichen Brief bis zum Gewicht von 20 Gramm einschließlich 10 Pf., bei größerem Gewicht 20 Pf. betragen. Bei unfrankirten Briefen soll ein Zuschlagsporto von 6 Pf. ohne Unterschied des Gewichts des Briefes hinzutreten.

Breslau, 17. Februar. (W. H.) Nachdem gestern der Lackirer Kühn den Mord an der Trödlerin Kartie eingestanden, wurden abends, wie der „Bresl. Generalanz." meldet, die Ehefrau Kühn und deren Onkel, der Haushälter Otto, unter dem Verdachte der Mitwissenschaft und Beihilfe verhaftet.

Köln, 17. Februar. (W. H.) Die „Köln. Volksztg." schreibt zu der Meldung, daß die Regierung auf dem Flottengesetz bestehen müsse: Danach würden die verbündeten Regierungen auf der Marinevorlage mit der einseitigen Bindung des Reichstages bestehen, einer Forderung, welcher die Zentrumsfraktion nicht zustimmen kann. Die verbündeten Regierungen würden unter dem Zeichen des Flottengesetzes Neuwahlen ausschreiben, und mit dieser Entwicklung hat das Zentrum bereits gerechnet. Es wird die sich ergebenden Konsequenzen zu ziehen wissen.

Hamme bei Bochum, 17. Februar. (W. T. B.) Aus der Zeche „Vereinigte Karolinenglück" waren bis 6¼ Uhr abends 58 Todte zu tage gefördert. Fünf Bergleute werden noch vermißt. Von den Verwundeten liegt eine größere Anzahl hoffnungslos darnieder.

Budapest, 17. Februar. (W. H.) Bei den hiesigen Führern der Sozialdemokratie werden die Haussuchungen fortgesetzt. Zahlreiche Dokumente wurden beschlagnahmt; mehrere Verhaftungen sollen bevorstehen.

Marseille, 17. Februar. (W. T. B.) Die Zahl der bei dem Untergang des Packetboots „Flachat" Verunglückten wird gegen 100 geschätzt, darunter 49 Passagiere. Unter den Verunglückten befindet sich kein Deutscher.

Mons, 17. Februar. (W. T. B.) Das Zuchtpolizeigericht sprach heute das Urtheil über die sozialistischen Deputirten Roger und Brenez, welche angeklagt waren, den Bürgermeister von Hautrage geschlagen und beleidigt zu haben. Roger erhielt wegen der Verletzung zwei Monate, wegen der Beleidigung zwei Wochen Gefängniß. Brenez wurde wegen Beleidigung zu drei Wochen Gefängniß verurtheilt.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

43. Sitzung. Donnerstag, 18. Februar 1898, 2 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Posadowsky, v. Podbielski.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Berathung des Gesetzes, betr. Postdampfschiff-Verbindungen mit überseeischen Ländern.

Abg. **Weiß** (frs. Vp.): Wenn wir auch mit Genugthuung das Steigen unseres Einflusses in Ostasien konstatiren, so hat Herr Frese doch nicht nachgewiesen, daß dies mit der Subvention etwas zu thun hat. Die Bedeutung der Subvention für den überseeischen Exportverkehr ist durchaus keine so große, wie sie jetzt immer geschildert wird, da die meisten Exportgüter auf nicht subventionirten Linien befördert werden. Der Passagierverkehr auf diesen Linien befördert zum größten Theil Ausländer, so daß das Geld der deutschen Steuerzahler für die schönen Dampfer lediglich Ausländern zu gute kommt. Ebenso kommt der Nutzen für den Frachtgutverkehr hauptsächlich dem Auslande zu gute. Der deutsche Handel giebt eben anderen Linien den Vorzug. Die Kommission wird zu entscheiden haben, ob die Subvention wirklichen Nutzen bringt. (Bravo! links.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Den berechtigten Ansprüchen des Handels kann ohne die subventionirten Linien nicht genügt werden. Auf einzelne Einwände will ich gleich eingehen. Daß der Nutzen der Subvention hauptsächlich den Ausländern zu gute kommen soll, ist durchaus nicht festzustellen, da die Deklarationen sehr ungenau sind. Den Nutzen einer Subvention erkennen wir am besten aus dem Verhalten anderer Staaten z. B. Frankreich — der Landwirthschaft kann die Subvention keine Konkurrenz machen, freilich die Wolleinfuhr ist jetzt nach Aufhebung des Wollzolls nicht mehr zu verhindern.

Jedenfalls steht das eine fest: daß wir ohne Subventionen den Verkehr überhaupt nicht mehr bewältigen könnten, namentlich, wenn wir unseren Passagierverkehr mit Ostasien, den Pionier unserer Kultur, aufrecht erhalten wollen. Unsere Subventionen sind ohnehin die geringsten unter denen aller Kulturstaaten.

Wir müssen ferner noch berücksichtigen, daß wir demnächst mit der russisch-sibirischen Eisenbahn zu rechnen haben, die alle bisherigen Verbindungen, selbst die Pacific-Bahn weit hinter sich läßt. Wie diese auf den Welt-Verkehr einwirken wird, läßt sich noch gar nicht absehen. Aber ich glaube, wenn eine neue Kulturfontanelle von solcher Dimension eröffnet wird, so haben wir alle Ursache, auf jene Gegenden, die hierbei in Frage kommen, unser besonderes Augenmerk zu richten. Es werden aller Voraussicht nach die Transportkosten zur See bedeutend geringer sein, als die auf der Bahn; wir haben also nicht zu befürchten, daß der Seeverkehr durch die sibirische Eisenbahn todtgemacht werden wird.

Es ist ferner davon gesprochen worden, unsere australische Linie zu kündigen, auch der unsere Einnahmen zurückgegangen seien. Die Kündigung empfiehlt sich zur Zeit nicht, da der Lloyd ohnehin mit Unterbilanz arbeitet.

Man kann im allgemeinen von sachverständiger Seite stets das hören: daß die Subventionirung auf unseren gesammten Dampfschiffverkehr wie ein erfrischender Regen gewirkt habe. Es liegen zahlreiche Zeugnisse vor in den Berichten aus auswärtigen Plätzen. Redner verliest einige derselben. Andererseits kann man nachweisen, daß z. B. eine Verbindung mit Australien ohne Subvention finanziell vollkommen aussichtslos ist. Redner bringt einige Zahlen, die aus den Einnahmen und Verlusten der betreffenden Linien einen Beleg für seine Behauptung abgeben. Die australische Linie hat früher jährlich 1½—2 Millionen Verlust gehabt; man kann ihr doch daher nicht gerade jetzt, wo sie mit Hilfe der Subvention beginnt, lohnendere Fahrten zu machen, die Subvention wieder entziehen.

Was speziell die ostafrikanische Linie anlangt, so werden wir über alle Details ja noch in der Kommission ausführlich sprechen. Jedenfalls das eine will ich Ihnen ans Herz legen: es handelt sich hier um eine große nationale That, deren Ergebnisse im Voraus freilich nicht mathematisch zu berechnen sind, ebenso wenig, wie man den Einfluß der Errichtung einer Kunstanstalt auf die Volksbildung mathematisch bestimmen kann. Wir wissen, daß Ostasien einer großen merkantilen Zukunft entgegengeht; wir sehen, wie alle anderen Staaten die größten Anstrengungen machen, sich ihren Antheil an der bevorstehenden Ausbeute zu sichern. In einem solchen Momente ist es die Pflicht einer großen Nation, ohne kleinliche Bedenken auch etwas zu riskiren und nicht zurückzustehen hinter den anderen. Ich hoffe, daß Sie diese nationale Pflicht erkennen und der Vorlage zur Annahme verhelfen werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Müller-Fulda** (Z.): Sehr beachtenswerth ist der berechtigte Wunsch der deutschen Industrie, daß die subventionirten Dampfer künftig nicht in Antwerpen, sondern in Rotterdam einlaufen sollen. Jetzt liegt nämlich die Sache so, daß durch uns eine direkte Verbindung zwischen Antwerpen und Australien geschaffen ist, die hauptsächlich dem ausländischen Handel zu gute kommt. Es wäre zu erwägen, ob man dem Lloyd nicht bestimmte Verhaltungsmaßregeln bezüglich der Einfuhr landwirthschaftlicher Produkte geben soll. All' diese Einzelheiten müssen in der Kommission sorgfältig erwogen werden, und vor allem muß genügendes statistisches Material beschafft werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Graf **v. Limburg-Stirum** (k.): Ich glaube nicht, daß die Landwirthschaft durch die Subvention irgend welchen Schaden erleiden kann. Die Ueberschüsse des Lloyd sind so geringe, daß man von ihm die Leistungen ohne Zuschüsse nicht verlangen könnte. Unsere Stellungnahme wäre ja ganz zweifellos, wenn man unsere Klagen über die Noth der Landwirthschaft nicht stets als übertrieben bezeichnet hätte. (Hört, hört! links.) Aber wir wollen nicht kleinlich sein, wir wollen auch die Industrie unterstützen. (Abg. Singer ruft: Neues Kartell!) Die Herren der Industrie mögen erkennen, daß wir nicht einseitige Interessen vertreten und sich darnach richten bei der Schaffung der neuen Handelsverträge. Für die Vorlage kommt auch unser Eingreifen in China in betracht. Wir haben die Chinapolitik mit Freuden begrüßt, sie wird unserm Handel erheblich nützen. Ich möchte aber noch einen Gesichtspunkt in die Debatte werfen. Vielleicht lassen sich die Kohlenlager von Reichswegen ausbeuten und so sich neue Reichseinnahmen schaffen. Ich hoffe, die Zentrumspartei wird ihre Bedenken schließlich bei seite stellen und die Vorlage zur Annahme gelangen. (Beifall rechts.)

Abg. **Jebsen** (natl.) begrüßt die Vorlage freudig. Wir müssen mit anderen Staaten mitgehen, die ihre Dampferlinien stets vermehrt haben. Der Lloyd verdient die Unterstützung, wenn er bereit ist, die Schiffe mit größeren Maschinen zu bauen. Die Reise nach Ostasien wird immer schneller zurückgelegt werden müssen, wenn die Konkurrenz mit der sibirischen Bahn aufgenommen werden soll. Die Schiffe sollen aus deutschem Material gebaut und mit Deutschen bemannt werden. Darin gebe ich den Sozialdemokraten recht, daß auf Schiffen, die hin und zurück verkehren, deutsche Arbeiter angestellt werden müssen. Ich habe den Wunsch, daß wir uns über die Vorlage in der Kommission sachlich und ruhig unterhalten und zu einem guten Ergebniß kommen. Ich beantrage eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Zwei Gesichtspunkte sind mir in der Debatte aufgefallen. Der Vorredner, Herr Jebsen, der selbst ja sehr viel von der Schifffahrt versteht, hat für die Vorlage nichts anderes angeführt, als daß wir aus Patriotismus ja sagen müssen. Irgend ein anderes Moment hat Herr Jebsen nicht anzuführen vermocht. Es müssen also solche überhaupt nicht vorhanden sein. Herr Jebsen sagte, wir müßten uns nach dem Auslande richten. Aber Herr v. Stephan hat einmal gesagt, wozu haben wir denn die Schlacht im Teutoburger Walde geschlagen, wenn wir uns immer nach dem Ausland richten sollen (Heiterkeit). Er hatte ganz recht, denn von diesem Gesichtspunkte aus müßten wir auch die New-Yorker Linie und alle anderen Linien subventioniren. Der zweite Gesichtspunkt, der mir aufgefallen ist, kam in der Rede des Abgeordneten Grafen Limburg-Stirum war. Er bot der Industrie seine Unterstützung an, sagte aber, wir rechnen aber darauf, daß auch die Industrie die Landwirthschaft unterstützen wird. Ja, wer zahlt denn die Subvention? Ist etwa der Bund der Landwirthe bereit, aus seinem Säckel die Subvention für die Industrie zu zahlen? Da ließe sich über die Sache ja noch reden. Aber die Agrarier greifen nicht in die eigene Tasche, sondern in die Taschen der Steuerzahler überhaupt und ebenso greifen dann bei der Revanche die Industriellen in die Taschen der Steuerzahler. Weder die Landwirthschaft noch die Industrie bringt die Millionen auf, sondern die Gesammtheit der Steuerzahler. Vertreter von Landwirthschaft und Industrie machen hier Schachergeschäfte und vergessen ganz, daß sie als Vertreter des ganzen Volkes gewählt sind. (Sehr gut! links.)

Wenn ich hier als Gegner der Subvention auftrete, so geschieht das natürlich nicht, weil ich zufällig Vertreter von Hamburg bin, und Hamburg von der Subvention nichts hat; ohnehin kommt das materielle Interesse Hamburgs hier garnicht in Frage. Ich bin auch nicht deswegen Gegner der Subvention, weil ich Sozialdemokrat bin. Wir Sozialdemokraten haben ja stets alles unterstützt, was zur Förderung des Handels beiträgt; wir würden für die Subvention stimmen, wenn man uns beweisen könnte, daß durch die Subvention ein wirthschaftlicher Aufschwung erzielt wird; denn von einem solchen haben ja auch die Arbeiter etwas. Auch sonst wäre uns die Subvention sympathisch, wenn wir in ihr den Anfang der Verstaatlichung des Verkehrs erblicken könnten. Ich glaube aber, daß, wenn der Staat auf dieses Ziel hinsteuern würde, gerade diejenigen, welche sich jetzt für die Subvention ins Zeug legen, ihre schärfsten Gegner werden würden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In den Angaben, die zur Begründung der Vorlage dienen sollen, wird auf den steigenden Verkehr mit Ostasien hingewiesen. Aber, in wiefern dieser den subventionirten Linien zu verdanken ist, geht aus ihnen in keiner Weise hervor. In den Angaben über die australische Linie heißt es, daß die Verluste, die die Linie früher gehabt, rapide in der Abnahme begriffen sind, und daß bald der Zeitpunkt kommen wird, wo die Linien auch ohne Subvention existiren können. Nun, damit wäre ja jede Berechtigung für die Subvention geschwunden.

Es werden nun, wie hervorgehoben worden ist, der gesteigerten Ansprüche wegen mehr Kosten aufgewendet werden müssen. Es ist übrigens nicht die Länge der Fahrt, wie Graf Posadowsky meinte, sondern die Steigerung der Schnelligkeit, die den erhöhten Kostenaufwand bedingt. Nun werden ja in nächster Zeit für Ostasien auch außer der Subvention mannigfache Aufwendungen gemacht werden, zu denen uns unsere Operation in Kiautschau veranlaßt. Also kann das Bedürfniß nach einer Subvention als ein so großes nicht anerkannt werden.

Auf der anderen Seite bringt aber die Subvention mancherlei Nachtheile mit sich. Da ist zunächst die eigenthümliche Konkurrenz, welche die subventionirten Dampfer in der Beförderung von Frachten den anderen Dampfern machen können. Sie können den Preis, je nachdem ein Ueberfluß oder ein Mangel an Frachten vorhanden ist, beliebig heraufschrauben und herabdrücken, und zwar können sie dies, weil die Aufwendungen der Steuerzahler sie dazu befähigen. Durch diese Konkurrenz zwingen sie nun die anderen Dampfergesellschaften, ihre Kosten herabzudrücken, und das bewirkt nun wieder einen Rückschlag auf die Löhne der dabei beschäftigten Arbeiter; es wird die Beschäftigung von chinesischen Arbeitern dadurch großgezogen, eine Gefahr, die gerade bei dem Verkehr mit Ostasien besonders droht. Was Sie (nach rechts) vielleicht in erster Linie dabei bedenken sollten, ist der Umstand, daß durch dieses Hinzuziehen von chinesischen Arbeitern, wie der Abg. Jebsen richtig bemerkte, die Tüchtigkeit unserer Marine geschädigt werden könnte.

Dann noch ein weiteres Moment; Es wird hier aus Reichsmitteln Geld bewilligt, um Handel und Verkehr zu fördern. Sowie der Handel sich aber thatsächlich entwickelt, wird nach Zöllen und Einfuhrverboten geschrieen, um eben den Handel, den man auf Kosten der Steuerzahler gefördert hat, wieder zu hemmen und einzuschränken. Man subventionirt die australische Linie; australische Dampfer bringen australisches Fleisch auf den deutschen Markt; gleich sucht man nach Maßregeln gegen die Fleischeinfuhr. Das sind eben die unheilbaren Widersprüche in unserer Politik. Würde man dem Handel nicht solche Hindernisse in den Weg legen, so würden die Dampfer-Gesellschaften sehr bald auch ohne Subvention floriren. Man hat das bei den amerikanischen Dampfern gesehen; dasselbe würde bald auch bei den australischen und ostasiatischen der Fall sein.

Man hat ferner darauf hingewiesen, daß durch die Subvention der deutsche Schiffsbau gefördert werde. Es trifft bei dem Lloyd schon zu, daß er erst durch die Subvention gezwungen worden ist, auf deutschen Werften bauen zu lassen. Es sind aber auch andere große Dampfer da gebaut worden, und ich denke, der deutsche Schiffsbau hat seine Leistungsfähigkeit zur genüge bewiesen, so daß er jetzt jene Unterstützung durch die Subvention nicht mehr braucht. Ich habe mich gewundert, daß Herr Frese, der ja besonders über die Handelsinteressen orientirt ist, von der ostsibirischen Bahn eine ernsthafte Konkurrenz für den Schiffsverkehr erwartet. Das gerade Gegentheil ist richtig. Je mehr Bahnen in Ostasien gebaut werden, umso mehr wächst auch der Schiffsverkehr mit China. Nach alledem sehe ich keinen zwingenden Grund, eine Subvention der Dampferlinien vorzunehmen. Sie kommt nur einzelnen Aktiengesellschaften zu gute, die Masse des Volkes hat nichts davon, sie muß die Subvention nur bezahlen. Da das Volk nicht an den Vortheilen der Subvention theilhat, so sollte es auch zum Zahlen nicht herangezogen werden. Es handelt sich darum, daß das Reich eine vernünftige Handelspolitik treibt. Wenn es den Handel in seiner Entwickelung nicht stört, dann hat es mehr für ihn gethan, als durch solche Subventionen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hanseatischer Bundesbevollmächtigter, Senator Dr. **Millgmann**: Der Abg. Molkenbuhr hat sich als Vertreter Hamburgs hingestellt und behauptet, daß in den Hamburger Handelskreisen durchaus kein Interesse an der Subvention vorhanden wäre. Er hat zum Beweise einen Satz aus dem 96er Bericht der Hamburger Handelskammer zitirt. Aber damals handelte es sich um die erste Subventionsvorlage, von der eine Schädigung der Kingsinlinie befürchtet wurde. Der Abg. Molkenbuhr hat aber verheimlicht, daß die Hamburger Handelskammer für die vorjährige Vorlage vollständig eingetreten ist. Hamburg ist jetzt durch den Vertrag mit dem Bremer Lloyd gleichmäßig an dem Unternehmen betheiligt (Aha! bei den Sozialdemokraten) und gleichmäßig interessirt an der Vermehrung des Dampferverkehrs mit Ostasien.

Abg. Dr. **Hahn** (wildk.) polemisirt gegen den Abg. Molkenbuhr. Die Arbeiter haben auch Vortheil von der Subvention; wenn Handel und Industrie gefördert werden und es der Landwirthschaft gut geht, geht es auch ihnen gut. Was die Furcht vor den chinesischen Arbeitern anlangt, so liegt diese Gefahr ohnehin vor; durch die Subvention wird sie wenigstens von seiten des Lloyd beseitigt. Wir haben keine Animosität gegen den Handel; wir wollen uns nur gegen die Einfuhr solcher wirthschaftlichen Produkte schützen, die auch wir sehr gut herstellen können; die Landwirthschaft denkt nicht daran, der Industrie und dem Handel Vortheile zu mißgönnen; diese dürfen sich nur nicht auf Kosten der Landwirthschaft bereichern. (Bravo rechts.)

Hierauf vertagt sich das Haus, die Berathung wird Sonnabend fortgesetzt werden. Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr (Militär-Etat).

Schluß 5½ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung vom 17. Februar 1898, 11 Uhr.

Am Regierungstische: Frhr. v. Hammerstein.

Nach kurzer Debatte wird der Rest des Forstetats genehmigt.

Es folgt der Etat des Ministeriums des Innern.

Bei den Einnahmen weist

Abg. Dr. **Sattler** (natl.) auf die zahlreichen Ausschreitungen von Polizeibeamten hin, welche bei Verhaftungen vorgekommen sind. Er fragt, welche Maßnahmen der Minister zu ergreifen gedenke, um den Verhaftungen anständiger und unschuldiger Leute vorzubeugen. (Lebhafter Beifall.)

Regierungskommissar Geheimer Rath **Lindig** geht in Beantwortung der Frage näher auf den Fall Köppen ein, den er in der Weise schildert, wie er bereits bekannt geworden.

Minister des Innern **v. d. Recke** entschuldigt sein verspätetes Erscheinen mit anderweiter Inanspruchnahme in der Kommission. Er bedauert das Vorgehen der Presse gegen die Polizei, die so viel gehaßt und doch auch viel begehrt werde. Es sei nicht wahr, daß die Verhältnisse in den Gemeinde-Polizeibehörden besser seien als bei königlichen Polizeibehörden. Die Presse sei in der Darstellung solcher Vorkommnisse nicht immer ganz ehrlich und ziehe allgemeine Schlüsse aus vereinzelten Vorkommnissen, daher gewinne es fast den Anschein, als ob bei uns ganz unglaubliche Zustände herrschen. Das Palladium der persönlichen Freiheit zu schützen werde er als seine vornehmste Aufgabe betrachten. Ernstlich zu beklagen sei das Verhalten der Presse, die Mißtrauen gegen die Polizei ins Volk trage. Hoffentlich erhebe sich der gut gesinnte Theil der Bevölkerung, um diesem gemeingefährlichen Unfug entgegenzutreten. Verhandlungen darüber, ob eine Reorganisation der Kriminalpolizei nöthig ist, sind eingeleitet. Unser Personal ist ein gutes; zur Vermehrung desselben sind Neuforderungen eingestellt; besonderen Erfolg erhofft man von der Einbeziehung der Vororte in die Polizei-Organisation. Bei der Reorganisation der politischen Polizei wird es sich wesentlich um eine Personalfrage handeln; ungeeignete Elemente müssen ausgeschieden werden. Allgemein wird für die Polizeibeamten die Regelung der Wohnungsverhältnisse ins Auge zu fassen sein. Leider kommen Vorfälle vor, die lebhaft zu bedauern sind, aber man soll daraus nicht schließen, daß unsere Polizeimannschaften nicht zu den tüchtigsten gehören, die wir auf dem Kontinent haben. (Vereinzeltes Bravo! rechts. Lachen links.)

Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (fk.) würde es bedenklich finden, etwa die Wahlparole auszugeben, „Schutz gegen den Schutzmann!" (Sehr richtig!) Die Gehaltsverhältnisse verschiedener Polizeibeamten stimmen nicht recht überein mit ihrer sozialen Stellung. Wenn von leitender Stelle betont wird, daß ein Entgegenkommen der Beamten gegenüber dem Publikum verlangt wird, so wird auch ein Entgegenkommen des Publikums stattfinden. Die übertriebene Sonntagsruhe sowie andere zu weit gehende Freiheitsbeschränkungen und die zu ihrer Durchführung nöthigen polizeilichen Maßnahmen haben hauptsächlich die heutige Mißstimmung gegen die Polizei herbeigeführt. (Lebhaftes: Sehr richtig!) Eine bessere theoretische Ausbildung der Schutzleute wäre sehr nöthig. Die Gehaltsverhältnisse der Schutzleute sind so ungünstig, daß viele bei sich ihnen bietender Gelegenheit ihre Stellung aufgeben. Hier wird der Minister einsetzen müssen.

Abg. **v. Heydebrandt** (k.) will in die allgemeinen Klagen nicht einstimmen, hat aber doch den Eindruck, als ob bei der Polizei nicht alles in Ordnung sei; namentlich die Festnahme von Frauen sei in oftmals bedenklicher Weise erfolgt. Es ist der Wunsch der Freunde des Redners, daß der Minister in derartigen Fällen strenge Korrektur eintreten lasse. (Bravo!)

Abg. Dr. **Sattler** (natl.) schließt sich dem letzteren Wunsche an. Wir verhandeln hier nicht über die Presse, sondern über die Polizei. Ein Grund der Mißgriffe liegt in den polizeilichen Instruktionen, das hat der Kölner Prozeß gezeigt. Wahrhaft schmerzlich aber bin ich berührt von dem Auftreten des Regierungs-Kommissars, der diejenige Zurückhaltung nicht beobachtet hat, deren ich mich befleißigt habe. Ich bitte das Haus, die Vertreter der Presse und die auf den Tribünen Anwesenden, mehr Diskretion zu üben als der Regierungs-Kommissar. (Stürmischer Beifall.)

Regierungskommissar **Lindig** erklärt, daß er geglaubt habe, das bisher geflissentlich in der Oeffentlichkeit unterdrückte Moment, das gerichtlich festgestellt sei, den Angriffen gegen die Polizei entgegenstellen zu müssen.

Abg. Dr. **Eckels** (natl.) verlangt eine Aenderung der Instruktion für die Beamten.

Minister **v. d. Recke** bedauert jetzt doppelt, beim Anfange der Debatte nicht anwesend gewesen zu sein; denn wäre dieser unliebsame Zwischenfall nicht vorgekommen. Auf Eckel's Anregung bemerke er, daß die gewünschte Aenderung der Instruktion bereits erlassen sei.

Abg. **Träger** (frs. Vp.) geht auf die Verhältnisse der politischen Polizei näher ein, auf gefälschte Berichte, welche von deren Organen an Vorgesetzte erstattet würden, auf die Agenten dieser Behörde. Die Verwaltung der geheimen Fonds sei eine unkontrollirbare. Dinge, wie sie in dem bekannten Prozesse enthüllt worden sind, lassen in der That die Minister für gewisse Dinge nicht verantwortlich erscheinen. Zur Aufgabe der Polizei gehört auch die Ueberwachung der Sozialdemokraten. Herr v. Zedlitz, derselbe, der sehr viel Richtiges gesagt hat, meinte vorhin, die Widerhaarigkeit, will ich einmal sagen, der Berliner Bevölkerung gegen die Schutzleute — die ich in dieser Allgemeinheit gar nicht zugeben kann, — käme wohl vielfach daher, daß die Schutzleute angesehen werden als die Vertreter einer anderen politischen Richtung, als die Bevölkerung sie habe. Daran anknüpfend will ich meinen, daß die Polizei, wie überhaupt jede Behörde nichs Gefährlicheres, nichts Bedenklicheres unternehmen kann, als eine Partei und die Angehörigen einer Partei außerhalb des allgemeinen Rechts auf grund ihrer Partei-Angehörigkeit zu verfolgen. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Unter den Stimmen, die gegen das neulich von uns berathene Gesetz betreffend die Rechtsverhältnisse der Privatdozenten laut geworden, befindet sich auch die eines bekannten Rechtslehrers an der hiesigen Universität, der am Schlusse sagt: Es ist nicht zu begreifen, wie die Regierung eine Partei wie die Sozialdemokratie für vogelfrei erklären kann, mit deren Hilfe sie selbst Gesetze zu stande gebracht hat. Nun, ich meine, wenn die Sozialdemokraten sich gegen das allgemeine Recht verfehlen — natürlich müssen sie bestraft werden wie jeder andere, aber weil sie sich gegen das allgemeine Recht verfehlt haben, nicht, weil sie Sozialdemokraten sind, und in einem Falle, wo ein anderer gewiß gar nicht angefaßt werden würde. Auch auf diesem Gebiete möchte ich Ihnen ein paar ganz kurze Beispiele anführen. Sie werden finden, daß für Magdeburg die Neueinstellung von 6 Schutzleuten gefordert wird. Dagegen habe ich nichts. Aber die Schutzleute in Magdeburg, wo von seiten der Polizei ein besonders heftiger Kampf gegen die Sozialdemokraten geführt wird, werden auch zu höchst eigenthümlichen, dem Uneingeweihten nicht besonders nothwendig und ersprießlich erscheinenden Diensten verwendet. In Magdeburg erscheint ein sozialdemokratisches Organ, die „Volksstimme", welches am 1. Oktober vor. Jahres ein neues Geschäftslokal, Breiter Weg Nr. 27, an der Ecke der Schroteorferstraße, bezog. Unter den vier Fenstern, von denen drei verhüllt waren, hinter denen die Redaktion arbeitet, befindet sich ein offenes, das Schaufenster der Buchhandlung, die mit dem Zeitungsverlag und der Buchdruckerei verbunden ist. Zum Erstaunen der Anwohner bezog gegen Ende Oktober ein doppelter Schutzmannsposten früh morgens um 8 Uhr den Raum vor der Buchhandlung, und dieser Doppelposten ist stehen geblieben

bis zum 21. Januar. Es waren zwei Schutzleute, die von acht bis acht Stunden und in drei- oder vierstündigen Pausen abgelöst wurden, so daß innerhalb 42 Tagen 336 Schutzleute in 504 Stunden Posten gestanden haben vor der Buchhandlung der „Volksstimme". (Hört! hört!) Ja, was war denn nun die Aufgabe dieser armen Leute, die nicht wie ihre beglückteren Kollegen, sich ihr Patrouilliterrain aussuchen durften? In Sturm und Regen waren sie an ihre Ecke gebannt; ihre Aufgabe bestand darin, Kinder und nichterwachsene Personen von der Besichtigung des Schaufensters abzuhalten. Nur einzelne Schutzleute, die einen besonderen Eifer an den Tag legten, haben auch erwachsene Personen daran gehindert. Und was war in diesem Fenster nun so furchtbares zu sehen? — Die gewöhnlichen Bücher, die in allen Buchhandlungen ausliegen, Nansen's „Durch Nacht und Eis", eine Mythologie, eine Geschichte, höchstens vielleicht Schriften Lassalle's, Marx' oder Engels'. Also wie gesagt, es konnte sich niemand den Zweck dieser Maßregel erklären. Und welches war nun ihre Folge? Zunächst eine gewisse Beunruhigung und sodann eine Anhäufung von Menschen in der Nachbarschaft der Buchhandlung. (Heiterkeit.) Jeder wollte natürlich die Buchhandlung sehen, vor der zwei Schutzleute Posto standen; das verbreitete sich nicht nur in der ganzen Stadt, auch Fremde wollten den Doppelposten vor der Buchhandlung als Sehenswürdigkeit sich ansehen. (Heiterkeit.) Damit hat also die Polizei hier in dieser Beziehung selbst eine gewisse Beunruhigung verursacht. Die „Volksstimme" wollte sich anfangs darüber beschweren; nachträglich kam sie aber von dem Gedanken zurück. Warum? Weil sie mit Hilfe des Schutzmannspostens ein ausgezeichnetes Geschäft machte. (Heiterkeit.) Natürlich strömte alles dort zusammen und die Buchhandlung sah sich genöthigt, noch Hilfspersonal zu engagiren. (Große Heiterkeit.) Die Zeitung, die täglich über die Polizeiwache einen Bericht brachte, nahm so zu, daß sie sich vom 1. Januar an eine Rotationsmaschine anschaffen mußte (Große Heiterkeit), so daß sie, während sie bis dahin in der Woche dreimal 6 Seiten stark erschien, jetzt jeden Tag in dieser Stärke erscheint. Es soll unter den übrigen Buchhändlern eine allgemeine Erbitterung gegen den Polizeipräsidenten geherrscht haben, warum er nicht vor ihren Lokalen Schutzleute hinstellte (große Heiterkeit), denn diese Reklame ist gerade für den Buchhandel die wirksamste, die man sich denken kann, eine solche leibhaftige und lebendige uniformirte Reklame kann sich natürlich der beste Staatsbürger nur wünschen, während sie hier bei vermeintlichen Umstürzlern verschwendet wird. (Heiterkeit.) Ja, noch eins! Ein ausgezeichnetes Geschäft ist gemacht worden mit der Ansichtskarte des Geschäftshauses der „Volksstimme". Da sehen Sie weiter nichts als das Haus, davor einen Schutzmann, der unthätig dasteht, und einen anderen Schutzmann, der einen kleinen Jungen an der Hand beiseite führt. Mit dieser Ansichtskarte macht die Verlags- bezw. Buchhandlung heute noch, wie man sich geschäftsmäßig ausdrückt, ein Bombengeschäft. (Große Heiterkeit.) Das sollte sie nicht ganz unbehelligt thun. Auf der ersten Postkarte war nur der Verleger bezeichnet; sie wurde beschlagnahmt, weil der Drucker auch noch auf der Ansichtskarte hätte draufstehen müssen. Das schien doch dem betreffenden Verleger etwas merkwürdig, und er veranstaltete eine Razzia in sämmtlichen Buch-, Schreib- und Papierhandlungen Magdeburgs und brachte überall solche fehlerhaften Karten zusammen, das heißt Karten, auf denen entweder der Drucker oder der Verleger oder beide vergessen waren und sagte: Beschlagnahmt die auch! Das lehnte die Polizei ab, und soviel ich weiß, sind diese Ansichtskarten, bezw. die Beschwerde über die Beschlagnahme derselben bis zu dem Herrn Minister des Innern gelangt, so daß er über die Materie nicht ganz ununterrichtet sein dürfte. Es entbehrt, wie Sie mir gern zugestehen werden, die Angelegenheit eines gewissen humoristischen Anstriches nicht. (Sehr richtig!)

Der folgende Fall, den ich Ihnen mittheilen werde und der auch durch die Zeitungen gegangen ist, ist doch etwas ernster. In Wernersdorf im Kreise Bolkenhain lebte ruhig und zufrieden eine verwittwete Mühlenbesitzerin, die eines schönen Tages sehr glücklich war, in der Person des Werkführers Meinert einen außerordentlich zuverlässigen Mann für ihr Geschäft gefunden zu haben. Plötzlich taucht das Gerücht auf — es mag auch wahr gewesen sein —, daß der Meinert Sozialdemokrat sei, ja, daß er an seinem früheren Aufenthalte im Kreise Görlitz, glaube ich, sogar für die Sozialdemokratie agitirt hat. Eines schönen Tages erscheint der Gendarm Fiebig bei der Mühlenbesitzerin, um sie in höherem Auftrage aufzufordern, den Meinert zu entlassen, damit der Ort nicht sozialdemokratisch verseucht werde. Die Frau, der die politische Richtung ihres Werkführers gleichgiltig war — sie mag diese Gleichgiltigkeit mit sehr vielen Prinzipalen tüchtigen Geschäftsgehilfen gegenüber theilen, fand dazu keine Veranlassung, auch nicht, als der Amtsvorsteher sie aufforderte, selbst dann nicht, als der Herr Landrath einen eigenhändigen Brief an sie schrieb, worin er an den in ihrer Familie bisher stets bewährten Patriotismus appellirte. Was geschah? Es wurden die Bewohner der Mühle mit allerhand polizeilichen Strafmandaten heimgesucht und auf erhobenen Widerspruch wurden sie in verschiedenen Fällen vom Gericht freigesprochen, und einmal nahm sogar der Vorsitzende des Gerichts Veranlassung, dem Gendarmen Fiebig zuzureden, sich doch mit dem Meinert auf einen besseren Fuß zu stellen und ihn in Ruhe zu lassen. Weit entfernt, dieser freundlichen Mahnung nachzukommen, hatten die Strafmandate ihren Fortgang; nun riß dem Meinert die Geduld. Er zeigte den Gendarmen Fiebig an, daß derselbe eine Zeugenaussage gegen ihn wissentlich falsch erstattet habe, eine andere Denunziation auf unhaltbaren und frivolen Voraussetzungen aufgebaut habe, und er forderte die Gendarmeriebrigade auf, den Fiebig binnen 14 Tagen auf einen anderen Posten zu versetzen, widrigenfalls er die Sache der Oeffentlichkeit übergeben würde. Darauf wurde selbstverständlich der Meinert angeklagt wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung, wegen Beleidigung und Nöthigung. Der Staatsanwalt fand sich veranlaßt, fünf Monate Gefängniß und zwei Jahre Ehrverlust zu beantragen; das Gericht erkannte nur wegen Nöthigung gegen Meinert auf 14 Tage, indem es annehme, daß in bezug auf die übrigen ihm schuld gegebenen Handlungen die Wahrnehmung berechtigter Interessen ihn schütze, und im übrigen, weil es annehme, daß er mit Grund durch die Aeußerungen des Fiebig gereizt sei, ihm mildernde Umstände zugestand. Ja, wenn man sich hier ganz ruhig die Sache betrachtet, so muß man sich doch sagen: kann es denn die Aufgabe der Behörde sein, einen Mann, der sich nichts hat zu Schulden kommen lassen, als daß er einer dieser Behörde nicht genehmen politischen Ansicht huldigt, aus Amt und Brot zu bringen? Nein, das ist doch eine Maßregel, die gerade das Gegentheil von dem erzielt, was sie bezweckt.

Regierungskommissar Geh. Rath **Philippsborn** erörtert den Fall der Magdeburger Zeitung „Volksstimme": Die polizeilichen Maßregeln waren nöthig, um Verkehrsstörungen zu verhindern, die durch die sozialdemokratische Reklame herbeigeführt worden waren. Die Beschlagnahme der Ansichtskarten wurde vom Gericht beschlossen.

Abg. **Brömel** (frs. Vg.) verwahrt die Presse gegen die Vorwürfe des Ministers; es sei ein durchsichtiges Manöver, einen Ausfall zu machen, wenn man sich nicht vertheidigen kann. Redner beantragt, den zur Debatte stehenden Titel an die Budgetkommission zurückzuverweisen, damit sie über die hier erörterten Angelegenheiten schriftlich Bericht erstatte. Wie lange soll man denn auf die Reorganisation noch warten? Vor 9 Monaten war die Sache so weit wie heute. Man hätte die Opfer der Polizei höflicher wenigstens vom Regierungstische behandeln sollen. Der Präsident findet, daß diese Redewendung den Vorwurf der Unhöflichkeit gegen die Regierungsvertreter enthält; er bittet, vielleicht zu sagen, man wünsche von der Regierung ein freundlicheres Entgegenkommen. (Heiterkeit.) Zahlreiche scheußliche Verbrechen sind ungesühnt, weil die Polizei die Thäter nicht ermittelt hat.

Der **Präsident** rügt noch die Redewendung Brömel's, die Regierung vertheidige eine schlechte Sache, das gehe über die zulässige Kritik hinaus.

Minister **v. d. Recke** bemerkt, daß die Reformen sorgfältiger Vorbereitung bedürfen. Daß Verbrechen unermittelt bleiben, kommt überall vor. Bei uns liegen die Verhältnisse besser als in anderen Staaten.

Abg. **Porsch** (Z) findet die Mißgriffe höchst bedauerlich; da brauche die Presse nichts aufzubauschen, diese Vorkommnisse sprechen für sich selbst. Daß man eine Dame auf eine ganz oberflächliche Angabe hin verhaftet und die Straße entlang transportirt, vom Janhagel begleitet, das ist ein unglaublicher Zustand. Ueber die Straße zu gehen wird dadurch für eine Dame ebenso gefährlich wie das Reisen auf der Eisenbahn. (Heiterkeit.) Für eine Gehaltserhöhung der Schutzleute wolle er eintreten. Den Antrag Brömel bittet er abzulehnen, da nicht abzusehen, was bei dieser Berathung herauskommen soll.

Abg. **Wallbrecht** (natl.): In Hannover seien die Gehaltsverhältnisse der Polizeibeamten sehr ungünstig, während die Polizeikosten-Beiträge immer höher werden. Auch sei dort der Bau eines neuen Polizeigebäudes erforderlich.

Regierungskommissar Geheimer Rath **Lindig** theilt mit, daß die Vorberathungen wegen eines Dienstgebäudes schweben.

Abg. Frh. **v. Zedlitz** (k.) rechtfertigt das Vorgehen gegen die Sozialdemokratie. Eine Partei, die sich gegen die staatliche Ordnung in dieser Weise auflehnt, verdient die strengste Behandlung. Der Antrag Brömel ist unausführbar und daher für uns unannehmbar.

Abg. Graf **Limburg**-Stirum (k.) stimmt dem Vorredner bei. Die Sozialdemokratie darf und kann nicht behandelt werden wie andere Parteien; sie selbst würde es uns schlecht danken. Brömel erwähnte den Fall der Begnadigung eines Schutzmannes. Das muß mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Für die allerhöchste Entschließung hat niemand ein Recht, Gründe zu fordern.

Die Debatte wird geschlossen.

Vor der Abstimmung zieht Abg. **Brömel** seinen Antrag zurück.

Der Titel wird genehmigt.

Abg. **Rickert** (fr. Vg.) regt an, Versuche mit der Beschäftigung von Gefangenen bei der Landwirthschaft, damit diese Arbeitskräfte mit ihrer Konkurrenz der Industrie und dem Handwerk vom Halse geschafft werden.

Regierungskommissar Geh. Rath **Krone**: Es ist allerdings erwogen, ob sich die Urbarmachung von Oedland durch Gefangene empfiehlt. Voraussetzung dabei wäre immer, daß den Gefangenen das Bewußtsein nicht genommen wird, daß sie ihre Freiheit nicht besitzen. Bei derartigen Versuchsarbeiten haben sich bisher gute Erfolge in bezug auf die Disziplin der Gefangenen ergeben.

Bei dem Ausgabetitel „Ministergehalt" weist

Abg. **v. Köller** (k.) auf die Nothwendigkeit der Verringerung des Schreibwerkes bei den Verwaltungsbehörden in einer längeren, launigen, mehrfach von stürmischer Heiterkeit unterbrochenen Rede hin. Man solle mit der Herabminderung der Journalnummern beginnen, die jungen Beamten statt wie bisher bei den Landrathsämtern, künftig bei den kleinen Bürgermeistern und Amtsvorstehern ausbilden. Er habe kürzlich mit einem hohen Beamten die Dinge besprochen. Der habe erwidert: wo solle denn der junge Mann lernen eine Regierungsverfügung zu machen. Da fragte ich — fährt Redner fort — Excellenz, giebt es denn überhaupt junge Beamten, die so dumm sind, daß sie keine Regierungs-Verfügung machen können? (Stürmische Heiterkeit!) Das 20. Jahrhundert braucht praktisch gebildete Leute. (Sehr richtig!) Sollte aber der Fall vorkommen, daß man über eine Sache wirklich keine Regierungs-Verfügung machen kann, so soll man sich helfen, wie man es zu meiner Zeit oft that. Man schreibt: Decretum. Zur gefälligen Beachtung bei vorkommenden Fällen ad acta! (Große Heiterkeit.)

Auf eine Anregung des Abg. **Eckels** (natl.) erklärt der Minister, daß er die drei Landräthe, welche in Hildesheim den Wahlaufruf gegen die Nationalliberalen unterzeichnet haben, rektifizirt und eines Besseren belehrt habe. Wenn in einer zweiten Auflage des Aufrufes die Namen wieder enthalten sein sollten, so sei das sicher nicht mit dem Einverständniß der betreffenden geschehen.

Der Vorschlag des Präsidenten, die Berathung jetzt abzubrechen und heute Abend fortzusetzen, wird vom Hause abgelehnt und die Berathung fortgesetzt.

Abg. **v. Jazdzewski** (Pole) beklagt sich über die Einschränkung des verfassungsmäßigen Versammlungsrechts der Polen.

Minister **v. d. Recke** erwidert, daß derartige Anordnungen nicht getroffen worden sind, es werde verwaltungsseitig anerkannt, daß den Polen ihr Versammlungsrecht gewährt werden müsse.

Weiterberathung morgen (Sonnabend) 11 Uhr.

Schluß 4½ Uhr.

Herrenhaus.

5. Sitzung vom 17. Februar. 12½ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation v. Woyrsch wegen des Unfalls, der die Gräfin Pfeil an dem Bahnhof Brieg betroffen hat.

Minister **Thielen** giebt seinem Bedauern über den Unfall Ausdruck. Wer die Schuld trage, werde die Untersuchung ergeben. Wenn die dortigen Uebergangsschwierigkeiten trotz langjähriger Verhandlungen noch immer fortbestünden, so liege das an der Stadt Brieg, die erst neuerdings wieder einen achten Neubau-Entwurf abgelehnt habe. Es würden immer neue Einwendungen erhoben. Mit der Stadt sei überhaupt nicht fertig zu werden. Der Regierungspräsident werde nochmals zu Verhandlungen mit der Stadt beauftragt werden. Auch wegen der Beleuchtungsfrage werde er Auskunft erfordern.

Oberbürgermeister **Schmieding** legt Verwahrung dagegen ein, daß der Minister gleich mit der Verlegung des Bahnhofes drohe, wenn die Stadt sich nicht dem Willen der Eisenbahn-Verwaltung füge. In Dortmund lägen die Dinge ähnlich.

Minister **Thielen** bestreitet letzteres und meint: wenn die Stadt alle Projekte ablehne, bleibe eben nichts übrig, als den Bahnhof zu verlegen.

Im Verlaufe der weiteren Debatte äußerten sich die Herren Graf **Stolberg** und **v. Woyrsch** befriedigt von den Erklärungen des Ministers, wogegen die Oberbürgermeister **Zweigert**-Essen und **Veltmann**-Aachen sich dagegen wandten, daß die Bahnverwaltungen einfach Projekte aufstellten, und den Städtern dann so und so viel Kostenbeiträge zumutheten. Wenn mit den Ansprüchen an die Städte so fortgefahren werde, würden sich noch gar manche Katastrophen ereignen.

Das Haus erledigt sodann noch einige Petitionen, sowie die Denkschrift über den Stand der Betriebssicherheit ꝛc. auf den Staatsbahnen.

Namens der Kommission referirte Herr **Bräsicke**. Die Kommission habe sich überzeugt, daß die Verwaltung und namentlich ihren Leiter an der Häufung der Unfälle im vorigen Sommer keine Schuld treffe.

Minister **Thielen** sprach für diese Anerkennung seinen Dank aus, dabei auf die gleichzeitige Häufung der Unfälle auch in Oesterreich und Frankreich hinweisend.

Nach einer unerheblichen Debatte wird die Denkschrift durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Die Verhandlungen des Landes-Eisenbahn-Rathes werden durch Kenntnißnahme erledigt erklärt.

Nächste Sitzung unbestimmt; jedoch nicht vor Eingang des Etats vom Abgeordnetenhause.

Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Fraktion hat in ihrer letzten Sitzung die von dem Genossen Heine in seiner Kandidatenrede im 3. Wahlkreis befürwortete Kompensationspolitik einer Erörterung unterzogen. Die Berathung ist nicht zum Abschluß gelangt und wird in der nächsten Sitzung, zu der Genosse Heine eingeladen wird, fortgesetzt werden. —

In der Budgetkommission des Reichstages wurde heute die Berathung des Militäretats fortgesetzt. Das Kapitel „Garnison-Bauwesen" wurde bewilligt, bis auf die neue Forderung von 29 375 M. für 25 Garnisonbauboten, welche einstimmig abgelehnt wurde, ebenso die entsprechenden Ansätze für Württemberg und Sachsen. Bei dem Kapitel „Militär-Medizinalwesen" entspinnt sich eine Debatte über die Anstellung von 17 Garnisonapothekern. Die Kapitel „Verwaltung der Traindepots", „Verpflegung der Ersatz- und Reservemannschaften und Arrestanten auf dem Marsche", „Ankauf der Remontepferde", „Verwaltung der Remontedepots", „Reisekosten, Tagegelder, Vorspann- und Transportkosten" passiren ohne wesentliche Debatte. Beim Kapitel „Militär-Erziehungs- und Bildungswesen" fragt Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.), ob auf den Kriegsschulen Duelle oder Mensuren gestattet seien. Die Frage wird vom Regierungsvertreter verneint. Schließlich werden der Rest des Ordinariums und die Einnahmen bewilligt. Morgen soll das Extraordinarium zur Berathung kommen.

Die lex Arons in der Kommission. Die Kommission zur Vorberathung der lex Arons begann gestern ihre Verhandlungen und nahm zunächst den § 2, welcher als Disziplinarstrafen die Ordnungsstrafen und die Entziehung der Eigenschaft als Privatdozent festsetzt, unverändert an. § 3 bestimmt, daß zur Verhängung der Ordnungsstrafen außer dem Unterrichtsminister die Fakultät befugt ist. Abg. Porsch (Z) beantragte, die Befugnisse der Fakultät in den Vordergrund zu schieben und zu sagen „ist außer der Fakultät der Unterrichtsminister befugt", doch wurde dieser Antrag, dem die Regierung aufs heftigste widersprach, gegen die Stimmen des Zentrums abgelehnt. Auch ein Antrag Friedberg (natl.), wonach vor Verhängung einer Ordnungsstrafe durch den Unterrichtsminister die Fakultät gutachtlich zu hören ist, fand keine Mehrheit. Unverändert gelangte § 4 (der Entziehung der Eigenschaft als Privatdozent muß ein förmliches Disziplinarverfahren vorangehen) und § 5 (die Disziplinarbehörde erster Instanz ist die Fakultät) zur Annahme. Statt des Staatsministeriums, das nach der Vorlage die zweite Instanz bilden soll, verlangte Abg. Dr. Friedberg durch einen Zusatz zu § 5 das Ober-Verwaltungsgericht als zweite Instanz. Ministerialdirektor Dr. Althoff hält den Antrag für überflüssig. In den meisten Fällen würde die Fakultät sich mit der Verhängung von Ordnungsstrafen befassen. Was der Antrag wolle, sei genügend gesichert, da die Fakultät ja ohnehin das Recht habe, Warnungen oder Verweise zu ertheilen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt und § 3 unverändert angenommen, ebenso § 4, der das Disziplinarverfahren bei Entziehung der Eigenschaft als Privatdozent im einzelnen regelt. Nun beantragte Abg. Dr. Friedberg folgenden neuen Paragraphen einzufügen:

„Gegen die Entscheidung der Fakultät steht sowohl dem Beamten der Staatsanwaltschaft als dem Angeschuldigten die Berufung an das Ober-Verwaltungsgericht offen."

Ministerialdirektor Dr. Althoff führt aus, daß das Disziplinargesetz von 1852 sich bewährt habe. Es seien keine Fälle bekannt, daß die Entscheidungen des Staatsministeriums beanstandet worden wären. Seit dem Jahre 1852 seien nur 5 Remotionen vorgekommen, die Professoren seien mit dem Disziplinargesetz zufrieden. Er warne davor, aus solch' geringem Anlaß die große Frage der Disziplingesetzgebung aufzurollen. Er müsse die ausdrückliche Erklärung abgeben, daß die Staatsregierung nicht in der Lage sei, diesen Antrag zu akzeptiren. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Friedberg mit 7 gegen 6 Stimmen angenommen, er wird jedoch voraussichtlich bei der zweiten Lesung wieder abgelehnt werden, da bei der Abstimmung ein konservatives Mitglied, das in diesem Falle den Ausschlag giebt, gefehlt hat. Einen Antrag Dittrich (Z.), zu dem Verfahren der Disziplinarbehörde zweiter Instanz einen von dem Senat der betheiligten Universität gewählten Vertreter mit entscheidendem Votum zuzuziehen, zog der Antragsteller selbst wieder zurück, behielt sich aber vor, ihn bei der zweiten Lesung von neuem einzubringen. Die unwesentlichen §§ 6 und 7 wurden angenommen und hierauf die Berathung vertagt. Allem Anscheine nach wird die ganze Vorlage von der Kommission unverändert genehmigt werden. —

Kommission lex Heinze. Auf der Tagesordnung stand der Antrag Bebel, betreffend Abänderung des § 175 des Strafgesetzbuchs. Seitens des Polizeipräsidiums war der Leiter der Kriminalpolizei, Graf Pückler, zu den Verhandlungen delegirt. Die Natur der Verhandlungen verbietet eine Wiedergabe derselben. Die Debatte über den Antrag Bebel und die dazu gestellten Unteranträge wurden beendet, in der morgen stattfindenden Sitzung soll die Abstimmung vorgenommen werden.

Im Abgeordnetenhause wurde heute die Berathung der Kommission für das Nothstandsgesetz zur Beseitigung der Hochwasserschäden vom vorigen Jahre fortgesetzt.

Der § 1 des Gesetzes, betreffend die Beseitigung der durch die Hochwasser des vorigen Sommers herbeigeführten Beschädigungen hat nach den Beschlüssen der Kommission folgende Fassung erhalten:

„Zur Gewährung von Beihilfen aus Anlaß der durch die Hochwasser des Sommers 1897 herbeigeführten Beschädigungen wird der Staatsregierung ein Betrag von fünf Millionen Mark zur Verfügung gestellt, der im Bedürfnißfall bis zu zehn Millionen Mark erhöht werden kann. Die Beihilfen sind insbesondere zu gewähren: a) an einzelne Beschädigte zur Erhaltung im Haus- und Nahrungszustande und an solche, bei denen eine Gefährdung ihrer wirthschaftlichen Existenz vorliegt; b) zur Ersatzleistung, bezw. Rückerstattung der für die Thätigkeit des militärischen Hilfskommandos entstandenen Unkosten jeglicher Art; c) an Gemeinden und Kreise zur Wiederherstellung ihrer beschädigten gemeinnützigen Anlagen, sowie zur Beihilfe zu den von den Genossenschaften für 1897/98 zu zahlenden Genossenschaftsbeiträgen; d) zur Wiederherstellung und nothwendigen Verbesserung beschädigter Deiche, Ufer, Uferschutzwerke und damit in Verbindung stehender Anlagen; e) zur Ausführung besonders dringender Räumungs- und Freilassungsarbeiten; f) zu Vorarbeiten für den Ausbau hochwassergefährlicher Flüsse. — Die Beihilfen sind in der Regel ohne die Auflage der Rückgewähr zu gewähren."

Die gesperrt gedruckten Worte sind von der Kommission beschlossene Zusätze.

Kommunales.

Das der Stadtgemeinde Berlin gehörige Schloß Gütergoth ist gegenwärtig an die Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Berlin verpachtet. Der Pachtvertrag läuft aber am 30. April d. J. ab. Es liegt nun in der Absicht der erwähnten Anstalt, das Pachtverhältniß weiter auszudehnen; die Anstalt hat daher einen diesbezüglichen Antrag an den Magistrat gerichtet. Da aber geplant ist, das Schloß zu einer städtischen Heimstätte für brustkranke Männer einzurichten, so will der Magistrat die neue Vertragsdauer der Verpachtung nicht über den 31. April 1900 ausdehnen. Er wird daher bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragen, sie möge genehmigen, daß die Weiterverpachtung des Schlosses Gütergotz an die Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Berlin bis zum 1. Mai 1900 unter den bisherigen Bedingungen erfolge mit der Maßgabe, daß die Anstalt während der Pachtdauer alle baulichen und sonstigen Unterhaltungskosten trägt.

Der Verein „Wöchnerinnenheim" hat in der ehemaligen Erziehungsanstalt am Urban eine Entbindungs- und Pflegeanstalt für 30 arme Wöchnerinnen eingerichtet und hierfür eine Beihilfe seitens der Stadtgemeinde erbeten. Für letztere liegt insofern ein erhebliches Interesse an dieser Anstalt vor, als die Entbindungsanstalt in der Charité dem Bedürfnisse nicht genügt und häufig dort Hilfesuchende wegen Platzmangels abgewiesen werden müssen. Deshalb ist auch in dem neu zu erbauenden städtischen Krankenhause an der Seestraße eine Entbindungsanstalt vorgesehen worden. Bis zur Fertigstellung des neuen Krankenhauses muß aber in irgend einer Weise Vorsorge getroffen werden, und war deshalb innerhalb der städtischen Krankenhaus-Deputation schon im vorigen Jahre die Einrichtung einer provisorischen städtischen Entbindungsanstalt in Anregung gebracht worden. Die Kosten glaubt der Magistrat durch Unterstützung des Vereins „Wöchnerinnenheim" vermeiden zu können; er hat daher zunächst

nur für das Verwaltungsjahr 1898/99 zu diesem Zwecke die Summe von 2000 M. eingestellt unter der Voraussetzung, daß die Wirksamkeit des Vereins den Voraussetzungen des Magistrats entspricht.

Das städtische Krankenhaus in der Gitschinerstr. 104/5, das am 16. Dezember v. J. eröffnet wurde, hat seit einigen Tagen auf Beschluß des Magistrats obigen offiziellen Namen erhalten, nachdem es ursprünglich nur als Hilfs-Krankenstation des städtischen Krankenhauses am Urban geplant war. Das neue Krankenhaus hat Raum für 152 Kranke weiblichen Geschlechts mit inneren Krankheiten. Abgesehen von der Beschränkung auf innerlich kranke Frauen unterscheidet sich diese Anstalt in nichts von den übrigen städtischen Krankenhäusern, insbesondere sind Aufnahme- und Verpflegungsbedingungen ganz dieselben wie in jenen.

Lokales.

Die Mitglieder der Lokalkommission werden ersucht, die Aenderungen in der Lokalliste ihrer Kreise resp. Orte bis spätestens Sonntag, den 20. d. M., an Unterzeichneten einzusenden. Die Genossen aus dem Kreise Teltow-Beeskow senden alles an Otto John, Ober-Schöneweide, Siemensstraße Nr. 7. Die Lokalkommission.

Den Parteigenossen und Genossinnen des zweiten Wahlkreises zur Nachricht, daß am Sonntag Abend 6½ Uhr bei Zubeil, Lindenstraße 106, eine öffentliche Versammlung stattfindet, in der Genosse Grempe folgendes Thema behandeln wird: „Das Schlachtfeld der Arbeit und die Wichtigkeit der Unfallverhütung". Im Vortrage erfolgen Demonstrationen an Sicherheitsvorrichtungen.

Den Parteigenossen und Genossinnen des 4. Wahlkreises zur Nachricht, daß am Sonntag Abend 6 Uhr bei Wilke, Andreasstraße 26, eine öffentliche Versammlung stattfindet, in der Genosse Johannes Timm einen Vortrag halten wird. Näheres durch Annonce am Sonntag. Die Einberuferin.

Die Parteigenossen und Genossinnen des 6. Reichstags-Wahlkreises werden auf die am Sonntag Abend 6 Uhr bei Wernau, Schwedterstr. 23, stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht. Dr. A. Bernstein behandelt die Frage „Was verstehen wir unter Sozialismus?" Nach der Versammlung folgt gemüthliches Beisammensein. Die Vertrauensperson.

Bei der Anlage der städtischen Markthallen scheint nicht überall die erforderliche Einsicht vorgewaltet zu haben. Wie bereits erwähnt, hat das Markthallen-Kuratorium bezüglich der Markthalle auf dem Gesundbrunnen das Eingeständniß gemacht, daß die Halle an einer ungünstigen Stelle errichtet worden ist, welcher Umstand neben anderen den Verkehr in der Markthalle ungünstig beeinflußte, sodaß deren Schließung schließlich erfolgte. Neuerdings kommen nun wieder sehr ernste Klagen aus der Markthalle XIII (Wörther-Tresckowstraße). Auch hier wird über einen äußerst mangelhaften Verkehr geklagt. Die Standinhaber messen die Schuld daran dem Umstande bei, daß die Markthalle nur von der völlig verkehrslosen Wörther- bezw. Tresckowstraße aus zugängig sei, weshalb dieselben beim Magistrat die Schaffung eines Zuganges von der Schönhauser Allee beantragen wollen. Angesichts dieser Sachlage muß ein anderer Umstand um so befremdlicher wirken, gegen den die Standinhaber energisch Protest erheben wollen. Der Magistrat bezw. das Markthallen-Kuratorium soll nämlich beabsichtigen, in der ohnedies schon sehr dunklen Markthalle noch eine Anzahl von Gasflammen eingehen zu lassen. Ob dies der richtige Weg ist, den Markthallenverkehr zu heben, darf füglich bezweifelt werden. In einer demnächst stattfindenden Versammlung gedenken die Standinhaber ihren Klagen öffentlich Ausdruck zu geben.

Wie „Ehrengaben" für im Dienste des Kapitals ergraute Arbeiter zuweilen zu stande kommen, mag folgendes an die Lieferanten der Firma L. M. Barschall, Lithographie, Buch- und Steindruckerei 2c., Berlin C., Neue Friedrichstr. 37, gesandte Rundschreiben beweisen:

Berlin C., den 11./2. 98.

Am 26. d. M. begeht unser Werkmeister Herr G. R. den Tag der 40jährigen Wiederkehr seines Eintritts in die Firma L. M. Barschall. — Wir gestatten uns ganz ergebenst, Sie zu der von uns für Sonnabend, den 26. d. M., abends 7 Uhr, geplanten Festlichkeit, die in einem unserer Fabriksäle, Neue Friedrichstr. 37, zweiter Hof, 1 Treppe, stattfindet, höflichst einzuladen und hoffen, Sie bei uns begrüßen zu können. Ohne Ihren w. Entschlüssen vorgreifen zu wollen, bemerken wir ergebenst, daß wir uns zur gemeinsamen Stiftung einer Ehrengabe an den Jubilar entschlossen haben, an deren Betheiligung Ihrerseits wir in Rücksicht auf unsere langjährigen Beziehungen wohl rechnen dürfen. Ihren gefälligen recht umgehenden Nachrichten an den Unterzeichneten sehen wir gern entgegen und empfehlen uns Ihnen. Hochachtungsvoll! Das Personal der Firma L. M. Barschall. J. A.: Adolf Joachim, Neue Friedrichstr. 37.

Wir sind die letzten, die dem Jubilar eine Ehrung mißgönnen. Dies sollte jedoch Sache derjenigen sein, in deren Dienst der Mann sich die langen Jahre abgerackert hat. Es ist eine ungehörige Schnorrerei, wenn man die Lieferanten zu solchem Zwecke behelligt und sie zu zwingen sucht, auf ihre Kosten die Pflichten der Firma zu übernehmen.

Zur jüngsten Berliner Arretirungsaffäre, in welcher eine Dame aus Danzig das Opfer des „irrenden" Polizisten gewesen ist, bestätigt die „Danziger Zeitung", daß diese Dame die Frau des aus Danzig stammenden Herrn Rittergutsbesitzers und Lieutenants der Reserve Linck-Senslau bei Hohenstein ist. Herr Linck, seit fünf bis sechs Jahren verheirathet und seitdem Besitzer des Ritterguts Senslau, hatte sich vor längerer Zeit im militärischen Dienst beim 1. Leibhusaren-Regiment einen Knochenbruch am Arm zugezogen. Seit Dezember des vorigen Jahres befand er sich in chirurgischer Behandlung in Berlin, wo er mit seiner Gattin und einem Söhnchen im „Hotel Monopol" wohnte. Als Frau Linck mit ihrem Knaben und einer Dienerin an der Ecke der Leipziger- und Friedrichstraße behufs geschäftlicher Besorgungen die bisher benutzte Droschke verließ, geschah die Verhaftung in der bereits geschilderten Weise. Die Dame liegt, wie das genannte Danziger Blatt des weiteren bestätigt, infolge der Aufregungen, denen sie durch die Arretirung und das mit ihr angestellte peinliche Verhör ausgesetzt war, jetzt in Berlin krank darnieder. Der Berliner Polizeipräsident v. Windheim hat sich, wie der „Danz. Ztg." noch aus Berlin gemeldet wird, Herrn Linck gegenüber sehr eigenartig benommen; er hat Herrn Linck nicht einmal einen Platz zum Sitzen angeboten und ist recht kurz aufgetreten. Der Flügeladjutant Herr Oberst Mackensen ist im Hotel Monopol erschienen und hat Herrn Linck als Mitglied des Offizierkorps seines früheren Regiments sein Bedauern ausgesprochen; er empfinde es jedoch sehr peinlich, daß einige Preßorgane ihn in die Affäre hineingezogen haben; er habe kein Wort geäußert, daß er dem Kaiser die Sache vortragen werde. — Letzteres ist ja für den Fall an sich nebensächlich. Unsere Meinung, daß noch diverse unberechtigte Verhaftungen von Personen aus „höheren" Kreisen zur Besserung der heutigen Polizeizustände nothwendig sind, müssen wir aufrecht erhalten.

Das Postmuseum Ecke der Leipziger- und Mauerstraße soll vom Montag ab zu folgenden Zeiten dem Publikum geöffnet sein: Am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 10 bis 2 Uhr; an Sonn- und Feiertagen von 12 bis 2 Uhr. Mittwochs und Sonnabends, ferner am ersten Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertage, zu Neujahr, am Charfreitage und am Himmelfahrtstage bleibt das Museum geschlossen.

Der kürzlich von uns erwähnten Anregung des Staatssekretärs von Podbielski folgend, haben die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft zur Abhilfe der schwierigen Verhältnisse beim Abendverkehr an den Packet-Annahmestellen der Postanstalten beschlossen, den betheiligten hiesigen Firmen dringend zu empfehlen, aus freien Stücken für eine bessere Anordnung in der Auflieferung der Sendungen zu sorgen.

Die Polizeizensur. Den englischen Tanzsängerinnen The jolly british girls, welche seit einiger Zeit im Olympia-Riesentheater ihre Künste zum besten geben, ist seit gestern das weitere Auftreten polizeilich verboten worden. Aus welchen Gründen, wird nicht berichtet. Gegen die unbeanstandet gebliebenen Barrisons waren sie die reinen Waisenkinder.

Die Drahtheftung der Schulbücher. Die Verordnung des preußischen Unterrichtsministers, wonach bei Schulheften, Schul- und Schulbibliotheksbüchern die Drahtheftung hinfort nicht mehr zuzulassen sei, hat eine große Protestbewegung hervorgerufen. Bereits haben sowohl die Berliner Buchbinder-Innung wie auch der Bund Deutscher Buchbinder-Innungen Petitionen an den Kultusminister abgesandt, während eine dritte Petition von dem Verbande der Berliner Großbuchbindereien demnächst abgesandt werden wird. Eine Abordnung des Börsenvereins der deutschen Buchhändler hat ferner dem Minister eine Eingabe überreicht, worin das Ersuchen gestellt wird, falls nicht die ganze Verordnung zurückgezogen werden kann, sie dahin zu ergänzen, daß die Verleger verpflichtet sein sollen, neu erscheinende Schulbücher von Ostern 1900 an, andere Schulbücher von Ostern 1903 an nur mit Faden geheftet auszugeben; daß ferner erst von Ostern 1908 an die Verwaltungen der Lehrer- und Schülerbibliotheken berechtigt sein sollen, mit Draht geheftete Bücher überhaupt zurückzuweisen. Dieser Abordnung hat der Minister, der gegen Unternehmer bekanntlich immer liebenswürdig ist, in entgegenkommendster Weise eine erneute Prüfung der Frage sowohl nach der technischen wie auch der wirthschaftlichen Seite zugesichert. Der Minister versicherte wiederholt, der Angelegenheit durchaus wohlwollend gegenüberzustehen. Er werde eine thunlichst schnelle Erledigung der Angelegenheit herbeiführen.

Zur Vergiftung der Kinder der Wittwe Schnelle theilt der Fleischermeister Krupke in der Kremmenerstraße der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung" mit, daß das Pökelfleisch, auf dessen Genuß die verdächtigen Erscheinungen zurückgeführt wurden, von einem Polizeithierarzt untersucht und als durchaus gesund und tadellos bezeichnet worden ist. Auch ist keiner von den vielen Kunden, die von dem Fleische genossen haben, erkrankt. Die chemischen und bakteriologischen Untersuchungen, die mit dem von den Kindern genossenen Fleische und an Meerschweinchen angestellt worden sind, dauern noch fort. Es haben jedoch die bisher aufgetretenen Erscheinungen bereits ergeben, daß sie vollständig von den sonst bei Fleischvergiftungen beobachteten Erscheinungen abweichen. Es besteht also keineswegs die Gewißheit, daß es sich überhaupt hier um eine Vergiftung durch Fleisch handelt. — Die drei am schwersten erkrankten Kinder, die sich in der Charitee in Behandlung des Stabsarztes Slaweck befinden, sind bereits auf dem Wege der Besserung. Auch bei dem Zweitältesten sind seit gestern die Fiebererscheinungen geschwunden; es ist Aussicht vorhanden, daß die Kinder in etwa acht Tagen als gesund werden entlassen werden können.

Die Meldung „Mittelfeuer in den Allgemeinen Elektrizitätswerken" führte Mittwoch Abend um 9 Uhr zwei Kompagnien der Löschmannschaften nach der Brunnenstr. 107a. Einer der Schuppen des alten Viehhofes, in welchem Theer, Werg und Gummi lagerten, war infolge Kurzschlusses in Brand gerathen. Das Feuer griff mit großer Schnelligkeit um sich, sodaß die Löschmannschaften bei ihrem Eintreffen schon einen vorgeschrittenen Brandherd vorfanden. Eine weitere Ausdehnung des Brandes konnte verhindert werden. Um 10 Uhr abends war jegliche Gefahr beseitigt.

Selbstmord oder Unglücksfall? Der Schuhmacher Gustav Gedaschke aus der Grenadierstr. 33, der seit längerer Zeit an Lungenblutungen leidet und in der Wohnung bettlägerig ist, wurde gestern früh von seinem 11 Jahre alten Sohn — die Mutter war außerhalb des Hauses beschäftigt — blutend auf dem Fußboden liegend aufgefunden inmitten von Medizinflaschen und Gläsern. Die Frau brachte ihn gleich nach einem Krankenhause, wo am rechten Hand- und Ellenbogengelenk je eine Wunde ärztlich festgestellt wurde. Wie Gedaschke dazu gekommen ist, giebt er nicht an; ebensowenig ist ärztlich zu ermitteln, ob die Verletzungen durch einen Fall entstanden oder absichtlich beigebracht sind.

Bilderdiebstahl. Gestern wurde der angebliche Journalist Berendien verhaftet, weil er ein Mosaikbild, dessen Werth etwa 100 M. beträgt, aus dem hiesigen Kunstgewerbe-Museum gestohlen hatte. Der 35 Jahre alte Mann giebt an, erst vor acht Tagen hierher gekommen zu sein, um Beschäftigung zu suchen. Bei einem Spaziergange durch die Straßen sei er ins Kunstgewerbe-Museum gerathen. Dort habe er, wie er zugiebt, das frei an der Wand hängende Bild vom Nagel genommen und es dann, unter dem Mantel verborgen, herausgetragen. Er versuchte alsdann, das Bild bei einem in der Nähe wohnenden Antiquitätenhändler zu verkaufen; dieser traute aber der Sache nicht, sondern vergewisserte sich durch eine Nachfrage beim Museum, daß das Bild aus einem Diebstahl herrühre, und veranlaßte die Verhaftung des Mannes.

In der abgebrannten Borsig-Mühle herrscht augenblicklich ein sehr reges Treiben. Eine große Schaar von Arbeitern ist damit beschäftigt, aus sämmtlichen Räumen der großen Ruine die darin befindlichen, vom Feuer mehr oder weniger beschädigten Geräthschaften, Maschinen- und anderen Eisentheile zu entfernen und dieselben auf dem großen freien Platze östlich von der Mühle gesondert zu verschiedenen Haufen aufzuschichten. Daneben liegen auch noch ganze Berge völlig verbrannten Getreides, das erst vor kurzem ebenfalls aus der Mühle herausgeholt worden ist. Aus den schwarzen Massen steigen an einzelnen Stellen kleine weißliche Dampfwolken auf, ein Zeichen, daß die Gluth des Feuers immer noch nicht ganz erloschen ist. Auch geht von der Ruine ein häßlicher Brandgeruch aus, der sich, besonders bei dem herrschenden Winde, in der ganzen Gegend weithin bemerkbar macht.

Die Tapezirer der Dittmar'schen Möbelfabrik feiern am 19. d. M. im „Belvedere", Jannowitzbrücke, ein Vergnügen. Da der Wirth zu den Saalverweigerern gehört, haben die Genossen von diesem Vergnügen fernzubleiben. Die Lokalkommission.

Auf den Schienen verunglückt ist gestern Morgen der 64jährige Arbeiter Johann Jahn aus Schöneberg. Er war mit noch anderen Arbeitern auf dem Stadtbahngeleise des Lehrter Bahnhofes beschäftigt und scheint bei dem Einlaufen des Zuges nicht schnell genug bei seite getreten zu sein. Die Maschine schleuderte ihn fort. Genossen brachten ihn nach der Charitee, wo er nach wenigen Stunden gestorben ist.

Wegen groben Unfugs wurden am Mittwoch Abend in der Alten Schönhauserstraße und Linienstraße eine Anzahl Personen festgenommen, welche in der bekannten Weise ihr „Allerneuestes Extrablatt" ausbrüllten. In Verkauf brachten die Händler hiesige Abendblätter mit der Mittheilung von der Explosion auf dem amerikanischen Kreuzer „Maine" bei Havana. Die Sistirten wurden nach Feststellung ihrer Personalien wieder aus der Haft entlassen.

Selbstmordversuche. Gestern früh sprang der 23jährige Buchhändler Wilh. T. von der Waisenbrücke in die Spree, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen. Nahrungssorgen scheinen die Veranlassung zu der That gewesen zu sein. — Morgens sprang die 14jährige nervenleidende Tochter des in der Grimmstraße wohnenden Buchbinders B. aus einem Fenster des vierten Stockes auf den Hof hinab und fand auf der Stelle den Tod. — Auf dieselbe Weise versuchte vormittags die 60 Jahre alte Arbeiterfrau Ottilie T. ihrem Leben ein Ende zu machen, indem sie sich aus dem Fenster ihrer im 4. Stock eines Hauses der Stephanstraße belegenen Wohnung auf den Hof hinabstürzte. Sie zog sich außer einem Armbruch schwere innere Verletzungen zu.

Zu dem Kartte'schen Morde in Breslau. Der in Berlin verhaftete, als des Mordes verdächtig nach Breslau transportirte Lackirer Kühn hat, wie bereits im gestrigen Depeschentheil mitgetheilt ist, jetzt eingestanden, die Trödlerin Frau Kartte gemeinschaftlich mit einem noch unbekannten Komplicen ermordet zu haben.

Mit einem Gerüst zusammengebrochen ist am Donnerstag Nachmittag der Steinbildhauer Hermann Franke aus der Weddingstraße 9. Er arbeitete auf dem Werkplatz in der Yorkstr. 56 auf einem Gerüst, unter dem des unebenen Bodens wegen Klötze gelegt waren. Diese hatten sich durch die nasse Witterung verschoben und führten den Unfall herbei. Mit einem schweren Knochenbruch wurde F. einem Krankenhaus eingeliefert.

Feuerbericht. Ein Schaufensterbrand rief die Feuerwehr Mittwoch, abends 7 Uhr, nach der Potsdamerstr. 74. Donnerstag früh 6 Uhr brannte Eichendorffstr. 2 Stroh auf einem Wagen. Kurz nach 1 Uhr mittags wurden Holzmarktstr. 38 verschiedene mit Kartons angefüllte Verschläge eingeäschert. Eine Stunde später war Rheinsbergerstr. 56 ein Kellerbrand zu beseitigen, der jedoch nur geringen Schaden verursachte.

Bei den Budapestern (Gebr. Herrnfeld) in Kaufmann's Variété wurden am Mittwoch zwei Novitäten aufgeführt: „Zum ersten Male im Variété" und „Von dreien der Glücklichste". Der „Held" des ersten Stückes, ein Wäschefabrikant Wurzeller, besucht mit einem Freunde ein Variété-Theater, zecht sich dort einen Haarbeutel an und lädt im Schwips die Artisten für den nächsten Tag zu einem Frühstück ein. Diese kommen auch wirklich und stürzen den Ernüchterten in die größten Verlegenheiten. Das zweite Stück — es stammt von den Herrnfeld's selbst — hat einen Schuß Satire. Ein Herr Meyer läßt sich für einen Monat in eine Privat-Irrenanstalt aufnehmen, um sich seine Braut, die ihm zu arm ist, vom Halse zu schaffen. Was der Herr Konfektionär im „Narrenthurm" erlebt, bildet die, wohl etwas zu breit ausgesponnene Handlung des Schwankes. Außer den Verfassern und Darstellern der beiden Stücke fanden auch der Komponisten-Darsteller S. Haber und die ungarische Soubrette Etelka Görgeny besonderen Beifall.

Kultur-Schaubühne im Saal der königl. Hochschule für Musik (Dr. Köppen und Dr. Städtner). Am Sonntag Abend 8 Uhr wird zum letzten Male in dieser Saison der Projektionsvortrag: „Venedig und seine Kunstschätze" von Prof. Dr. Max Schmid wiederholt werden. Der Vortrag wird wie gewöhnlich durch künstlerisch ausgeführte farbige Projektionsbilder erläutert.

In der Mittwochs-Versammlung des Vereins Berliner Presse wurde an stelle des nach Wien übergesiedelten Dr. Paul Schlenther Friedrich Spielhagen zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Aus den Nachbarorten.

Köpenick. Die organisirten Arbeiter aller Branchen werden dringend ersucht, sich am heutigen Freitag, abends 7 Uhr, zur Vertheilung eines wichtigen Flugblattes im Lokale des Herrn A. Schulz einzufinden. Das Gewerkschaftskartell.

Gegen die Ausführung des Berlin-Stettiner Kanalbauprojekts hat sich in einer zu Neu-Zittau abgehaltenen Versammlung die Mehrzahl der Kleinschiffer aus der Umgegend erklärt. In einer Resolution drückten sie die Ansicht aus, daß ein Bedürfniß für die Herstellung eines solchen Weges nicht vorhanden sei, doch wünschten sie, daß der Finowkanal ausgebaut würde.

Das neue Kreis-Krankenhaus bei Britz ist zur Zeit derartig überfüllt, daß an einen Erweiterungsbau gedacht werden muß. Während nur für 150 Betten Platz ist, sind dort gegenwärtig 160 Kranke untergebracht.

Der räuberische Ueberfall, welcher am vorigen Freitag Abend zwischen Pankow und Neu-Weißensee an dem Destillationsreisenden Franz Schütt (Berlin, Langestraße wohnhaft) verübt wurde, hat dem Opfer das Leben gekostet. Als Schütt den ihn angreifenden Strolchen entfliehen wollte, kam er zu Falle, die Angreifer traten mit den Füßen auf ihm herum und als dieselben durch herbeieilende Personen verscheucht wurden, konnte sich Schütt nicht mehr erheben. Er wurde noch in der Nacht nach dem Krankenhause gebracht, wo man bei ihm einen doppelten Bruch des linken Oberschenkels feststellte. Alsbald aber traten bei dem Patienten hochgradige Fiebererscheinungen ein, die zu dessen Tod führten. Die kgl. Staatsanwaltschaft hat die Leiche mit Beschlag belegt, um durch eine Obduktion die Todesursache feststellen zu lassen. Von den Straßenräubern fehlt übrigens jede Spur.

Flegelei. Wegen eines nichtswürdigen Eisenbahnfrevels wurden die in Rixdorf wohnenden Gebrüder S. in Untersuchung gezogen. Sie werden beschuldigt, kürzlich nachts einen Eisenbahnzug zwischen Berlin und Rangsdorf dadurch zum Stehen gebracht zu haben, daß sie am Bahndamm stehend eine brennende Laterne schwenkten und hierdurch dem Zugführer das Haltesignal gaben. Als infolge dessen der Zug hielt und die Beamten abgestiegen waren, bemerkten sie, wie etwa fünf junge Burschen eiligst davon liefen, und zwar unter Zurücklassung der betreffenden Laterne. Diese ist nun an ihnen zum Verräther geworden.

Zu der vielbesprochenen Schülerzüchtigung an dem Knaben Rudolf Fischer in Schöneberg, der kurz nach seiner ihm von dem Lehrer Richard beigebrachten Züchtigung an Unterleibsentzündung verstorben ist, hat der Erste Staatsanwalt am Landgericht II die Erhebung der Anklage abgelehnt, weil eine gesetzlich strafbare Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes seitens des Lehrers nicht vorliege und es ferner nicht festgestellt werden könne, ob der Knabe infolge der vermeintlichen Mißhandlung selbst oder infolge des Widerstandes, den er dem Lehrer entgegensetzte oder auf grund organischer Veranlagung erkrankt ist. Die Akten sollen nunmehr der königl. Regierung zu Potsdam zur Prüfung der Frage zugestellt werden, ob etwa Anlaß zu disziplinarischem Einschreiten gegen Richard vorliege. Die Eltern des kleinen Fischer haben gegen den Bescheid des Ersten Staatsanwalts Beschwerde beim Kammergericht eingelegt.

Gerichts-Zeitung.

Die Zusammenkunft von 53 Parteigenossen aus dem 2. Berliner Wahlkreis, die am 10. Februar 1896 im Möhringschen Lokal in der Admiralstraße stattfand und die Polizeikommissar Schöne mit 35 Kriminalbeamten stürmte, hatte gestern vor dem Kammergericht abermals ein Nachspiel, wahrscheinlich das letzte. An jener Zusammenkunft hatte sich auch der Reichstags-Abgeordnete Richard Fischer betheiligt. Die Affäre passirte bald nach dem mißglückten Köllerkoup gegen die Wahlvereine, die Preßkommission 2c., und man unterhielt sich über die Wege, die nunmehr eingeschlagen werden sollten. Wie den anderen Parteigenossen wurde auch dem Genossen Fischer wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz der Prozeß gemacht. Gegen ihn ging man indessen erst im nächsten Jahre, also lange nach Ablauf der dreimonatlichen Verjährungsfrist vor. Das Schöffengericht stellte deshalb das Verfahren gegen ihn wegen Verjährung ein. Die Berufung der Staatsanwaltschaft hatte jedoch Erfolg. Fischer wurde von der Strafkammer wegen Vergehens gegen § 12 des Vereinsgesetzes zu 40 M. Geldstrafe verurtheilt. Das Landgericht ging von folgenden Gründen aus: Die Verjährung sei beim Beginn der Strafverfolgung noch nicht eingetreten gewesen, denn es finde hier Artikel 31 der Reichsverfassung und § 69 des Strafgesetzbuches Anwendung. Artikel 31 der Verfassung bestimme: Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet worden, außer wenn er bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tags ergriffen wird. Nun sei aber thatsächlich festgestellt worden, daß der Kriminalschutzmann Haase bei der Ueberrumpelung der Versammelten wohl den Abgeordneten Fischer für seinen Arrestanten erklärt habe, daß aber der alsbald hinzukommende Kriminalkommissar Schöne sofort auf Fischer's Festnahme verzichtet habe. Es könne somit nicht davon geredet werden, daß Fischer bei Ausübung der That ergriffen worden sei, da man ihn nicht seiner Freiheit zu gehen, wohin er wolle, beraubt habe. Der Vorfall sei während einer Sitzungsperiode des Reichstages, die sich bis in den Sommer 1897 hinzog, passirt, und nach § 69 des Strafgesetzbuches ruhe in solchen Fällen so lange die Verjährungsfrist. Die Strafverfolgung Fischers sei daher rechtzeitig eingetreten. Er habe sich aber auch strafbar gemacht, indem er in einer Versammlung als Redner aufgetreten sei, die nicht polizeilich angemeldet war, obwohl sie bezweckt habe, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern. Die Organisation

der sozialdemokratischen Partei, die besprochen werden sollte, sei eine öffentliche Angelegenheit, denn sie berühre das gesammte öffentliche Interesse. Für den Genossen Fischer legte Rechtsanwalt Freudenthal die Revision ein, die er auch gestern in der mündlichen Verhandlung vor dem Kammergericht rechtfertigte. Er erhob den Einwand der Verjährung und machte vor allem geltend, daß der Vorderrichter den Begriff „Ergreifung auf frischer That" falsch aufgefaßt habe. Zum Beweise dafür zog er die Entstehungsgeschichte des Artikels 31 der Reichsverfassung heran. Dann wandte er sich u. a. gegen die ebenfalls vom Landgericht vertretene Auffassung, daß eine Ergreifung im Sinne des Artikels 31 nicht vorliegen könne, weil er dem Kommissar Schöne bekannt gewesen sei und kein Fluchtverdacht vorgelegen habe und weil darum seine Verhaftung unzulässig gewesen wäre. Der Straffenat des Kammergerichts schloß sich den Ausführungen des Rechtsanwalts Freudenthal an, hob die Vorentscheidung auf und erklärte das Verfahren für eingestellt. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. Der Präsident führte zur Begründung aus: Die Sache sei verjährt, das Landgericht habe den Begriff des Ergreifens im Sinne des Artikels 31 der Reichsverfassung zu eng aufgefaßt. Es sei darunter jede Entziehung der persönlichen Freiheit durch den Beamten zu verstehen. Hier genüge zur Erfüllung des Begriffs die Erklärung des Schutzmanns „Sie sind mein Arrestant", besonders deshalb, weil sich der Angeklagte dem gutwillig unterworfen habe. Daß die Freiheitsberaubung eine dauernde sei, sei nicht erforderlich. Darum sei es unerheblich, daß der Kriminalkommissar den Angeklagten alsbald freigelassen habe. Der Schutzmann sei auch zuständig gewesen, Fischer wegen der Theilnahme an einer unerlaubten Versammlung festzunehmen. Die Verjährung ruhte nach alledem nicht wegen der Tagung des Reichstages und sei somit beim Beginn der Strafverfolgung eingetreten gewesen.

Vom Koalitionsrecht, das die Arbeiter nicht ausüben dürfen. Auf dem Neubau der städtischen Gasanstalt in der Fichtestraße stellten im August 1897 ein Theil der Maurer die Arbeit ein, um höheren Lohn und bessere Behandlung zu erlangen. Am 24. August, während der Mittagspause, stand der Maurer Lichterfeld, der als Streikbrecher an dem Tage auf dem Neubau zu arbeiten begonnen hatte, an der Ecke der Urbanstraße; der Maurer Kilz kam zu ihm heran und sagte: „Willst Du Dich nicht bessern?" Kilz verfiel dem wachsamen Auge der Polizei und wurde aus § 153 der Gewerbe-Ordnung angeklagt. Von der sechsten Strafkammer des Landgerichts I wurde er zu einer Woche Gefängniß verurtheilt unter folgender Begründung: Kilz wollte den Lichterfeld durch seine Frage bestimmen, an der Verabredung theilzunehmen. Die in Frageform gekleidete Aufforderung, sich zu bessern, enthält eine Ehrverletzung, nämlich den Vorwurf, daß man schlecht handle, weil sonst von Besserung keine Rede sein kann.

Auf erhobene Revision bestätigte gestern das Kammergericht die Verurtheilung.

Mit diesem Urtheil werden selbst die Herren Innungsmeister zufrieden sein, und wenn sie sich mit unserer Rechtsprechung über den § 153 der Gewerbe-Ordnung nur genauer bekannt machen wollen, werden sie finden, daß eine Verschärfung dieses Paragraphen wirklich gar nicht erforderlich ist. Den Arbeitern ist das Koalitionsrecht gegeben, aber die Ausübung desselben wird mit Gefängniß bestraft.

Hervorzuheben ist noch, daß der Zentrums-Abgeordnete, Landgerichts-Rath v. Strombeck, als der älteste Richter in dem Kollegium saß, welches das Willst-Du-Dich-nicht-bessern-Urtheil gesprochen hat.

Polizeikampf gegen sozialdemokratische Grabspenden. Unser Parteigenosse Bunte aus Dortmund nahm am 28. Mai 1897 in Wellinghofen an dem Begräbniß des sozialdemokratischen Vertrauensmannes Wohlfahrt theil und legte an der Gruft einen Kranz nieder, wobei er die Worte sprach: „Dein Geist möge weiterleben, das wünscht die Sozialdemokratie von Dortmund!" Die Polizei bedachte ihn dafür mit einem Strafmandat von 50 M., indem sie geltend machte, er sei in einer Versammlung unter freiem Himmel, die nicht genehmigt gewesen sei, als Redner aufgetreten und habe sich dadurch gegen die §§ 9 und 17 des Vereinsgesetzes vergangen. Das Schöffengericht verurtheilte gleichfalls; auf seine Berufung wurde er jedoch von der Strafkammer freigesprochen. Diese nahm an, es finde hier § 10 des Vereinsgesetzes Anwendung, wonach gewöhnliche Leichenbegängnisse der behördlichen Genehmigung nicht und selbst einer vorherigen Anzeige nicht bedürften. Das fragliche Leichenbegängniß sei nur ein gewöhnliches gewesen und auch durch die Worte Bunte's nicht zu einem außergewöhnlichen geworden. Dieser habe nur wenige einfache Worte gesprochen und nicht eine Agitationsrede gehalten. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und betonte, die Strafkammer habe in einem Rechtsirrthum § 9 des Vereinsgesetzes nicht und die §§ 10 und 17 falsch angewendet. Das Kammergericht hob darauf gestern das landgerichtliche Urtheil wieder auf und wies die Sache zu nochmaliger Entscheidung in die Vorinstanz zurück. Der § 10 meine in der vom Landgericht für die Freisprechung herangezogenen Stelle unter gewöhnlichen Leichenbegängnissen solche, die in hergebrachter Art stattfänden. Das Landgericht hätte darum davon ausgehen müssen, was am betreffenden Orte bei Beerdigungen Gebrauch sei. Das sei unterlassen worden und daher müsse eine Nachprüfung erfolgen. Das Leichenbegängniß, um welches es sich hier handele, sei dann als ein gewöhnliches anzusehen und Bunte wäre dann straffrei, wenn es in Wellinghofen Sitte sei, daß Laien an den offenen Gräbern redeten.

Vom Polizeikampf gegen Arbeitervergnügungen. Vor dem Schöffengericht zu Köpenick hatte sich dieser Tage ein Vorstandsmitglied des Arbeiter-Gesangvereins „Freiheit" zu Adlershof, Graveur Lochner, wegen unerlaubter Abhaltung eines öffentlichen Tanzvergnügens im Wilhelmsgarten zu verantworten; ferner war der Restaurateur L. Scheer angeklagt, weil er dieses Vergnügen geduldet hatte. (Uebertretung der §§ 1, 4 und 14 der Oberpräsidial-Verordnung vom 14. Juni 1896.) Die beiden Angeklagten bestritten ihre Schuld. Lochner räumte ein, am 13. November vorigen Jahres das fragliche Vergnügen veranstaltet zu haben, aber nicht als ein „öffentliches", sondern als ein „geschlossenes". Thatsächlich hätten auch nur die Vereinsmitglieder nebst deren Angehörigen Zutritt gehabt, eine öffentliche Kasse habe nicht bestanden und Unbefugte seien durch die an den Eingängen aufgestellten Kontrolleure zurückgewiesen worden. Unter diesen Umständen sei nur die Anmeldung eines „geschlossenen" Vergnügens erforderlich gewesen, und daß diese „Anmeldung" erfolgt sei, gehe aus dem von der Polizeiverwaltung ungehörigerweise mit der Vermerk „Nicht genehmigt" zurückgesandten Schreiben hervor, daß vom Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Schlesinger-Berlin zu den Akten überreicht wurde. Die Beweisaufnahme bestätigte die Behauptungen der Beschuldigten. Der Amtsanwalt hielt aber trotzdem eine Uebertretung für vorliegend, er beantragte für Lochner und Scheer je 10 Mark Geldstrafe. Der Vertheidiger trat indeß für Freisprechung ein, indem er aus Entscheidungen des Kammergerichts sowie einem Ministerialerlaß vom 2. November 1884 nachwies, daß bei geschlossenen Vereinsfestlichkeiten nicht eine polizeiliche „Genehmigung" erforderlich sei, sondern die einfache „Anmeldung" genüge. Er beantragte deshalb auch, die Kosten der Vertheidigung auf die Staatskasse zu übernehmen. Der Gerichtshof unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Bornhagen erkannte denn auch auf Freisprechung. Es sei unbedenklich erwiesen, daß es sich um eine geschlossene Gesellschaft handelte. Indeß sei zu prüfen gewesen, ob nicht der § 4 der Ober-Präs.-V. Anwendung finde, der auch dann eine polizeiliche Genehmigung vorschreibt, wenn der Verein hauptsächlich oder ausschließlich zu Vergnügungszwecken gebildet ist. Diese Frage habe auf grund der Beweisaufnahme verneint werden müssen, da der Verein regelmäßige Uebungsabende veranstaltete und nur selten Vergnügungen abhalte.

Die Ausschreitungen eines Schutzmanns waren nach Ansicht des Staatsanwalts vom Schöffengericht zu milde beurtheilt worden. Es wurde deshalb von dieser Seite Berufung eingelegt und die Sache gestern vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Franke noch einmal verhandelt. Das Schöffengericht hatte gegen den Angeklagten, den früheren Schutzmann Harf folgenden Thatbestand für erwiesen erachtet: In der Nacht zum 14. November v. J. ging der Angeklagte Arm in Arm mit einem Gefreiten durch die Großgörschenstraße. Beide waren stark angetrunken. Harf befand sich nicht im Dienst, trug aber Uniform. An einer Straßenlaterne begingen die beiden Angetrunkenen eine Uebertretung. Mehrere Personen standen in der Nähe, die sie beobachteten. Der Gefreite ging auf einen der Zuschauer los und wies ihn fort. Der Angeklagte kam auch hinzu, packte den Mann, den Schuhmachermeister Conrad, am Halse und würgte ihn unter Schimpfworten. Die Ehefrau Conrad bat für ihren Mann, worauf der Angeklagte ihn freigab. Die Menschenmenge hatte sich inzwischen vergrößert und nahm für den Mißhandelten Partei. Harf zog den Säbel und stürmte gegen die Menge ein, worauf diese auseinanderstob. Es ertönten von allen Seiten Rufe: „Das ist ja der reine Brüsewitz!" und es wurde lebhaft nach einem Schutzmann verlangt. Endlich erschien ein solcher, der dem Verlangen des Publikums nachkam und den Angeklagten, dessen Begleiter sich inzwischen entfernt hatte, zur Wache führte. Die Eheleute Conrad und viele andere Personen folgten. Plötzlich riß der Angeklagte sich von seinem Kollegen, der ihn am Arm gepackt hatte, los, wandte sich um und versetzte dem Conrad einen Fußtritt gegen den Unterleib. Dann erfolgte seine Sistirung ohne weiteren Zwischenfall. Das Schöffengericht hatte den groben Unfug, die Beleidigung sowie die Körperverletzung nur mit einer Gesammtstrafe von 45 Mark geahndet, indem als Milderungsgründe galten, daß der Angeklagte angetrunken war, sich nicht im Dienst befand und Conrad durch den Fußtritt keine erheblichen Verletzungen erlitten hatte. Der Staatsanwalt beantragte im gestrigen Termine eine Gefängnißstrafe von sechs Wochen, während der Vertheidiger, R.-A. Rosenstock, bat, es bei dem ersten Erkenntnisse zu belassen, zumal der Angeklagte sofort nach dem Vorfalle von seiner Behörde entlassen worden sei. — Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß nur eine Freiheitsstrafe für die groben Ausschreitungen am Platze sei; es wurde deshalb wegen der beiden Vergehen auf insgesammt einen Monat Gefängniß, wegen der Uebertretung auf 5 M. Geldstrafe erkannt.

Mit Helm und Säbel angethan betrat der Amtsdiener und Nachtwächter Karl Friedrich August Woock aus Nieder-Schöneweide gestern die Anklagebank vor der ersten Strafkammer am Landgericht II, um sich wegen fahrlässigen Meineides zu verantworten. Der Angeklagte betrat in der Nacht zum 31. Juli v. J. das bekannte Vergnügungslokal „Neptunshain" an der Oberspree, in dem sich noch mehrere Gäste, darunter auch der Gastwirth Tismer, befanden. Der Wächter sagte dem Wirth, er möge sein Lokal schließen, denn draußen stehe einer, der aufpasse, um zu denunziren. Der Wirth eilte sofort hinaus, fand aber niemand. Jetzt wurde der Wächter wegen seiner Flunkerei zur Rede gestellt, es gab einen kleinen Streit, in dessen Verlauf Tismer sagte: „Wie der Wächter stiehlt, so lügt er auch!" Diese Worte enthielten eine Anspielung auf die Thatsache, daß Tismer den Wächter früher einmal beim Aepfel-Stehlen erwischt hatte. Der Wächter klagte gegen Tismer wegen Beleidigung und beschwor vor dem Schöffengerichte in Köpenick, daß er weder früher einmal Aepfel gestohlen, noch daß er an jenem Abende davon gesprochen habe, daß ein Aufpasser draußen stehe. Tismer wurde zu 10 M. verurtheilt, erstattete aber nun Anzeige wegen Meineides. Die Anklage nahm aber nur fahrlässigen Meineid an. In der gestrigen Hauptverhandlung wurde nun der Angeklagte zur Evidenz überführt, daß er unter seinem Eide eine falsche Aussage abgegeben habe, er wurde daher zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt.

Versammlungen.

Im sechsten Wahlkreise, Kronenbrauerei Moabit, sprach Mittwoch Abend Genosse Schippel über den Erlaß des Grafen Posadowsky und die politische Lage bei den nächsten Wahlen. Der Redner schilderte besonders die Wirkungen, welche eine neue schutzzöllnerische Hochfluth auf die Arbeiterklasse haben müßte, wenn dieser gleichzeitig ihr Koalitionsrecht noch mehr wie heute gekürzt würde. Nach einer kurzen Debatte und einer Anfrage über die Währungsbestrebungen unserer Agrarier schloß der Vorsitzende Genosse Pfarr die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Mittwoch seine Mitglieder-Versammlung bei Krieger, Wasserthorstraße, ab, in der Genosse Bogtherr über „China und Kiautschau" referirte, wobei er die Geschäfts- und Abenteurerpolitik der Regierung gebührend geißelte. Zur Diskussion wirft Frank die Frage auf, ob Referent als Kompensationsartikel einer Regierung Kanonen 2c. bewilligen würde? Diese Frage beantwortet Befragter im verneinenden Sinne, auf den alten, bisher behaupteten Standpunkt: „Keinen Mann und keinen Groschen" verweisend. Was man als gutes Recht zu verlangen und zu fordern habe, brauche man nach dem Muster der Zentrumspartei nicht einzutauschen. Genosse Heine stellt dem entgegen, daß man beim Uebergang zu dem von uns geforderten Milizsystem doch werde Waffen bewilligen müssen. Schweitzer interpellirt den Referenten, ob die Regierung laut Verfassung berechtigt ist, Verträge mit fremden Staaten ohne Einwilligung der Parlamente zu schließen, worauf Genosse Bogtherr anführt, daß dem Reichstage der „Pachtvertrag" mit China in Bälde vorliegen dürfte. Heine bemerkte, daß er in letzter Versammlung eine Regierung wie die heutige, gestützt auf Junker und Großfabrikanten, nicht meinte, als er von Bewilligung von Kompensationsartikeln sprach. Die Ideale des Sozialismus können im praktischen politischen Leben nicht immer als Leitmotiv dienen, viel mehr wird man stets Schritt für Schritt das Erreichbare sich erringen müssen und nach Erfolgen suchen. Daß er — Heine — kein National-Sozialer, wie man ihn genannt, sei, dürfte aus seinem bisherigen Wirken und schon früher gemachten Erklärungen hinreichend erhellen. Genosse Borchardt ist verwundert, daß Heine in der „Welt am Montag" falsch verstanden sein will, ebenso wie Genosse Auer in seinem gedruckten Referat im „Volksfreund". Ihm scheine, als stehe man an einem Wendepunkte; man wolle die Taktik ändern! Wir aber werden bleiben, was wir waren! An der weiteren Debatte betheiligten sich noch die Genossen Täterow, Wilhelm und Frank, welche betonten, daß man den ideellen Standpunkt des Sozialismus nicht verlassen dürfe, vielmehr dem gesteckten Ziele sicher zusteuern müsse. Heine zerstreut die Befürchtungen Borchardt's, daß „Etwas in der Luft liege"; die Einigkeit in der Partei sei nach wie vor dieselbe, gelte es, den Gegner zu treffen. Nach einem Schlußworte Bogtherr's, in dem er zu reger Agitation für die bevorstehenden Wahlen aufforderte, beantragt Genosse Schweitzer, den Beschluß der letzten Versammlung, (Ausschluß von Mitgliedern betreffend) dahin zu ergänzen, daß dieser auf die Landtagswahlen keine Anwendung findet. Man beschließt, diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung, die eine Generalversammlung sein soll, zu setzen. Eine Aussprache über die Ausführungen des Vertrauensmannes Fritz in letzter Versammlung wird ebenfalls bis dahin vertagt. Endlich giebt der Vorsitzende bekannt, daß am Sonntag eine öffentliche Versammlung mit Frauen bei Feuerstein stattfinden soll.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Südosten) hielt am Dienstag eine Mitglieder-Versammlung in der „Urania", Wrangelstraße, ab, in der Herr Dr. Schütte über „Robespierre und seine Zeit" referirte. Eine Diskussion über den Vortrag wurde nicht beliebt. Unter Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende bekannt, daß der Vorstand das kürzlich erst eingetretene Mitglied R. Zeuch aus dem Verein ausgeschlossen habe, weil nachgewiesen worden ist, daß Zeuch gegen Mitglieder einer Gewerkschaft beim Polizeipräsidium eine Denunziation eingereicht hat. Dieser Beschluß wurde von der Versammlung gut geheißen und der Ausschluß bestätigt. Von dem Vorsitzenden sowie von einem anderen Genossen wurde zur regen Agitation und zur intensiven Bethätigung zu den bevorstehenden Wahlen, damit der Kreis der Sozialdemokratie nicht nur erhalten bleibt, sondern auch ein erheblicher Stimmenzuwachs erzielt wird, aufgefordert und gleichzeitig die Mitglieder des Vereins ersucht, ihre Adressen, soweit dies noch nicht geschehen ist, dem Vorstande bekannt zu geben. Nachdem dem Vorstande noch aufgegeben worden war, in einer der nächsten Versammlungen den Reichstags-Kandidaten für den dritten Kreis Rechtsanwalt Heine zu einem Referat zu veranlassen, erfolgte der Schluß der gut besuchten Versammlung.

Der Wahlverein für den sechsten Wahlkreis (Schönhauser Viertel) hielt am Dienstag eine Versammlung ab. Genosse Jahn referirte über „Den Welthandel des neunzehnten Jahrhunderts". Eine Diskussion fand nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag nicht statt. Der Genosse Kiesel theilte hierauf mit, daß für die Mitglieder des Wahlvereins drei Vorstellungen in der „Urania" in der Taubenstraße stattfinden, und zwar eine Vorstellung am 15. Mai vormittags; zwei Vorstellungen, je eine Vor- und Nachmittags am 22. Mai dieses Jahres. Billets hierzu sowie zu dem am 19. März in der „Tonhalle" stattfindenden Stiftungsfest des Wahlvereins à 20 Pf. sind an den bekannten Zahlabenden zu erhalten. Mit der Mahnung, auch ferner für den Wahlverein zu agitiren, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29. Hamburg.) Filiale Berlin 4. Sonntag, den 20. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Dieke, Ackerstr. 133: Mitgliederversammlung. — Filiale Berlin 5. Sonnabend, den 19. Februar, abends 8 Uhr, bei Koplin, Lothringerstraße 68. Bericht der Fünfer-Kommission.

Heilverein Ruhe. Heute Abend 8½ Uhr in der Brauerei „Königstadt", Schönhauser Allee 10—11: Oeffentlicher Vortrag. Frl. Kube spricht über „Berufskrankheiten".

Verein deutscher Schuhmacher. (Filiale 5, Schäftebranche.) Sonnabend, den 19. Februar, abends 8½ Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstraße 57: Versammlung.

Freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen. Heute Abend 8½ Uhr, bei Jauer, Fruchtstraße 52: Mitglieder-Versammlung. — Gäste willkommen.

Witterungsübersicht vom 17. Februar 1898, 8 Uhr morgens.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresflp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° C. = 0° R.)
Swinemünde	746	W	5	bedeckt	2
Hamburg	751	W	5	bedeckt	2
Berlin	751	WNW	5	wolkig	2
Wiesbaden	761	NW	4	wolkig	3
München	760	W	6	wolkig	0
Wien	755	W	4	bedeckt	3
Haparanda	752	OSO	2	Schnee	—8
Petersburg	751	SO	4	bedeckt	—10
Cork	769	NW	2	halb bedeckt	8
Aberdeen	762	NW	4	wolkig	2
Paris	768	WNW	3	wolkig	7

Wetter-Prognose für Freitag, 18. Februar 1898.

Zeitweise heiter, vorherrschend wolkig mit geringen Niederschlägen und frischen nordwestlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied

Gustav Walter

am Dienstag, den 15. Februar, verstorben ist.

Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zions-Kirchhofes (Weißensee) aus statt.

246/8 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Tischler

Leopold Hentschel

am 16. Februar nach langer Krankheit verstorben ist.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 20. Februar, mittags 12½ Uhr, vom Trauerhause Königsbergerstr. 1, nach dem Friedhof in Wilhelmsberg statt.

Um rege Betheiligung ersucht

77/17 **Die Ortsverwaltung.**

Den Mitgliedern der **Freien Vereinigung selbständiger Barbiere, Friseure und Perrückenmacher Berlins und Umg.** zur Nachricht, daß der Kollege 205/11

Walter

am Montag verstorben ist. Die Beerdigung findet Freitag Nachmittag 3½ Uhr von der Leichenhalle des Zionskirchhofes aus statt.

Der Vorstand.

Danksagung.

Für die bei der Beerdigung meines innigst geliebten Mannes, unseres guten Vaters und Bruders, des Restaurateurs

Wilhelm Reichstein

uns in so überreichem Maße erwiesenen Theilnahmen und Blumenspenden, insbesondere dem Zentral-Verband Deutscher Maurer, Zahlstelle I, dem Gesangverein „Gemüthlichkeit", den Drehern des Schwartzkopff'schen Tenderbaues, sowie dem Verein „Immergrün" sagen hiermit unseren innigsten Dank

Im Namen der Hinterbliebenen

Ww. R. Reichstein.

Das Geschäft betreibe unverändert fort. [860b

Für 36 Mark

fertige feine Anzüge nach Maaß, für 30 M. ff. Sommerpaletots nach Maaß, für 8—12 M. feine Hosen nach Maaß.

Riesenstoff lager

Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Zur Beachtung!

Orts-Krankenkasse für das Barbiergewerbe zu Berlin.

Montag, den 28. Februar 1898, abends 9 Uhr, Rosenthalerstr. 11—12, bei Herrn **Röllig.** 860b

Große

General-Versammlung.

Tagesordnung:

Abänderung des § 47 unseres Krankenbuches, dahin lautend: Die Generalversammlung besteht aus Vertretern. — Zutritt haben nur großjährige Mitglieder.

Kassenbuch legitimirt.

Der Vorstand.

J. A.: B. Kutschmann.

Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. H. No. 29.)

Hamburg. Filiale Berlin 4.

Sonnabend, 19. Febr., abends 9 Uhr, bei F. Wille, Andreasstr. 26:

Versammlung.

Tagesordnung:

Vortrag des Herrn **Dr. Weyl** über: **Rheumatismus.**

Nur Mitglieder und deren Damen haben Zutritt.

Um recht rege Betheiligung ersucht

859b] **Die Ortsverwaltung.**

Masken-Garderobe.

Größte Auswahl. Billigste Preise. *

Verein. Preisermäßigung.

Fr. Panknin,

Oranienstraße Nr. 178, II. Adalbertstraße 91, Ecke Oranienstraße.

Arbeitsmarkt.

Achtung! Rabitz-Putzer.

Da sich mit der Firma **Zöllner & Komp.** eine Einigung in dem Sinne des Versammlungsbeschlusses vom 15. d. M. nicht erzielen ließ, werden die Kollegen ersucht, bis auf weiteres nach sämmtlichen Bauten dieser Firma den Zuzug fernzuhalten. 252/3

J. A.: **Der Vertrauensmann.**

Kutscher,

der schon in Liqueur- 2c. Fabrik thätig war, Kaution stellen kann, sucht bei hohem Lohn und Provision die Liqueurfabrik von 4340L*

Philipp Abrahmsohn, Landsbergerstr. 15.

Geübte Belegerinnen auf Leisten gesucht Bülowstr. 4. 863b

Tüchtige Barock-Vergolderinnen u. Versilberer auf Kanten werd. verl. bei Neumann, Hennig u. Co., Zeughofstr. 21.

Tüchtige Kunstschlosser

auf Treibarbeit verlangt [854b

Ed. Puls, Tempelhofer Ufer 10

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Das deutsche Fluß- und Kanalsystem.

Zur Ergänzung unseres heutigen Leitartikels bringen wir nebenstehend eine Karte, die sämmtliche bestehenden und im Ausbau begriffenen, sowie die hauptsächlichsten projektirten Wasserstraßen Deutschlands enthält. In dieser Karte sind die schiffbaren Flußläufe, gleichgiltig ob von Natur oder durch Kunstbauten und sonstige Regulirungen schiffbar gemacht, durch starke schwarze Linien hervorgehoben, deren Breite in einem möglichst annähernden Verhältniß zu ihrer Wassertiefe steht; die nur flößbaren natürlichen Wasserläufe sind durch feine Doppellinien, die fertigen Kanäle, zu denen der seiner Vollendung entgegengehende Dortmund-Ems-Kanal und auch der Elb-Trave-Kanal schon gezählt wurden, sind durch eine mit kurzen Querstrichen versehene starke Linie, und die projektirten Kanäle durch Strichlinien hervorgehoben. Von letzteren haben der Mittellandkanal sowohl wie der den völlig vom Rhein isolirt dastehenden Dortmund-Ems-Kanal mit dem Rhein in Verbindung setzende projektirte Dortmund-Rhein-Kanal eine sie besonders hervorhebende Signatur erhalten.

Ein Blick auf die Karte zeigt, daß das System der deutschen Wasserstraßen aus drei von einander gänzlich getrennte Gebiete besteht. Der Westen und Süden umfaßt das Stromgebiet des Rheines und der Donau, als einheitliches, durch den Main-Ludwigs-Kanal mit einander in Verbindung gebrachtes System. Der genannte Verbindungskanal ist allerdings völlig veraltet, aber seiner Verbesserung und Hebung auf die Stufe einer leistungsfähigen Wasserstraße wird in Bayern allseitig zugestrebt.

Im nordwestlichen Deutschland liegen isolirt das zusammenhängende Gebiet der Weser und Ems. Zwar führt der Dortmund-Ems-Kanal bis in das Herz des bedeutendsten Industriegebiets des Rheins hinein, jedoch fehlt hier noch das verbindende Wasserstraßenglied von Dortmund nach dem Rhein. Die Weser, nur in ihrem Unterlaufe mit der Ems verbunden, liegt in dem ganzen mittleren und oberen Theil ihres schiffbaren Laufes isolirt.

Im östlichen Norddeutschland begegnen wir einem durch äußerst zahlreiche Verbindungsglieder zusammenhängenden Wasserstraßennetz, gebildet aus den Stromgebieten von Elbe, Oder und Weichsel mit deren verschiedenen Kanalverzweigungen.

Zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands befindet sich also eine große Lücke, die einen lebhaften Austausch der unendlich zahlreichen Produkte, für welche der Eisenbahntransport unverhältnißmäßig theurer ist, zum Schaden aller dabei betheiligten Wirthschaftskreise noch sehr verhindert. Diese Lücke soll der Mittellandkanal vom Rhein bis zur Elbe ausfüllen. Unter großen Schwierigkeiten geht dieser seiner Vollendung entgegen, denn seitens der betreffenden Landestheile sind, bis auf die demnächst sich wohl anschließende Provinz Sachsen, die von der Regierung geforderten Garantieleistungen für diesen Kanal nunmehr zugesagt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 18. Februar.
Opernhaus. Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. König Lear. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Johannes. Anf. 7½ Uhr.
Lessing. Das grobe Hemd. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. S' Katherl. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Sein Trick. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Die Schildkröte. Anfang 7½ Uhr.
Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Goethe. Der Hüttenbesitzer. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Hans Wurst in Berlin. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Fatinitza. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Das neue Ghetto. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Tugendfalle. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Das Käthchen von Heilbronn. Anfang 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die kleinen Vagabunden. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Lumpacivagabundus. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7¾ Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr: **Hans Wurst in Berlin.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Hans Wurst in Berlin.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die wilde Jagd.** – Abends 8 Uhr: **Der Millionenbauer.**

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. E. Welsh.
Novität! Zum 3. Male: Novität!
Unter der Polarsonne.
Aktuelles Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Sondermann und Bischof. Gesangstexte von J. Dill. Musik von Cornelius Schüler. Regie: Jos. Dill.
Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert. Anfang 7 Uhr.
Sonnabend und Sonntag: **Unter der Polarsonne.** Sonntag Nachmittag, kleine Preise: **Der Pfarrer von Kirchfeld.**

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Freitag, den 18. Februar 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 28. Male:
Die Tugendfalle.
Burleske Posse mit Gesang und Tanz mit Benutzung eines franz. Sujets von Jul. Freund und W. Mannstädt. Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Die Tugendfalle.

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Das Käthchen von Heilbronn.
Großes historisches Ritterschauspiel in 5 Akten von Heinrich von Kleist.
Alma Schwartz vom Stadt-Theater in Kiel a. G.
Sonnabend: **Trilby.**
Trilby . . Anna Müller-Lincke.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Volksvorstellung.** Regie: Julius Türk. **Das Käthchen von Heilbronn.**
Billets à 60 Pf. zu der Nachmittags-Vorstellung in den bekannten Verkaufsstellen.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Gr. Extra-Theatervorstellung
Eine Berliner Waschfrau oder: Müller u. Müller.
Schwank mit Gesang in drei Akten.
Vorher:
Versprechen hinterm Herd.
Singspiel in einem Akt.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr.
— Wissenschaftliches Theater. —
Invalidenstr. No. 57–62.
Täglich abends 7 Uhr:
— Ausstellungs-Saal und Vorträge. —
Näheres die Tagesanschläge.

Castan's Panoptikum.
Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Reichshallen-Theater.
Leipzigerstrasse 77.
Die burleske Pantomime
Ein ruhiges Zimmer zu vermiethen!
bezaubert jeden Hypochonder.
Dazu 30 Kunstkräfte u. neue Debuts.
Anfang ½8 Uhr. Entree 50 Pf.
Im Reichshallen-Tunnel: Zwei neue Kapellen.
Sonnabend: Bockbier-Fest.

Circus Busch
(Bahnhof Börse).
Freitag, den 18. Februar 1898, abends 7½ Uhr:
Humoristische Vorstellung.
100 Clowns, männliche und weibliche, darunter 20 der besten Parterrespringer. Bär und Schildwache. Clown Bogaiewski als Schnellphotograph. Zum 1. Male: **Der italienische Clown Magrini** mit seinem Hund. Die Drahtseiltänzerin Mlle. Theresita. Die vorzüglichsten Freiheitsdressuren des Dir. Busch. Geschwister Lorch mit ihren großartigen ikarischen Spielen zu Pferde. Leopard, mecklenb. Bauernpferd, ger. von Hrn. Foottit-Burghardt.
Zaragoza.
Orig.-Manège-Schaustück des Circus Busch. Besonders hervorzuheben: Die weiblichen Fanfarenbläser. Der Sturz von der 60 Fuß hohen Brücke ins Wasser. Der pompöse grüne Akt.
Morgen 7½ Uhr: Parade-Gala-Vorstellung.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Sonnabend, 19. Februar:
Ballfest des Prinzen Karneval
darstellend die Landung der Deutschen in Kinotschau arrangirt vom Tyll Eulenspiegel.
Dienstag, den 22. Februar:
Fastnachts-Soirée mit Ball.
Hierzu sind Billets im Verein junger Kaufleute, Beuthstraße; Kaufm. Hilfsverein Seydelstraße sowie im Verein der Handl.-Kommis, Hamburg 1850, Krausenstraße, zu haben.

Neues Olympia-Riesen-Theater.
(Circus Renz.) Karlstrasse.
Bolossy Kiralfy's
Konstantinopel.
Grösste Sensation Berlins.
Neu!
Im 3. Bild: „Alt-Wien"
Neue humorist. Spezialitäten-Revue. — Auftreten der The jolly british girls.
Sensationell!
Im letzten Bilde: Constantinopel
Feuer- u. Flammentanz,
ausgeführt nicht von einer Person, sond. vom gesammten Ballet-Personal.
ca. 1000 Mitwirkende.
Anf. 8 Uhr. Sonntags 2 Vorst. Nachm. 1 Kind frei.
Sonnabend, den 19. Februar:
Grosser Masken-Ball
im Stile der berümten Arion-Bälle in New-York mit grossen Aufzügen, Riesen-Ballet, feenhafter Ausstattung, Bataille des fleurs etc., arrangirt und entworfen vom Direkt. Bolossy Kiralfy, persönlicher Leiter der New-Yorker Arion-Bälle.
6 Musik-Kapellen.
Restauration: Louis Schaurté, Monopol-Hotel. Julius Schütt, Olympia.
Herrenkarten 10 M. Damenk. 5 M.
Im Vorverk. Herrenk. 8 M.
Es werden auf allgemeines Verlangen eine beschränkte Anzahl Zuschauer-Karten zum Preise von 3 M. ausgegeben.
Anfang 10 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Im Theatersaal:
Ben Ali Bey,
der orientalische Magier
und die
8 lustigen Wienerinnen.

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Benefiz
für den Kapellmeister Oskar Roeder.
Neu! Zum 1. Male: Neu!
Die Möbelpolonaise.
Gesangsposse in 1 Aufzug. Text und Musik von Oskar Victor Roeder.
Gust'l Ebner, oberbayr. Schuhplattler und Nationalsänger.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.

Konzerthaus Sanssouci
Kottbuser Straße Nr. 4a.
Sonntags, Dienstags, Donnerstags
Im wunderschönen Monat Mai.
Liedersp. in 1 Akt v. Stuckenbrock.
Sperling & Sperber.
Lustspiel in 1 Akt von Görner.
Neu: Tom & Tam, die lustigen Chinesen; Brothers Lange, akrobat. Clowns; Linde, Humorist.
Entree 30 Pf. Sonntag 50 Pf.
Passepartouts gelten Wochentags.
Wochent. Anf. 7 Uhr, Vorst. 8 Uhr.
Sonntag Anf. 5 Uhr, Vorst. 6 Uhr.
Nachher: Grosser Ball.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage)
Annenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Aufenthalt.
Zum 1. Male:
Die Kunst geliebt zu werden.
Liederspiel in 1 Akt von F. Gumbert.
Vorher:
Das Schwert des Damokles.
Schwank in 1 Akt von G. zu Puttlitz.
Auftreten sämmtl. Kunst-Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugskarten an Wochentagen giltig.

Kaufmann's Variété
I. Original-
Budapester
Possen- und Operetten-Theater
Direktion:
Gebrüder Herrnfeld.
Novität! Novität!
Von Dreien der Glücklichste.
Schwank von Gebr. Herrnfeld.
Novität! Novität!
Zum ersten Mal im Variété.
Burleske von J. Armin.
Ferner das brillante Spezialitäten-Ensemble.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf von 11–6 Uhr.
Kaufmann's Variété

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Granto u. Maud. Les Senett's,
La Loïe Fuller
The Milons Mr. Arvey
und
30 hervorragende Künstler.
Kassenöffnung 6½. Anf. 7½ Uhr.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Neu! William u. Merry. Jameson-Belly-Truppe.
Dazu das glänzende
Februar-Programm.
Richard Winkler u. Wilhelm Fröbel in der einzig dasehenden Operette
Das radelnde Berlin
Anfang 7½ Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1,50 M.
Am 28. Februar: Letzte Vorstellung. Sämmtl. ausgegebenen Ehren-, Frei- u. Vorzugskarten haben nur noch bis zum 28. d. Mts. Giltigkeit. — Sonnabend, den 19. Februar: Geschlossen.

Quarg's
Vaudeville-Theater
Grand-Hotel Alexanderplatz.
Nur noch 10 Vorstellungen
bei den
1. Original-Budapestern
Einen Bomben-Erfolg
erzielten die Novitäten
Jockl Geiger.
Der Beheme.
Avis! Sonnabend, 19. Febr., bleibt das Vaudeville-Theater **geschlossen.** Dafür Gastspiel im **Reichshallen-Theater.**

Maehr's Theater
Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater u. Spezialitäten.
Novität! Kolossaler Erfolg!
Die Nadel- und Radelmadel.
Volksstück mit Gesang
von Eugen Fredy. Musik v. Otto Tieke.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Preise der Plätze wie gewöhnlich.

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112.
Heute
sowie jeden Freitag und Montag:
Stettiner Sänger
(Meyerl, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)

Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf.
Dienstag: Böhmisches Brauhaus

---

6 grosse öffentl.
allg. Protest-Versammlungen
der
Gewerkschaften Berlins
für **Männer** und **Frauen**
am Montag, den 21. Februar, abends 8 Uhr,
in folgenden Lokalen:

Keller's großer Saal, Koppenstraße 29.
„Kösliner Hof", Köslinerstraße 8.
„Arminhallen", Kommandantenstraße 20.
„Sanssouci", Kottbuserstraße 4a.
„Tonhalle", Friedrichstraße 112.
„Bismarckshöhe" (Charlottenburg), Wilmersdorferstr. 39.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Der geheime Erlaß des Ministers des Innern Grafen von Posadowsky und die Arbeiter Berlins.
Referenten: Reichstags-Abgeordnete **J. Auer, R. Fischer, C. Legien, C. Molkenbuhr, M. Schippel und Genosse Timm.**

Die Gewerkschaften werden ersucht, die obigen Versammlungen recht rege zu besuchen, um zu zeigen, daß sie mit der Beschneidung des schon so kümmerlichen Vereinsgesetzes **nicht** einverstanden sind. 8556
Die Berliner Gewerkschafts-Kommission. J. A.: **Rud. Hillarg.**

Achtung! Maurer. Achtung!
Sonntag, den 20. Februar 1898, vormittags 10½ Uhr, im Lokal des Herrn Cohn, Beuthstraße 20:
Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung
der Filiale II des Zentral-Verbandes deutscher Maurer.
Tages-Ordnung: **Die letzten Vorgänge in den öffentlichen Versammlungen der Maurer Berlins und Umgegend, und wie stellen sich hierzu die Mitglieder der Filiale Berlin II des Zentral-Verbandes deutscher Maurer?** 136/4
Das Mitgliedsbuch legitimirt. Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.
Die Lokalverwaltung.

Schäftebranche, Verein Deutscher Schuhmacher
Filiale V.
Versammlung
am Sonnabend, den 19. Februar, abends 8½ Uhr, bei **Schiller,** Rosenthalerstraße Nr. 57. 109/12
Vortrag der Genossin Frl. **Hause** über: Die wirthschaftliche Lage der Frau.
Die Bevollmächtigten.

Tischler-Verein.
Sonnabend, den 19. Februar, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:
198/7
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. P. Bernstein** über: Das anthropometrische Signalement nach Alphonse Bertillon. 2. Vereinsangelegenheiten und Ausgabe der Billets zum Maskenball am 5. März, Andreasstr. 21 bei Stecher.
Damen haben Zutritt
Der Vorstand.

Total-Ausverkauf.
Wegen vollständiger Räumung der **Kleiderstoffe, Gardinen, Portièren, Bluse, Bettvorleger, Unterröcke** und zurückgesetzten **Korsetts, Wäsche** und **Trikotagen** findet der Verkauf zum und unter dem **Selbstkostenpreise** statt.
Sonnabend, den 19. d. Mts., nachmittags **4 Uhr** wird geöffnet.
D. Wurzel,
8018 **Wrangelstraße 17.**

Eine gutgehende **Destillation** mit mehreren Zahlstellen wegen anderweitigem Unternehmen sofort zu verkaufen. Preis 2700 Mark. Miethe 1000 M. Zu erfragen im Zigarrengeschäft von **Otto Rasche,** Wrangelstraße 11. 8645

Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46, versendet gegen Nachnahme garantirt neue Bettfedern à Pfd. 50 Pf., feine Halbdaunen à Pfd. M. 1.25, bessere Halbdaunen à Pfd. M. 1.75, vorzügliche Daunen à Pfd. M. 2.85. Von diesen Daunen genügen 2 bis 3 Pfund zum großen Oberbett. Verpackung frei. Preisl. u. Proben gratis. Viele Anerkennungsschr.

Hirsch, Rennthier,
Wildschwein, pfundweise.
Kaninchen
Gänse, Enten, junge Tauben, fette Suppenhühner von 1,50 M. an.
Wild- und Geflügel-Handlung
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.

III. Wahlkreis!
Sonntag, den 20. Februar cr., abends 6½ Uhr, in Feuerstein's Festsälen, Alte Jakobstraße 75:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen **Georg Wagner** über: „Volksbildung und Klassenbewußtsein." 240/7
Hierauf: **Geselliges Beisammensein nebst Tanz.**
Entree 10 Pf. — Garderobe 10 Pf. Die Vertrauensperson.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!
Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 6 Uhr, im „Kösliner Hof", Köslinerstraße Nr. 8:
Große öffentliche Versammlung
für Männer und Frauen.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Dr. Weyl:** „Der Hypnotismus und seine Bedeutung für den politischen Kampf". 2. Diskussion. — Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
9/6 **Der Vertrauensmann.**
Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein.**

Fachv. der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Sonnabend, den 19. Februar, abends 8½ Uhr, in den „Oranien-Hallen", Oranienstraße Nr. 51:
Außerordentliche
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Antrag des Vorstandes auf Erhöhung der Beiträge.
2. Wie stellen wir uns zur obligatorischen Einführung der „Einigkeit."
3. Abrechnung vom Weihnachtsvergnügen.
4. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.
Um zahlreiches und **pünktliches** Erscheinen ersucht
141/9 **Der Vorstand.**

Am **Sonnabend, den 26. Februar,** findet bei **Schnegelsberg** unser **Maskenball** statt; Billets à 50 Pf. sind bei den Vorstandsmitgliedern, beim Handelsmann Göritz und im Restaurant Heinrich, Naunynstraße 75, zu haben. **Der Vorstand.**

Gr. öffentliche Versammlung
der
Bürstenmacher, Pinselmacher, Borstenzurichter und Hilfsarbeiter
am Sonntag, den 20. Februar 1898, nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann (Engl. Garten), Alexanderstr. 27c.
Tages-Ordnung:
1. Der Entwurf des Gesetzes, die verheerenden Wirkungen der Milzbrandverseuchung betr. und unsere Stellung dazu. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Kollegen, es ist Eure Pflicht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
77/16 **Der Einberufer.**

Freie Vereinigung der Bauanschläger
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 20. Februar, vormittags 10½ Uhr, bei Buske, Grenadierstraße Nr. 33:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Kollegen Schenker. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Mitglieder werden auf § 9 aufmerksam gemacht. — Der Arbeitsnachweis befindet sich bei **Döring,** Neue Schönhauserstr. 9, Telephon III 2287.

Redeschule Zukunft.
Freitag, den 18. Februar 1898, abends ½9 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
im gr. Saale des Louisenstädtischen Konzerthauses, Alte Jakobstr. 37.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Paul Schirrmeister:**
„Selbstbefreiung aus der sozialen Noth."
2. Diskussion. **Der Vorstand der Redeschule.**
8566 J. A.: Carl Mann, Chausseestr. 111.

Verband der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands, Zahlstelle **Schöneberg.**
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 20. Februar 1898, nachmittags 1½ Uhr, bei **Obst,** Grunewaldstraße Nr. 110.
Tagesordnung:
Vortrag des Genossen **Kliesel.** Diskussion. Verschiedenes. Fragekasten. Aufnahme neuer Mitglieder.
20/3 **Die Ortsverwaltung.**

Fachverein der Stellmacher
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 20. Februar, vormittags 9½ Uhr, im Lokale des Herrn Schiller, Rosenthalerstr. 57:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Waldek Rannasse** über: „Der Kampf ums Dasein". 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht (159/2) **Der Vorstand.**

Großer öffentlicher Vortrag
für Damen und Herren im Heilverein Kube
in der Brauerei „Königstadt", Schönhauser Allee 10/11.
Freitag, den 18. Februar 1898, abends 8½ Uhr,
spricht
Frl. M. Kube, Naturheilkundige,
über 265/10
„Berufskrankheiten"
spez. Rheumatismus und Gicht, Erkältungs-Krankheiten.
Fort mit der Schulmedizin bei der Behandlung dieser Krankheiten.

Achtung, Zimmerer!
Sonntag, den 20. Februar, vormittags 10 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuth-Straße Nr. 20/21:
Mitglieder-Versammlung
des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Neuwahl eines 1. Schriftführers. 2. Vortrag des Genossen **Georg Wagner** über: „Die Koalitionsfreiheit und der Erlaß Posadowsky." 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten. 257/5
Um recht zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Zola-Prozess.

Die **„Berliner Illustrirte Zeitung"** bringt in der neuesten Nummer u. A. hochinteressante Bilder vom **Zola-Prozess.**
Ausserdem beginnt gerade jetzt ein neuer Roman.

10 Pfg. für Woche und Nummer kostet die **Berliner Illustrirte Zeitung** bei freier Zustellung ins Haus.
Expedition: BERLIN SW. Charlottenstrasse 9.

S. Heine, Inh. H. Stege
14. Chausseestrasse 14.
Lieferant des Berliner Lehrer-Vereins.
Lieferant des Rabatt-Spar-Vereins „Norden".
Zur Einsegnung:
Fertige Kleider aus guten reinwollenen Stoffen, sauber gearb., in jeder Grösse vorräthig, schwarz, weiss u. farbig Stück **15** M., **18** M., **20** M., **22,50** M., **28** M.
Eleg. Pariser Modelle in chiken Fac. **35** M., **40** M., **45** M.
Kostümröcke in schwarz u. farb., richtig weit, reinw. Stoffe, ganz gefüttert **4,15** M., **6** M., **7,50** M., **9** M., **10,50** M.
dito aus seid. Moiré-Velours Stück **26** M.
dito aus seid. Merveilleux, ganz gefüttert **12,50** M.
Blousen in unübertroffener Auswahl Stück **2** M., **2,50** M., **3,50** M., **4** M., **5,50** M., **6** M., **7,50** M., **10** M.
Trauerkostüme in grosser Auswahl vorräthig!
Massanfertigung innerhalb 24 Stunden.

Bücher-Ankauf- u. Beleihung Lexika von Meyer und Brockhaus, Klassiker und andere werthvolle Bücher u. Bibliotheken **Antiquariat,** Kochstr. 56. *

Unfallsachen, Klagen, Eingaben **A. Putzger, Stegliherstr. 65.**

Genosse (Invalide) sucht zum 1. März für 24 M. monatlich Pension, möglichst 2. oder 3. Wahlkreis. Offerten unter **A. B. 1000** in der Expedition des „Vorwärts", Beuthstr. 2, abzugeben.

Z. Mitbewohn. möbl. 2fenst. Stube Herr verl. Seibt, Weidenweg 82 IV.

Die gute Laune

eines Menschen ist ein unbezahlbares Gut und ist nur da zu finden, wo die Nerven sich in normalem Zustande befinden. Die Nahrung spielt dabei eine wichtige Rolle und soll man von früh auf darauf sehen, den Körper zu kräftigen und widerstandsfähig zu machen.

Viele Menschen nehmen am Morgen nichts zu sich als eine Tasse Kaffee und ein Brödchen! Ja, das heisst doch nicht einem Körper Kraft zuführen. Der Körper muss durch kräftige Nahrung unterstützt werden, gleichgiltig, ob die Hände oder der Geist die Arbeit verrichten sollen.

Eine Tasse Cacao van Houten ist am Morgen schnell bereitet, das Getränk ist leicht verdaulich und äusserst nahrhaft. Wer einen Versuch mit van Houten's Cacao macht, wird keinen anderen wünschen.

Fahrräder
Stets grosses Lager erstklass. Fabrikate auf
Theilzahlung
ohne Preiserhöhung zu den konlantesten Zahlungsbedingungen.
Reparatur-Anstalt.
Adomeit & Landau,
Lothringerstraße 48 I,
dicht am Rosenthaler Thor.

Fabriken, Werkstätten etc. liefere ich:
40/2 Flasch. Export-Weißbier
ohne Wasserzusatz für 3 Mk.
40 Flasch. helles Bairisch-Bier
von welcher Brauerei gewünscht wird für 3 Mk. 43082*
A. Seidler
Berliner Export-Weißbier-Brauerei,
Schöneberg-Berlin W.,
Sedanstraße 82.
Fernsprecher: Amt Schöneberg Nr. 92.

Sophastoffe
auch **Reste**
in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! 4025y*
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Für 2—3 Mark
Reste sehr groß, zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster 7—10 M. Für 12 M. ff. Cheviot auch Kammgarnreste, Paletot und Hosenreste solange der Vorrath reicht
im Riesenstofflager
Kronenstr. 14, I., kein Laden.

Kohlenplatz,
18 Jahre bestehend, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen Griebenowstr. 21. 8625

Künstliche Zähne.
A. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
*) Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.